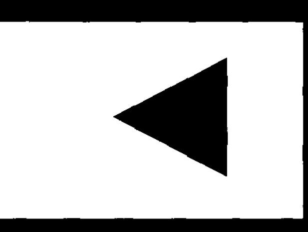
Schwerpunkt: Biopolitik – Das Double und sein Selbst ▶ Außerdem: ▶ Algeriens Trauma ▶ Banzer in Bolivien ▶ Di und Che in den Herzen ▶ Kambodschas Erbe ▶ Zivile Guerilla ▶ Cultural Studies ▶ Streit in der Wüste...

iz3w

▶ blätter des informationszentrums 3. welt



▶ blätter des informationszentrums 3. welt

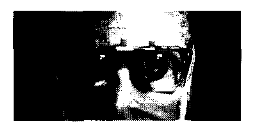


In dieser Ausgabe

Schwerpunkt:

Biopolitik – Das Double und sein Selbst









Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Di ist tot, Che ist tot, und uns geht's auch schon ganz schlecht. Zum Jahresende 1997 wärmen wir diesen alten Spruch nicht etwa auf, weil uns schlecht wäre wegen der Mythen- und Legendenbildung um die Prinzessin und den Revolutionär, wie man ja auch vermuten könnte (s. dazu S.39). Vielmehr wird uns einmal mehr schwer ums Herz beim nüchternen Blick auf nackte Zahlen. Dem **iz3w** fehlt, woran es Di nie mangelte und was Che in seiner Zeit als Bankche(f) in Kuba vielleicht am liebsten abgeschafft hätte: das liebe Geld, der schnöde Mammon.

Als wir vor nun zwei Jahren das letzte Mal um Unterstützung baten, waren es vor allem die unerwartet vielen Spendengelder wohlgesonnener Leser und Leserinnen, die das Weitermachen sichern konnten. Nun hat Geld die dumme Angewohnheit, von Hand zu Hand zu gehen und nur dort sich zu vermehren, wo es nicht direkt in den Mund geschoben werden muß. Zu den Leidtragenden dieser kapitalistischen Konstante zählt das **iz3w**. Denn auch wenn uns das nun ein Jahr und neun Ausgaben alte neue Layout der Zeitschrift nicht mehr kostet als zuvor, auch wenn wir noch immer keine Honorare zahlen – all unseren AutorInnen, FotografInnen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen sei an dieser Stelle ein Extradank gesagt – und auch wenn die paar Gehälter, die wir uns zahlen, weder den Kohl noch uns selber fett machen können – auch dann sind die Millionen jetzt verschlungen.

Weg ist das Geld auch bei vielen unserer AbonnentInnen, die im vergangenen Jahr ihre **iz3w** ebenso einsparen mußten wie viele öffentliche Einrichtungen, z.B. Bibliotheken. Viele finden auch schlicht keine Zeit zum Lesen mehr. Die bei diesen Abo-Kündigungen häufige Ankündigung, wieder dabei zu sein, wenn sich die Zeiten ändern sollten, freut uns zwar sehr, stopft aber nicht das Kassenloch.

Auch nicht die Kassenlöcher stopfen, aber hoch erfreuen kann das Lob, das uns zunehmend zu Ohren kommt. Unsere Themen seien – eben nicht tagesaktuell – die Themen der Zeit. Unsere Analysen, Kritik und Meinungen legten Finger in Wunden und würden in Zukunft noch wichtiger werden, weil Nord und Süd immer weniger zu trennen und weil – und hier beginnt das Reich der Spekulation – womöglich in den nächsten Jahren das Zusammenrücken der Frustrierten und Marginalisierten zu erwarten sei. Wo Lob ist, bleibt aber Kritik nicht aus und die soll nicht verschwiegen werden. Die häufigsten Vorwürfe sind, daß unser Heft sprachlich zu abgehoben und politisch zu distanziert sei. Zu ersterem verweisen wir auf das Editorial zum ersten Heft des Jahres: Wir nehmen uns die Kritik zu Herzen, bitten aber auch zu bedenken, daß die Umsetzung unseres Vorhabens, die Texte zugänglicher zu gestalten, oft sehr aufwendig ist, wenn es nicht zu Lasten der Tiefenschärfe gehen soll. Zum zweiten Vorwurf ließe sich in aller Kürze sagen, daß wir Analyse und Kritik nicht so verstehen wollen, daß aus ihnen immer politische Schlüsse zu ziehen und politisches Handeln gleich welcher Form direkt abzuleiten wären.

Wer nun – und damit kommen wir zum Kern der Rede – möchte, daß das **iz3w** noch selbst die Zeit erleben soll, in der alles besser wird; wer sich weiterhin durch unsere umfassenden Themenschwerpunkte zu aktuellen Fragen informieren und auch morgen noch anhand unserer teils theoretischen, teils journalistischen Analysen und Berichte das Geschehen zwischen Nord und Süd verfolgen will, kann dafür einiges tun: Bringt die **iz3w** und ihre Artikel ins Gespräch. (Wegen der erfahrungsgemäß beim Sprechen auftretenden Schwierigkeiten noch einmal zum Mitschreiben: ihh-zett-drei-weh.) Wir selbst können die für eine große Initiative erforderliche Öffentlichkeitsarbeit nicht schaffen. Es fehlen die finanziellen Möglichkeiten.

Wer es sich also leisten kann und will, den oder die bitten wir dringend um eine (steuerabzugsfähige) Spende auf unser Konto (Überweisungsträger liegt bei) oder um eine Aufstockung der Abozahlung (Förderabo); wer jemanden wenigstens achtmal im Jahr an sich erinnern will, der oder dem legen wir ein Geschenkabo nahe (s. Aboabschnitt unten); und wer ohne Moos wohltätig sein und nicht Bewegung auf unser Konto, sondern in die Sache bringen will, bitten wir um positive und negative Kritik an unsere Postadresse.

So kann denn unserethalben Di an Wohltätigkeit und Che an Bewegung erinnern, wenn es dazu dient, beides bei uns zusammenfließen zu lassen. Eine schöne Zeit zwischen den Jahren wünscht schon jetzt

die redaktion

Zur Erinnerung:
Konto 1249606, Volksbank Freiburg (BLZ 68090000), Kontoinhaber: Stadtsparkasse Freiburg,
Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V.

Ich verschenke ein **iz3w**-Jahresabo (DM 60,- bzw. DM 50,- ermäßigt):

	an:
Name:	Name: ....
Straße:	Straße: ....
PLZ / Ort:	PLZ / Ort: ....

Abschnitt an: **iz3w** • Kronenstr. 16a • Postfach 5328 • 79020 Freiburg • Telefon: 0761/74003 • Fax: 0761/709866

Die Warlordisierung eines Landes
Blutreinigung und Banden im Bürgerkrieg

von **Bernhard Schmid**

Mit dem Massaker in Rais Ende August (über 300 Tote) hatte die Gewalt im algerischen Bürgerkrieg einen neuen Höhepunkt erreicht. Warum begehen die Guerillagruppen der GIA derartige Massaker, und warum läßt das Militär sie geschehen? Handelt es sich bei dem Konflikt um einen Kulturkampf zwischen Islamisten und Säkularisten, oder bekriegen sich verfeindete Banden im Streit Macht und Beute?

► In Algerien sind mittlerweile die Schlächtereien zum Alltag geworden, und es stellt sich die Frage, inwieweit sie auf den »politischen Islam« zurückgehen. Manche Beobachter stellen dies in Frage. Am weitesten geht derzeit der »Maghreb und Islam-Experte« Bruno Etienne: *»Für mich werden drei Viertel der Attentate vom amtierenden Regime verübt. Wie funktioniert dieses System? Die Sécurité militaire (der militärische Geheimdienst) hat alle Guerillagrüppchen der GIA*[1] *unterwandert. Die Tatsache, daß die meisten jungen Leute dieser Kommandos in den Gefängnissen ermordet werden, nachdem sie gestanden haben, ist ein untrügliches Zeichen.«* (Le Figaro, 30./31. 8.97) Eine aufsehenerregende These, allein sie ist unlogisch. Entweder werden Angriffe der Armee als islamistische Schlächterei verkleidet. In diesem Fall sind die Urheber der Terrorakte wohl kaum in den Knästen des Regimes umgebracht worden. Oder aber es existiert eine »echte« terroristische Bewegung, deren Mitglieder – neben möglichen Spitzeln der Repressionsorgane des Staates, die es häufig in bewaffneten Gruppen gibt – eine eigene Motivationsbasis für ihr Handeln besitzen.

Davon sollten wir entgegen Etiennes »Rat« ausgehen, denn im Fall des Massakers von Rais wurden zwei Mitglieder des Killerkommandos, die aus dem Städtchen stammten, von dessen Bewohnern erkannt – es waren ehemalige örtliche Kader des FIS. So warnte der links-republikanische und laizistische Oppositionspolitiker Said Sa'di, Präsident der »Sammlung für Kultur und Demokratie«, RCD: »Manche Algerien-Spezialisten, ehemalige Berater oder Lobsinger der Militärdiktatur bemühen sich, die Islamisten von diesem Massakern weißzuwaschen. Das ist nicht sehr vernünftig.« (Le Figaro, 1.9.97).

Die abenteuerlich anmutenden Spekulationen eines Bruno Etienne gehen an einer simplen Realität im algerischen politischen Leben vorbei. Tatsächlich existierte im Land schon vor der seit 1992/93 eingetretenen, extrem gewalttätigen Verschärfung der Krise ein politischer Diskurs, der ein Blutbad als notwendige Reinigungskur der algerischen »Identität« von dem fremden Schmutz, den Kolonialismus und die »westliche Moderne« hineingetragen hätten, rechtfertigte. So zitiert der Journalist Hassan Zerouki den FIS-Führer[2] Abassi Madani, der im Januar 1990 in der südalgerischen Stadt Bousaada vor mehreren Tausend Menschen ausrief: »Wir sind bereit, zwei Drittel der algerischen Gesellschaft zu opfern, um dem übrigbleibenden Drittel zu erlauben, erfolgreich auf dem Weg Gottes zu schreiten.« (L'Humanité, 1.9.97) Während des FIS-Wahlkampfes für die Parlamentswahlen vom Dezember 1991 und Januar 1992 (die dann zwischen den beiden Wahlgängen abgebrochen wurden) proklamierte Mohammedi Said, ehemaliger SS-Freiwilliger im Offiziersrang und später Offizier der »Nationalen Befreiungsarmee« ALN im Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich, im Stadion des 5. Juli in Algier: »Wir sind bereit, um dieses Land zu gesunden, zwei Millionen seiner Einwohner zu liquidieren.«

Identität und Blutbad

► Woher kommt diese Vision vom säubernden Blutbad? Ihr Hintergrund in der algerischen »kollektiven Psychologie« ist zweifellos der Schock, den der französische Kolonialismus auf die Gesellschaft des Landes ausgeübt hat. Er bewirkte eine tiefe Spaltung, die bis

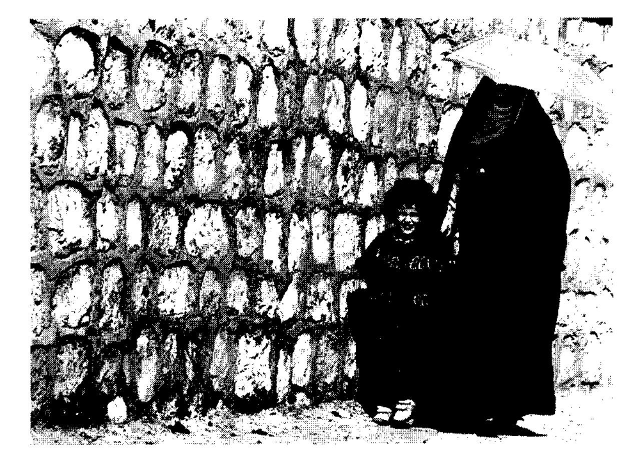


Foto: R. Maro/version

heute nicht überwunden ist. Dessen Wirkungen waren in Algerien weit tiefer als in anderen von europäischen Mächten eroberten Regionen – denn Algerien war mehr als eine (von außen beherrschte) Kolonie, es wurde als »integraler Bestandteil des Mutterlandes« in Form dreier Départements der französischen Metropole einverleibt. Die Siedler, die aus Frankreich, aber auch aus Italien und Spanien ins Land strömten, waren daher vollwertige Bürger des französischen »Mutterlandes« – während die arabisch-muslimischen Einwohner einen minderwertigen Rechtsstatus behielten. Hingegen erhielten die Juden (ab 1870) und Teile der »modernisierten« arabo-muslimischen Eliten (ab 1944) ihrerseits die französische Staatsbürgerschaft. Teile der Eliten strebten zunächst eine Integration dieses größeren Bevölkerungsteils (eine Million Europäer standen am Ende der Kolonialära acht Millionen Muslimen gegenüber) als Vollbürger ein. Als hervorgerufen durch die starr ablehnende Haltung der Weißen Algeriens der Unabhängigkeitskampf ausbrach, stellten sich manche Schichten der muslimischen Bevölkerung auf die Seite Frankreichs – nicht immer aus Gründen feiger Anpassung, sondern oft aus bewußten Motiven heraus. So fürchteten beispielsweise Angehörige der kabylischen (berberischen) Minderheit eine Dominanz der Araber in einem unabhängigen Algerien.

Schon unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde versucht, die Spaltung mit Gewalt »zu überwinden«. Opfer waren die »Harkis«, jene Algerier, die von Frankreich in Milizen gegen die Unabhängigkeitskämpfer rekrutiert wurden. Sie flohen gemeinsam mit den Europäern aus Furcht vor Rache. Zwischen 60.000 und 100.000 von ihnen wurden im Land umgebracht, was in ihren Familien und Clans wiederum Rachegefühle gegen die neuen Sieger heranreifen und die tribale Struktur der algerischen Gesellschaft sowie die unterschwellig schlummernde Gewalt fortleben ließ.

Im neuen unabhängigen Algerien selbst bekämpften sich zwei Stränge von Eliten: eine frankophon sozialisierte und ausgerichtete, häufig revolutionär-sozialistische und eine arabo-muslimische orientierte. Erstere dominierte nur die ersten beiden Jahre. Die Förderer der »arabo-muslimischen Identität« besetzten den Sektor der Kultur- und Bildungspolitik und verfolgten eine Arabisierung des Landes, vor allem an den Universitäten. Da aber die Sprache der Wirtschaft weiterhin französisch war und die Sprache des Alltags ein Dialekt ist, der sich stark von



Identitäten- oder Generationsspaltung? Foto: R. Maro / version

der hocharabischen Schriftsprache unterscheidet, fanden sich die Universitätsabgänger im gesellschaftlichen Niemandsland wieder.

So verwundert es kaum, daß mit den Jahrzehnten immer neue minoritäre Strömungen dieser »arabo-muslimischen Identität« in Opposition zum Regime gerieten. Es bildete sich ein beständig wachsendes Reservoir an widerständigen Strömungen, die vom offiziellen Diskurs der »neu zu begründenden algerischen Identität« ausgingen und dessen Inhalt in Opposition zu den bestehenden Verhältnissen brachten und radikalisierten. In Algerien existiert dazu das Wortspiel: »Le FIS est le fils du FLN (Der FIS ist der Sohn der FLN)«. Die vom radikalisierten Islamismus verkörperte Forderung nach Reinigung der algerischen Identität von fremden Einflüssen stellt nur die extreme Fortschreibung des vorher herrschenden Diskurses dar. Mit einem bedeutenden Unterschied: Das alte System hatte die neue »algerische Persönlichkeit« *positiv* zu begründen versucht, etwa durch die Arabisierungspolitik, während seine Radikalisierung dies *negativ* tut durch radikale Ablehnung der bestehenden »verfremdeten« Verhältnisse und durch Ausgrenzung von immer grösseren Personenkreisen: ihre Rechte fordernde Frauen, Konsumenten von Alkohol, Tabak, und Musik. Der Identitätsdiskurs änderte also nur den Inhalt, nicht die Form. Die Spaltung und der Versuch, sie gewaltsam aufzuheben bleiben bestehen .

»Le FIS est le fils du FLN«

Vom Gotteskämpfer zum Desperado?

► Der fundamentalistische Diskurs, der ein gewaltförmiges Reinigungsbad vorsieht, stößt auf extrem fruchtbaren Boden bei einer perspektivlosen und frustrierten Jugend in den Vorstädten und Armenvierteln der Großstädte, insbesondere in Algier. Soziale Ausweglosigkeit (die offizielle Arbeitslosenrate im Land beträgt 28,1 Prozent!) stößt hier zusammen mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie sexuelle Frustration – in einer Gesellschaft, die durch rigide Moral und Geschlechtertrennung geprägt ist und in der eine persönliche Intimssphäre den meisten unbekannt ist. Diese explosive Mischung motiviert zahlreiche männliche junge Marginalisierte dazu, zu »menschlichen Bomben« zu werden, die alles zu vernichten bereit sind, was in ihren Augen unzulässigen Spaß verkörpert, den sie sich im Leben nicht erhoffen konnten.

Letzteres allerdings soll sich für viele von ihnen ändern, sobald sie alle Hemmungen abgelegt und ihr Leben dem Dasein als strafende »Gotteskämpfer« gewidmet haben. Denn aller sozialen Fesseln entledigt, können sie sich gewaltsam nehmen, was für sie bis dahin unerreichbar schien – wie etwa Sexualität. Allgemein bekannt ist inzwischen die Praxis der GIA, die Mädchen entführen und – von ihren religiösen Führern legitimiert – vergewaltigen. In Rais etwa verschleppten die Terroristen nach Zeugenaussagen 50 Frauen und Mädchen, daneben nahmen sie Nahrungsmittel und Vieh mit. Vom streng ideologischen Kampf gegen das Böse gehen viele von ihnen über zu einem Desperadotum, das auf brutale Weise der Aneignung alles Erwünschten durch die »Kämpfer« dient – zumal ihr materielles ökonomisches Überleben oft auch keine andere Wahl läßt, als die Bevölkerung zu plündern. Diese Tendenz zum Banditenwesen werden die GIA, die durch ihre dezentrale Struktur bestens für eine Zerfaserung in autonom operierende Banden geeignet sind, immer mehr zu einer Mischung aus extrem gewalttätiger Sekte, Piraten und Wegelagerern umwandeln.

Es spricht einiges für die These, daß es sich bei den Überfällen auf die Dörfer um die Eintreibung einer Blut-Steuer als Ersatz für eine nicht mehr bezahlte, vormals erpreßte Abgabe handelt. Tatsächlich fanden die jüngsten Massaker zum größten Teil im Umland von Algier statt, wo 80% der Gemeinden 1990/91 Islamisten an die Spitze gewählt hatten. Die bewaffneten Fundamentalisten genoßen hier jahrelang eine gewiße Unter-

stützung. Nunmehr sie diese verloren haben, gehen die bewaffneten Gruppen zum massiven Angriff auf die »verräterische« Bevölkerung über – zwecks Einschüchterung und Plünderung.

Dennoch sollte man die ideologische Dimension nicht vernachlässigen: So ist bekannt, daß in den Bulletins der GIA viele Köpfe des FIS,die ihnen als viel zu »schlaff« und zu theoretisch ideologisch gelten, mit dem Tode bedroht werden. Der radikalste Kopf der FIS-Führung, Ali Benhadj, ist jedoch nie Opfer eines solchen Tötungsaufrufs gewesen: Auch die GIA wissen, wer ihnen politisch-ideologisch nahe steht und wer nicht. Ob nun Identitätsfragen oder sich verselbständigendes Banditenwesen den Terror am zutreffendsten erklären, kann nicht mit Eindeutigkeit entschieden werden.

Die anti-fundamentalistische Koalition

▶ Das dem Fundamentalismus entgegengesetzte Lager des algerischen Bürgerkrieges wird in den hiesigen Medien gerne auf die Militärs reduziert. Dieses so gezeichnete Bild ist falsch. Nach dem Abbruch der Wahlen im Januar 1992, die den FIS legal an die Macht zu bringen drohten, gründete sich ein »Nationales Komitee zur Rettung Algeriens« (CNSA), dessen Vorsitzender der Generalsekretär des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA (*Union Générale des Travailleurs Algériens*) war, der am 28. Januar 1997 ermorderte Abdelhak Benhamouda. Die Basis der Koalition umfaßt also sowohl die Armee, die das amtierende Regime kontrolliert, als auch die Massenbasis der UGTA oder die Frauenbewegung, die – wie am 22. März 1994 – zu Hunderttausenden gegen den Fundamentalismus und für ihre Rechte demonstrierten.

Der Linksrepublikaner Said Sa'di, der als einer von sehr wenigen Politikern an dieser Demonstration teilgenommen hatte, rief zur selben Zeit zum »bewaffneten Widerstand gegen den islamistischen Terror« auf. Mit der Entführung des Sängers Matoub Lounès am 25. September 1994 beginnt die Selbstbewaffnung an der Basis: die »berberische Kulturbewegung« MCB bedroht die GIA mit bewaffneten Repressalien, falls diese den Künstler nicht freiließen (was sie dann tatsächlich tun). Die ersten bewaffneten »Selbstverteidigungsgruppen« und »patriotischen Milizen« werden u.a. von dem Aktivisten der ex-kommunistischen Bewegung »Ettehadi«, Mohammed Sellami, gegründet. Im März 1995 legalisiert der Staat diese Milizen in einem Gesetz über die »zivile Verteidigung«. Heute werden die auf diesem Weg Bewaffneten auf bis zu 200.000, neben der Armee mit 180.000 Mann, geschätzt.

Im Inneren der »Festung«, welche die Reste der modernen Gesellschaft in Algerien bildet, besteht eine Koalition, die in etwa mit dem zu vergleichen ist, was den Kemalismus in der Türkei ausmacht: ein Bündnis, das von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern über nationalkonservative Republikaner bis hin zu extrem autoritären Militärs reicht. Einigendes Band dieser heterogenen Koalition ist die Vorstellung eines modernen republikanischen Nationalstaats, in Abgrenzung zum als archaisch verstandenen Fundamentalismus. Im Gegensatz zum türkischen Kemalismus, der alle Staatsparteien umfaßt und gesellschaftlich bisher dominierend erscheint, gleicht dieses algerische Bündnis jedoch einer belagerten Wagenburg, deren Insassen durch die Wahlergebnisse des Dezember 1991 in eine minoritäre Stellung gedrängt wurden. Zwar hat seitdem ohne jeden Zweifel eine Mehrheit der damaligen FIS-Wähler dem fundamentalistischen Gesellschaftsprojekt den Rücken gekehrt, da die massive Gewaltanwendung der Islamisten gegen die Zivilbevölkerung diese zunehmend abstößt. Die alltägliche terroristische Gewalt, welche die gesamte Gesellschaft bedroht, hat jedoch für einen permanenten Belagerungszustand gesorgt.

Die Befehlsgewalt haben dabei die Militärs, wenngleich einige Strömungen im antifundamentalistischen Lager des Bürgerkriegs – wie die Linksrepublikaner des RCD unter Said Sa'di, der schon gegen das alte FLN-Regime opponierte – ihre Politik offen kritisieren. Denn die örtlichen Milizen sind auf ihre jeweilige Lokalität und auf reine Abwehrfunktion beschränkt und besitzen keine übergreifende politische Infrastruktur.

Damit ist der Fortbestand der anti-fundamentalistischen Koalition der Führung einer Institution ausgeliefert, die selbst in sich fraktioniert und zersplittert ist und innerhalb derer einige Seilschaften auf eine Machtteilung mit den Islamisten hinarbeiten.

Offiziere als Warlords

▶ Die Militärs sind zugleich dabei, sich von der herrschenden Kaste in einem militärisch-bürokratisch regierten Staatswesen – dem FLN-«Sozialismus« der Jahrzehnte der Unabhängigkeit – umzuwandeln in eine Klasse von Privatbesitzern. Während der Bürgerkrieg tobt, läuft diese »Transition« unter Aufsicht des IWF auf vollen Touren. Die Europäische Kommission hat soeben die Privatisierung der Sonatrach vorgeschlagen, des zehntgrößten Ölkonzerns der Erde. Und »die Deutschen studieren gerade einen riesigen Plan zur Modernisierung und Erneuerung der algerischen Industrie.« (L'Humanité vom 30./31.8.97) Dieser Transitionsprozeß geht hinter der Kulisse des inneren Krieges ungestört vonstatten. Entfernt ähnelt diese Situation übrigens derjenigen im ehemaligen Jugoslawien, das sich ebenfalls im Übergang zur Marktwirtschaft befindet.

Fest steht, daß die Gewalt der Islamisten ins politische Spiel mehr als nur einer Fraktion der Militärs paßt. Said Sa'di im Figaro-Interview: »Es sind die Islamisten, die töten, aber das Regime hat Interesse an dieser Situation. (...) Der islamistische Terrorismus wird als Repressionsinstrument gegenüber dem sozialen Protest und der demokratischen Opposition benutzt.« Erklärt dies das Stillhalten der Miliärs angesichts der Massaker an der Zivilbevölkerung? Es existieren allerding noch weitere Hypothesen. Said Sa'di (Interview in *Humanité Dimanche* vom 4.9.1997) und Hassan Zerouki glauben etwa, daß die Militärs nicht bereit seien, hohe Risiken auf sich zu nehmen, um Massaker der Fundamentalisten zu verhindern. Denn die Islamisten täuschten oftmals auch falsche Angriffe vor, um die Soldaten in eine Falle zu locken und zu massakrieren, oder verminten das Gelände.

Eine andere Erklärung versucht die französische katholische Tageszeitung *La Croix* (10.9.1997). Diese zitiert eine »sichere Quelle«, derzufolge der General Larami Anfang August einen Befehl erlassen habe, wonach die Armee nirgendwo mehr ohne seine Erlaubnis nächtlich ausrücke – also bei Massakern nicht eingreifen dürfe. *La Croix* interpretiert dies als »machiavellische und blutige« Taktik des einen »Kompromiß« mit den Islamisten ablehnenden Armeeflügels, um bewußt die Situation sich verschlimmern zu lassen. Mit dieser Strategie soll Präsident Zeroual unter Druck gesetzt werden, den »Dialog« mit dem FIS abzubrechen. (Die Interpretation kann freilich hinterfragt werden: Eine objektive Verschärfung der Gewaltsituation kann ebenso vom »dialogbereiten« Flügel der Militärs zum Anlaß genommen werden, um einen »Kompromiß« mit den Islamisten als letzten Ausweg aus dem Blutbad zu rechtfertigen.)

Man wird wohl in vielerlei Hinsicht vorerst auf Spekulationen angewisen bleiben, da man der Desinformation und Manipulation von vielerlei Seite ausgesetzt ist. Eines scheint indes festzustehen: In jedem Fall liefert die fundamentalistische Gewalt die Rechtfertigung für eine extreme Militarisierung der Gesellschaft. Der französiche Forscher Luis Martinez erklärt in *Le Monde* (26./27. Januar 1997): »Die Anwesenheit von Milizen, paramilitärischen Gruppen... verhindert jede Äußerung sozialer und politischer Unzufriedenheit. Nach fünf Jahren Krieg denkt in Algerien jeder nur noch an sein individuelles Überleben.«

Anmerkungen:

1 GIA: Groupes Islamiques Armés / Bewaffnete Islamische Gruppen

2 FIS: Front Islamique du Salut / Islamische Errettungsfront

▶ **Bernhard Schmid** ist freier Journalist und lebt in Paris. Im Februar 1998 erscheint von ihm ein Buch über die extreme Rechte Frankreichs im Elefantenpress-Verlag.

Die Wahl der Waffen
Geschichte des Guerillakampfes in Lateinamerika (Teil 2)



von **Albert Sterr**

Drei Wellen bewaffneter Befreiungsbewegungen hat Lateinamerika gesehen. Während die erste vor allem durch Che Guevaras elitäre Focus-Strategie geprägt war und in den 60er und 70er Jahren nicht zuletzt an ihrem mangelnden Rückhalt in der Bevölkerung scheiterte, verlor die zweite auf nationale Befreiung ausgerichtete Welle mit dem Machtverlust der Sandinisten in Nicaragua und den Friedensverträgen in El Salvador und Guatemala an Einfluß (s. Teil 1 des Beitrags). Inzwischen erhob sich in Mexiko eine neue Guerilla – ein Aufstand der Verlierer des Neoliberalismus. Sind die Zapatisten Vorboten einer dritten Welle des bewaffneten Kampfes oder verfolgen sie ganz neue Konzepte?

► Das »Ya basta – Es reicht!« der EZLN markiert eine historische Zäsur, die von der 1996 in Erscheinung getretenen »Revolutionären Volksarmee« (EPR) unterstrichen wird. Wie zuvor die siegreichen Erhebungen in Kuba und in Nicaragua brachte die »erste postkommunistische Guerilla« (Carlos Fuentes) Bewegung in eine festgefahrene Kräftekonstellation. Andere Inhalte, neue Formen der politischen Vermittlung und geänderte internationale Rahmenbedingungen unterscheiden die Zapatisten von ihren Vorgängerinnen. Das Auftreten der EPR untermauert die Ansicht, daß es sich in Chiapas nicht um ein verspätetes Nachhutgefecht handelt, sondern um Abwehrkonflikte gegen die neoliberale Offensive.

Der Zapatisten-Aufstand rückte die sozialen Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspolitik ins Bewußtsein, setzte das politische System Mexikos unter Druck und erhöhte das Gegengewicht der außerparlamentarischen Linken erheblich. Vor allem bewirkte er – auf direkte und indirekte Weise – die Schwächung der traditionellen autoritären Kräfte, der Staatspartei PRI, und stärkte eine gemäßigt linke Reformoption, die »Partei der Demokratischen Revolution« (PRD). Ebenso wie Kuba und Nicaragua geben auch die Zapatisten Anlaß für eine breit und kontrovers geführte Grundsatzdebatte in Lateinamerika sowie für die Bildung einer aktiven Solidaritätsbewegung in Europa und den USA. Allerdings revolutioniert die Revolution auch hier zuallererst die Konterrevolution.[1] Im gegenwärtigen mexikanischen Kontext heißt dies, daß das Gewicht der Armee gegenüber den zivilen Instanzen wächst und die militärische Zusammenarbeit mit den USA an Bedeutung gewinnt. Anders als ihre Vorgänger stehen die Zapatisten jedoch international ohne relevante Bündnispartner oder befreundete Regierungen da, die beispielsweise im Falle einer Armeeoffensive Schutzfunktionen übernehmen könnten. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks, dem Machtverlust der Sandinisten (1990), den Friedensverträgen in El Salvador (1992) und Guatemala (1996) und angesichts der guten Beziehungen, die Kuba mit dem mexikanischen Establishment weiterhin pflegt, muß die EZLN mit unverbindlichen Sympathiebezeugungen politischer Parteien und der Solidarität vorlieb nehmen, die ihr von in ihren Ländern einflußlosen Gruppen entgegengebracht wird. Die bündnispolitische Schwäche spiegelt die internationale Großwetterlage wider. Daß die Zapatisten-Führung dies erkannt hat, zeigen ihre Versuche, mittels internationaler Kongresse, die ein möglichst breites Spektrum politischer Multiplikatoren anziehen sollen, in der Weltöffentlichkeit wenigstens ein gewisses moralisches und politisches Gegengewicht aufzubauen.

Indianisierung statt Avantgarde

► Die Zapatisten unterscheiden sich von ihren Vorgängerinnen jedoch nicht alleine durch ihre weltpolitische Positionierung, sondern auch aufgrund ihrer politischen und ideologischen Orientierung. Anders als ihre Vorläufer der ersten und zweiten Welle sehen sich die Zapatisten weder als Avantgarde der gesellschaftlichen Umwälzung noch kämpfen sie um die Macht im Staate oder für die Errichtung eines wie auch immer gearteten



Neoliberalisten-Scheuche Foto: H. Sachs/version

sozialistischen Systems. Die EZLN bezieht sich auf die demokratisch verfaßte Zivilgesellschaft. Ihr Sprecher, Subcomandante Marcos, läßt keine Gelegenheit verstreichen, dies hervorzukehren. Er greift Imperative der Französischen Revolution wie »Freiheit und Gleichheit« auf, wirft Begriffe wie »Gerechtigkeit« und »Würde« in die Debatte und mißt neuen Formen der Kommunikation sowie Symbolen eine außerordentlich große Bedeutung bei. Die EZLN tritt für eine demokratische Revolution ein, die die PRI-Herrschaft beendet und nicht nur die juristische, sondern auch die tatsächliche Gleichberechtigung der Indígenas gewährleistet. Zur Schlüsselfrage nach den Produktionsverhältnissen äußert sich die EZLN nur insofern, als sie eine Agrarreform fordert und den Neoliberalismus ablehnt.

Argumentationsmuster aus dem traditionellen sozialistischen Diskurs wird man vergeblich suchen. Stattdessen spielt die Bezugnahme auf die mexikanische Geschichte und die Erfahrungen der Indígena-Gemeinschaften eine besondere Rolle. Die EZLN verwendet Symbole wie die Farben rot/schwarz, die auch bei anderen Revolutionären Lateinamerikas weit verbreitet sind, und definiert sich selbst als »Nationale Befreiungsarmee«, eine Selbstbeschreibung, die auch von den meisten anderen Bewegungen der ersten und zweiten Welle gewählt wurde. Ihre Vorläufergruppe FLN, die sich im November 1983 in EZLN umbenannte, kommt ebenso aus der Tradition des Guevarismus wie ihr Sprecher Subcomandante Marcos. Ihre ursprüngliche Strategie, der Aufbau geheimgehaltener bewaffneter Gruppen weitab von Siedlungsgebieten, unterschied sich nicht von vielen anderen Organisationen.

Das Spezifische der EZLN bildete sich seit dem Moment heraus, als die Ursprungsgruppe mit indianischen Aktivisten und den Indígena-Gemeinschaften in Berührung kam. Aus der politisch-militärischen Avantgarde wurde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine bewaffnete Bewegung der Indígena-Gemeinschaften. Nach Angaben ihrer Sprecher ordnet sich die EZLN den Entscheidungen unter, die nach vorheriger Konsultation aller Gemeinschaftsmitglieder getroffen werden. Dies stellt die bis dahin übliche Beziehung von Guerilla und sozialer Basis, die stets von ersterer dominiert wurde, auf den Kopf und verleiht demokratischer Basispartizipation einen qualitativ neuen Stellenwert. Die EZLN indianisierte sich in doppelter Hinsicht: einerseits, weil heute fast alle Mitglieder Indígenas sind und andererseits, weil die indianischen Gemeinschaften auch die Leitung der Organisation, das »Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee« (CCRI-CG), übernahmen und ihre Prioritäten und Formen der Entscheidungsfindung durchsetzten.

Maskierter Krieg

▶ Nach einer zweiwöchigen Phase bewaffneter Konfrontationen, in denen sich die mexikanische Armee schwere Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen ließ, militärische Schlappen einstecken mußte und der Zapatisten nicht habhaft werden konnte, dekretierte Präsident Salinas de Gortari einen einseitigen Waffenstillstand. Die Staatsführung war vor allem durch die Kritik der internationalen Öffentlichkeit und durch Massendemonstrationen für Frieden in Mexiko-Stadt unter Zugzwang geraten. Seither müssen sich die Zapatisten mit einer neuen innenpolitischen Realität zurechtfinden: sie blieben mit ihrem Aufstand alleine; die PRI-Regierung setzt nicht auf militärische Eskalation, sondern auf Waffenstillstand und Dialog, um die Polarisierung der Gesellschaft und die mögliche Stärkung der Zapatisten zu vermeiden. Der EZLN blieb nichts anderes übrig, als sich unvorbereitet an den Verhandlungstisch zu setzen und den von der Regierung vorgeschlagenen und von der Zivilgesellschaft geforderten Dialog anzunehmen. Die Gespräche dauern seit Februar 1994 mit vielfachen Unterbrechungen an.

Die Zapatisten befinden sich seit Ausrufung des Waffenstillstandes in einer paradoxen Situation: sie kämpfen für die Demokratisierung des Landes, stehen aber unter Waffen; sie sind Ausdruck eines »bewaffneten Kommunitarismus« der Indígena-Gemeinden, wollen sich jedoch in eine zivile Bewegung mit nationaler Tragweite verwandeln; sie erfanden eine Strategie der bewaffneten Gewaltlosigkeit und hielten sie trotz vielerlei Armeeprovokationen durch; sie setzten dem militärischen Sperrgürtel poetisch formulierte Kommuniqués und internationale Kongresse entgegen. Verschiedene Anläufe, um auf nationaler Ebene legale Präsenz zu erlangen, sind jedoch als Fehlschläge zu werten. Denn trotz vorübergehender Beachtung konnten sich diese nicht als eigenständige Kräfte konsolidieren, die in der Lage gewesen wären, Intiativen der EZLN aufzugreifen und auf nationaler Ebene voranzutreiben.[2] Die Zapatisten kamen bislang über ihren Status einer regionalen Untergrundorganisation mit internationaler Ausstrahlung nicht hinaus. Sie sehen sich einer längerfristig angelegten, kräftezehrenden Eindämmungs- und Verausgabungsstrategie der Regierung Zedillo gegenüber, die nur schwer zu konterkarieren ist. Die Staatsmacht vervielfachte die Militärpräsenz, drängte die EZLN im Februar 1995 in unzugängliche Urwaldzonen ab und kreiste sie ein. Ihre zivilen Unterstützer werden von paramilitärischen »Weißen Garden« verfolgt, die mit Unterstützung und Duldung staatlicher Institutionen agieren.

Nach dem Auftreten der am 1. Mai 1994 gegründeten EPR im Juni 1996, einer politisch-militärischen Organisation, die in Argumentation und Auftreten Landguerillas der vergangenen Perioden ähnelt, gibt es eine zweite bewaffnete Gruppe, die offen agiert. Die EPR ist in einigen südlichen Bundesstaaten wie Guerrero und Oaxaca präsent. Ihr wird ein gewisser Einfluß in einigen legalen Massenorganisationen nachgesagt. Außerdem hat sie mehrere hundert Leute unter Waffen und kämpft mit einem Konzept des verlängerten Volkskrieges um die Macht im Staate. Nach einer vielbeachteten Anschlagswelle im Gefolge ihres öffentlichen Auftretens, die nach EPR-Angaben in den Reihen der Sicherheitskräfte innerhalb der ersten 10 Monate 140 Tote hinterlassen hätten, beschränkt sich die Gruppe auf »bewaffnete Propaganda« und defensive Aktionen. Sie betont, daß sie noch Spielräume für legale politische Betätigung sehe und erklärte einen einseitigen Waffenstillstand anläßlich der Wahl im Juli 1997. In anderen Bundesstaaten sollen ebenfalls Untergrundbewegungen aktiv sein.

Mexiko befindet sich seit dem Zapatisten-Aufstand in einer maskierten Kriegssituation, wobei den staatlichen Sicherheitsapparaten unterschiedlich gut bewaffnete Bewegungen mit unterschiedlicher sozialer Basis, Bedeutung und Zielsetzung gegenüberstehen. Die Besonderheit ist, daß es sich seit der offiziellen Feuereinstellung in Chiapas um einen unerklärten und deshalb von der Weltöffentlichkeit nicht wahrgenommenen Krieg handelt, einen Konflikt niedriger Intensität. Er richtet sich primär gegen die Teile der Zivilbevölkerung, die als potentielle Guerillaunterstützer gelten, und prägt bereits den Alltag vor allem in den Bundesstaaten Chiapas, Guerrero und Oaxaca. Ob sich der Konflikt ausweitet und militarisiert oder aber auf dem politischen Wege eingegrenzt und befriedet wird, hängt vom weiteren Verlauf des mexikanischen Öffnungs- und Übergangsprozesses ab. Eine Stärkung der Reformtendenzen in der Staatspartei PRI selbst, vor allem aber ein denkbarer Einflußgewinn der gemäßigt linken PRD würde die Legitimität des poli-

tischen Systems und vermutlich auch dessen Bereitschaft zu Zugeständnissen an die Zapatisten erhöhen und diese gleichzeitig unter Druck setzen, Friedensverhandlungen mit dem Ziel der Waffenniederlegung zuzustimmen. In diesem Fall hätte die »Revolutionäre Volksarmee«, die bislang den Dialog kategorisch ablehnt und hervorhebt, sie kämpfe für den Sturz des Systems, sehr geringe Chancen, über ihren derzeitigen Status als lokaler und regionaler Faktor hinauszukommen. Sollte jedoch das Militär – mit stillschweigender Unterstützung oder gegen das gewählte Parlament – den Belagerungszustand in Chiapas noch verschärfen oder den Krieg niedriger Intensität auf weitere Zonen ausweiten, so sind erneute militärische Zusammenstöße nicht auszuschließen. Anders als 1994 ließen sie sich nicht mehr auf Chiapas begrenzen, weil das EPR und gegebenenfalls andere Gruppen die Gelegenheit zum Eingreifen beim Schopf packen würden. Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Mexikos, dessen Zugehörigkeit zur Freihandelszone NAFTA und der langen gemeinsamen Grenze mit den USA hätte eine derartige Entwicklung Auswirkungen auf den gesamten Kontinent.

Ein neues Modell

▶ Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den Friedensabkommen in Mittelamerika galt der bewaffnete Kampf als Auslaufmodell (s. Teil 1). Unter den verbliebenen Befreiungsbewegungen machte sich Skepsis breit, ob es ihnen im positivsten Fall der Machtübernahme möglich wäre, ihre sozialrevolutionären Vorstellungen unter Bedingungen einer absehbaren innen- und außenpolitischen Polarisierung zu verwirklichen oder ob der Machterhalt nur um den Preis des sozialen Inhalts der Revolution möglich wäre.[3] Die Erhebung der Zapatisten und das Auftreten der »Revolutionären Volksarmee« (EPR) setzten den bewaffneten Kampf wieder auf die Tagesordnung. Sie machten zunächst deutlich, daß bewaffneter Widerstand weiter möglich ist und aus emanzipatorischer Sicht auch Sinn machen kann. Weiterhin zeigten sie, daß es Guerillabewegungen gibt, die in der Lage sind, sich an die geänderte Lage anzupassen und verfeinerte »kombinierte Strategien« (Gillespie) zu entwickeln. Diese Bewegungen trugen, weil sie das autoritäre Herrschaftssystem ernsthaft in Frage stellen oder wenigstens Legitimitätskrisen auslösen konnten, durch Impulse von unten maßgeblich zur Demokratisierung ihrer Länder bei. Ihr besonderer Charakter schützte sie davor, daß sie durch den massiven Einsatz von Militär einfach übergangen, zum Schweigen gebracht oder liquidiert werden konnten.

An diesem Punkt ist Jorge Castañeda zu widersprechen, der seine 1993 aufgestellte Kernthese, revolutionäre Bewegungen seien im gegenwärtigen Lateinamerika ein Ding der Unmöglichkeit[4], damit zu retten versucht, daß er die Zapatisten zum Musterbeispiel des »bewaffneten Reformismus« erklärt und ihnen gleichzeitig den Charakter als militärische Kraft abspricht. Es ist aber allein der besondere Charakter der Zapatisten, die Untergrundarbeit in den indianischen Gemeinschaften kombiniert mit gezielter politischer Intervention und der Suche nach Bündnispartnern, die ihnen die herausgehobene Bedeutung gibt. Wären sie eine legale indianische Organisation wie viele andere auch und wären ihre Leitungsgremien greifbar, so würden sie ebenso schnell und gründlich unterdrückt werden, wie diese. Hier liegen auch die Gründe dafür, daß die Zapatisten zuerst Friedensabkommen abschließen und eine breite demokratische Bewegung in Gang bringen wollen, bevor sie sich legalisieren. Hier kommen auch ihre Strumpfmasken ins Spiel. Wenngleich sie mittlerweile zum telegenen Symbol wurden, so ist ihre primäre Funktion doch die des Schutzes ihrer Trägerinnen und Träger vor Verfolgung.

Revolutionäre Bewegungen sind kein »Ding der Unmöglichkeit«

Eine weitere grundsätzliche Eigenschaft der EZLN scheint mir das anti-avantgardistische Herangehen an Demokratie und Macht zu sein. Die Zapatisten sprechen dabei Dimensionen an, die die guevaristische und leninistische Linke mit ihrer Fixierung auf die Eroberung der Staatsmacht, die Kontrolle der (Sicherheits)Apparate und den Aufbau der revolutionären Partei nur am Rande zur Kenntnis nahmen: Das Einbeziehen verschiedener Interessengruppen in das eigene Konzept und die Akzeptanz von Dissens; die eigenverantwortliche Mitwirkung beim Aufbau einer neuen demokratischen Macht, was an Vorstellungen von Gegenmacht, »poder popular« oder »poder local« anknüpft; die Anerkennung unterschiedlicher kultureller Kontexte, der Kampf gegen Rassendiskriminierung und für das Recht anders zu sein; das Ringen im ideologische Hegemonie durch eine eigene und unverwechselbare Sprache, die Nutzung moderner Kommunikationsmittel, das Schaffen von Symbolen und das Besetzen von Themen. Gerade der letzte Punkt legte den Grundstein für die breite internationale Beachtung des Zapatismus, schwächte Zweifel über die Möglichkeit, ja Wünschbarkeit linker Alternativen in der Peripherie ab und schuf den Keim einer internationalen Solidaritätsbewegung für die EZLN, ohne die auf Dauer keine revolutionäre Bewegung in der Dritten Welt überleben kann.

Die im Vergleich zu den Ansätzen der ersten und zweiten Welle große Schwäche der Zapatisten liegt in der Ausklammerung der gesellschaftlichen Kardinalfragen nach dem Charakter der Produktions- und Herrschaftsverhältnisse in Mexiko. Die Forderung nach dem Ende der PRI-Herrschaft, die Elogen auf die Zivilgesellschaft und die Ablehnung des Neoliberalismus gehen nicht tief genug. So sympathisch die Offenheit für andere Positionen ist, so scheint sie doch darüber hinwegzutäuschen, daß die Zapatisten keinen eigenen klaren Standpunkt haben. Zumindest legen sie ihre Vorstellungen nicht öffentlich dar. Es ist die große Frage, wie lange ihre Bewegung die bisher durchaus produktive Spannung zwischen ethisch-moralischen Kategorien einerseits und Gewehrkugeln andererseits, beziehungsweise von symbolisch aufgeladener Selbstgenügsamkeit und den Gesetzen des Marktes aufrechterhalten kann. In einem Umfeld allgemein zunehmender diffuser Gewalt, die von unterschiedlichsten Gruppen ausgeübt wird (paramilitärische Organisationen, Drogenkriminalität, Entführungsindustrie und Jugendbanden) und zum Teil anomische Zustände hervorbringt, müssen die Zapatisten ebenso wie andere Bewegungen sehr umsichtig agieren, damit ihre bewaffneten Kräfte nicht »umkippen« und anstatt emanzipatorische Prozesse zu fördern, die Bevölkerungsschichten in ihrem Einflußbereich einschüchtern und zu Hilfsdiensten pressen. Eine flexible politische Strategie und die Kombination aus politischer und Guerillaaktivität dürfte das geeignetste Mittel sein, diese Gefahr zu minimieren und gesamtgesellschaftliche Resonanz für demokratisches und revolutionäres Gedankengut zu maximieren.

Anmerkungen:

1 Richard Gillespie, Guerilla Warfare in the 1980s, in: Barry Carr/Steve Ellner, The Latin American Left. From the Fall of Allende to Perestroika, Boulder/London 1993, S.187-203.

2 Inwieweit der auf Anstoß der EZLN jüngst erfolgte Zusammenschluß von zivilen Basiskomitees aus dem gesamten Land (FZLN) neue Impulse geben kann, läßt sich noch nicht absehen.

3 Das in Bezug auf ihre ursprüngliche Zielsetzung mehr oder weniger gründliche Scheitern aller Vorbilder und der Verlust internationaler Bezugspunkte und Versorgungsquellen warf die übriggebliebenen Guerillagruppen auf sich selbst zurück. Die Gruppen in Kolumbien und Peru entschieden sich fürs Weitermachen, da die Regierungen auf die militärische Lösung der Konflikte setzten, ohne Zugeständnisse anzubieten. Nicht positive Ziele, sondern der Widerstand gegen die harte Linie halten sie zusammen. Dies verschleiert, wie schmal der Grat zwischen politisch motiviertem Aufstand und ländlichem Banditentum ist, kaschiert innere Brüche, politische Schwankungen und programmatische Schwäche.

4 Jorge C. Castañeda, La Utopia Desarmada. Intrigas, dilemas y promesas de la izquierda en América Latina, Mexico D.F. 1993.

▶ **Albert Sterr** ist Herausgeber des jetzt erschienenen Buches *Die Linke in Lateinamerika. Analysen, Berichte, Dokumente.* Neuer ISP Verlag und Rotpunktverlag, Zürich, ca. 260 S., ca. 36,00 DM. Dieser Sammelband enthält eine ausführlichere Fassung des Beitrages.

Banzerfäustchen

Bolivien wählt seinen Ex-Diktator und paßt seine Strukturen an



von **Ulrich Goedeking**

Hugo Banzer ist wieder an der Macht, diesmal nachdem seine Partei die meisten Stimmen bei den Juni-Wahlen verbuchen konnte. Das Erstaunen darüber, wie ein ehemaliger Militärdiktator zum Präsidenten gewählt werden kann, relativiert sich allerdings angesichts der politischen und ökonomischen Umstände in Bolivien. Die auf wirtschaftliche Stabilität ausgerichtete Strukturanpassung benötigt eine geschickte Verwaltung des status quo, keine politischen Optionen. Ohnehin sind die Kontroversen zwischen den Parteien in etwa so prickelnd wie ein Rededuell zwischen Kohl und Scharping...

▶ Gleich zwei Jubiläen hatte Präsident Hugo Banzer, gerade zwei Monate im Amt, Anfang Oktober zu bewältigen: Vor 30 Jahren erschossen bolivianische Militärs Che Guevara, und vor genau 15 Jahren, im Oktober 1982, trat die vorerst letzte Militärdiktatur ab, um einem gewählten Präsidenten Platz zu machen. Beide Gedenktage waren für Banzer in seiner neuen Rolle pikant, immerhin war er zum einen lange Armeegeneral, zum anderen regierte Banzer Bolivien sieben Jahre lang als Militärdiktator (von 1971 bis 1978). Den 30. Todestag Che Guevaras beging er auf seine Art: In Camiri, nicht weit entfernt von Vallegrande, wo sich mehrere Tausend Menschen zum Gedenken des Che versammelt hatten, beglückwünschte er die Streitkräfte zu ihrem damaligen Sieg über die Subversion.

Fest steht: Seit Juni 1997 ist Banzer demokratisch legitimierter Präsident Boliviens nach einem Wahlkampf, in dem seine Vergangenheit als Diktator fast keine Rolle spielte. Längst gilt der General als ein normaler Spitzenpolitiker unter anderen. Schon kurz nachdem er 1978 das Präsidentenamt aufgeben mußte, mutierte er zum Demokraten, gründete seine Partei ADN (Nationalistisch-Demokratische Aktion) und kandidierte seitdem bei allen Präsidentschaftswahlen. Gute Wahlergebnisse waren ihm dabei immer sicher, schließlich erinnerten sich viele Bolivianer an die Diktatur Banzers als eine Phase, in der es ihnen relativ gut ging.

Pöstchen statt Programme

▶ Schon zweimal, von 1985 bis 1989 für Víctor Paz Estenssoro und 1989-1993 für Jaime Paz Zamora, war Banzer Mehrheitsbeschaffer und graue Eminenz im Hintergrund. Nur aus Gründen der politischen Kosmetik nahm er in diesen Regierungen kein hohes Amt wahr. Von Interesse für die Öffentlichkeit ist nun vor allem die Frage, wann endlich ein Programm für die nächsten Monate und Jahre präsentiert wird. In den bisherigen zwei Monaten seiner Amtszeit war davon noch nichts zu sehen, zu sehr beschäftigte sich die Regierung damit, erst einmal Einflußbereiche und Posten aufzuteilen. Nicht umsonst hatte die Regierungkoalition aus vier Parteien, die sogenannte mega-coalición, schnell den Beinamen pega-coalición weg, die »Pöstchen-Koalition«.

Auf dem Papier sieht die Koalition so aus, als berge sie jede Menge politischen Sprengstoff. Aber weit gefehlt: Die MIR, zu deutsch »Bewegung der revolutionären Linken«, hat kein Problem damit, Koalitionspartner Banzers zu sein, schließlich hatte sich MIR-Chef und Ex-Präsident Jaime Paz Zamora schon 1989 von Banzers ADN unterstützen lassen. CONDEPA, das »Gewissen des Vaterlandes«, dröhnte im Wahlkampf zwar noch gegen Neoliberalismus und Ausverkauf des Vaterlandes und propagierte »endogene Entwicklung« als Alternative, war aber nach der Wahl schnell dazu bereit, für den Zugang zur Macht auf Prinzipien zu verzichten. UCS schließlich, die von dem inzwischen verstorbenen Brauereibesitzer Max Fernández gegründete »Bürgerunion Solidarität«, gilt ohnehin als politisches Leichtgewicht ohne jedes Profil.



Ein Hut wie der andere...

Die politische Langeweile der ersten Monate der neuen Regierung ist symptomatisch für das gesamte Wahljahr 1997, denn es standen keine echten Alternativen zur Wahl. Alle größeren Parteien bürgten für Kontinuität in der Wirtschaftspolitik. Seit Präsident Víctor Paz Estenssoro 1985 ein radikales Strukturanpassungsprogramm durchsetzte, genießt Bolivien relative wirtschaftliche und politische Stabilität unter neoliberalen Vorzeichen. Paz Estenssoro konnte darauf bauen, daß die Bolivianer die Härten der Strukturanpassung mehrheitlich mittragen würden, denn die Erfahrung von Hyperinflation und Dauerkrise der Zeit von 1982 bis 1985 war noch frisch. Bis heute gilt, daß die große Mehrheit der Wähler auf diesem Gebiet kein Risiko eingehen will. Natürlich, es gibt bittere Armut, Bolivien ist nach wie vor das Schlußlicht auf der südamerikanischen Wohlstandsskala, aber der Spatz der Stabilität in der Hand erscheint allemal attraktiver als die Taube vager antineoliberaler Sprüche auf dem Dach, zumal auch in Bolivien niemand eine realpolitisch gangbare Alternative zum neoliberalen Mainstream präsentieren kann.

Aber wie können die Bolivianer einen ehemaligen Diktator zum Präsidenten wählen? Die Antwort ist banal: Banzer konnte genausogut Präsident werden wie einer der anderen zur Wahl stehenden Kandidaten, es hätte für die Politik der nächsten fünf Jahre keinen großen Unterschied ausgemacht. Andere politische Optionen wären nur dann möglich gewesen, wenn das Reformlager, das in den vergangenen vier Jahren unter Führung von Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada den Ton angab, wieder zur Wahl gestanden hätte. Der bolivianische Reformweg wurde von 1993 bis 1997 zu einem auch international viel beachteten Modell für die Kombination neoliberaler Reformen in der Wirtschaft mit dem Versuch, die Gesellschaft von Grund auf zu demokratisieren. Dezentralisierung und participación popular, das Gesetz über die »Beteiligung des Volkes«, stehen für diesen zweiten Teil der Reformen.

Aber die Väter und Mütter dieses Reformprozesses standen nicht zur Wahl, weil sich in



der ehemaligen Regierungspartei MNR, deren Vorsitzender immer noch Sánchez de Lozada ist, eine andere Tendenz durchsetzte. Sánchez de Lozada hatte zusammen mit einer Gruppe von Unternehmern und mit der Unterstützung des »historischen« Parteichefs Víctor Paz Estenssoro Anfang der 80er Jahre die krisengeschüttelte alte Revolutionspartei MNR übernommen. Ihr Anliegen war Modernisierung auf allen Ebenen, das Modell eines demokratisch-liberalen Staates europäischen bzw. US-amerikanischen Zuschnitts. Der Parteiapparat des MNR konnte damit auf Dauer kaum glücklich werden. Jahrzehntelang daran gewöhnt, führende Partei des Landes zu sein und zumindest mit dem Anspruch, eine der mexikanischen PRI vergleichbare beherrschende Stellung einzunehmen, war und ist dieser Parteiapparat tief einer klientelistischen, undemokratischen politischen Logik verpflichtet. Sánchez de Lozada und seine Gruppe wurden für die Apparatschiks zunehmend zur Bedrohung. Wie konnte er es ihnen zumuten, politische Macht tatsächlich von der Hauptstadt in die Provinzen umzuverteilen, war doch der Zentralismus eine Voraussetzung dafür, Posten im ganzen Land mit den eigenen Parteigängern besetzen zu können? Wie konnte er wichtige Regierungsposten mit unabhängigen Fachleuten besetzen, warteten doch verdiente Parteifunktionäre darauf, versorgt zu werden?

Die Stunde der Rache der Partei an ihrem ungeliebten Vorsitzenden schlug bei der Nominierung des MNR-Präsidentschaftskandidaten für 1997. Sánchez de Lozada selbst konnte – die Verfassung verbietet es – nicht direkt wieder antreten. Juan Carlos Durán wurde Präsidentschaftskandidat, ein farbloser Parteifunktionär, der sang- und klanglos in der Wahl unterging.

Fast zwangsläufig kam es damit zur Präsidentschaft Banzers. Mit der MIR stand der alte Koalitionspartner bereit, bei CONDEPA und UCS war zu erwarten, daß sie gerne in jede beliebige Koalition mit einsteigen würden. Schließlich landeten die größeren Parteien alle dicht beieinander, Banzers ADN mit gut 22 Prozent, MNR, MIR, CONDEPA und UCS mit jeweils zwischen 15 und 17 Prozent, der Weg für Banzers Megakoalition war frei.

► **Ulrich Goedeking** ist Soziologe, lebt in Berlin und arbeitet über Eliten in Bolivien.

Luxemburg in Afrika

Die Polisario wirbt um internationale Unterstützung

Ein Interview mit Jamal Zakari

Im September einigten sich überraschend die Vertretungen Marokkos und der Frente Polisario auf ein Referendum zur Selbstbestimmung der Westsahara. In fünf Verhandlungsrunden brachte der UN-Sonderbeauftragte und ehemalige US-Außenminister Baker Bewegung in die seit 1991 festgefahrene Situation. Über die Verhandlungen und das für den Sommer nächsten Jahres angekündigte Referendum äußert sich Jamal Zakari, Vertreter der Frente Polisario in Zentraleuropa.

Wie bewertet die Frente Polisario das Verhandlungsergebnis?

► Das Westsahara-Problem ist ein Dekolonisierungsproblem, ein eigentlich sehr einfaches Problem, nur Marokko hat alles sehr kompliziert gemacht. Es gab einen Friedensplan der Vereinten Nationen, aber die marokkanische Regierung wollte kein freies Referendum darüber, ob Westsahara unabhängig wird, und hat alles versucht, diesen Prozeß zu blockieren. Und das ist ihr gelungen. Die überwiegende Anzahl der Beobachter hatte geglaubt, daß es keine Lösung mehr gibt. Erfolgreich waren die Verhandlungen durch die Arbeit von James Baker, der die unterschiedlichen Positionen zusammengeführt hat. Allerdings stehen die politischen Vereinbarungen bislang nur auf dem Papier.

Im Jahre 1988 wurde bereits ein UNO-Friedensplan von Vertretern der Frente wie von der marokkanischen Regierung unterzeichnet...

► Ziel dieses UN-Friedensplans war ein freies Referendum des sahrauischen Volkes über seine politische Zukunft. Er sah drei Etappen vor: Die erste Etappe war der Waffenstillstand, die zweite Etappe beinhaltete die Zurückführung der Flüchtlinge und die Freilassung der Gefangenen und die letzte war die Identifizierung der Wahlberechtigten sowie die Abstimmung.

Nach dem Waffenstillstand im Dezember 1991 blockierte die marokkanische Seite den ausgehandelten Prozeß. Zur Identifizierung der Wahlberechtigten wurden Tausende von Marokkanern in die Westsahara transportiert, dort in Zeltlagern untergebracht und behauptet, daß diese Leute Sahrauies wären, die vor Jahren aus der Westsahara geflüchtet seien, aber nun an der Abstimmung teilnehmen sollten. Das können die Frente wie auch die UNO nicht akzeptieren, denn das Referendum ist nur ein Referendum des sahrauischen und nicht des marokkanischen Volkes.

Dennoch: die rund 80.000 Wahlberechtigten, auf die man sich nun geeinigt hat, schließen die damals in die Westsahara verschobenen »MarokkanerInnen« ein. Ist dies ein Zugeständnis der Frente Polisario?

► Für uns ist die Grundlage des Referendums ein spanischer Zensus von 1974. Danach gibt es ca. 75.000 Wahlberechtigte. Was die marokkanische Regierung versucht hat, geht zurück auf Verhandlungen zwischen Spanien und Marokko im Jahre 1958. In dem Jahr hat Franko die Westsahara-Provinz Tarfya an Marokko abgetreten. Nun beansprucht die marokkanische Seite, daß die Bewohner der Provinz Tarfya als Sahrauis mitbestimmen sollen.

Hinsichtlich dieser Provinz stand für die Politik der Frente schon immer fest, daß das Prinzip der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) nicht angerührt wird, demzufolge sämtliche während des Kolonialismus gezogenen Grenzen grundsätzlich akzeptiert werden. Um also den Dekolonisierungsprozeß nicht noch schwieriger zu machen, erheben wir keinen Anspruch auf die Provinz Tarfya und damit natürlich auch nicht auf die dort lebenden Menschen. Im Prinzip würde die Frente diese Sahrauis als TeilnehmerInnen am Referendum akzeptieren, nur die marokkanische Seite hat mehr als 180.000 Menschen in die Westsahara transportiert, also ein Mehrfaches der Bewohner der Provinz Tarfya, die nach unserer Einschätzung nichts mit der Westsahara zu tun haben. Diese ganze Diskussion war nur ein Blockierungsmanöver der marokkanischen Seite. Ergebnis der Verhandlungsrunden ist, daß höchstens 10.000 dieser Ex-MarokkanerInnen von der UN-Identifizierungskommission als Wahlberechtigte aufgenommen werden.

Gab es weitere Zugeständnisse der Frente an die marokkanische Seite?

► Keine weiteren. Ich möchte aber auch betonen, daß ich bis heute nicht davon über-

zeugt bin, daß die marokkanische Seite den Vertrag einhalten wird. Ich glaube, daß sie ihre Blockierungsstrategie noch nicht aufgegeben haben.

Warum hat sich die marokkanische Seite auf dieses Verhandlungspaket eingelassen?

► Als Kofi Annan zum UN-Generalsekretär ernannt wurde, hat er nicht nur mit James Baker einen erfahrenen diplomatischen Vermittler eingesetzt, sondern hat ihn auch in seiner Arbeit aus der New Yorker Zentrale der UNO unterstützt und damit den Verhandlungen einen sehr hohen politischen Stellenwert beigemessen. Die marokkanische Seite spürte den politischen Druck. Jetzt muß sie zumindest Kompromißbereitschaft signalisieren, zumal auch die US-Regierung hinter Baker steht.

Überraschend am jetzigen Zeitpunkt ist, daß Kofi Annan, kaum daß er Butros Ghali ablöste, James Baker zum Sonderbeauftragten ernannte und der jetzt einen so schnellen Erfolg erzielen konnte.

► Hier muß klar und deutlich gesagt werden, daß der ehemalige Generalsekretär nicht nur seinen Job schlecht ausgeübt hat. Er war ein Komplize der marokkanischen Regierung. So konnte die marokkanische Seite ohne größere Probleme den UN-Friedensplan von 1988 sabotieren. In den Halbjahresberichten für den Weltsicherheitsrat beschrieb Butros Ghali regelmäßig die Blockierung der Lage mit immer den gleichen Worten. Dabei stellt er die Kompromißlosigkeit zwischen der Frente und der marokkanischen Seite auf eine Stufe. Sämtliche Sonderbeauftragten des Sicherheitsrates haben aufgegeben, weil sie von der Spitze der UNO keine Unterstützung erhielten.

Hier scheint sich die US-Außenpolitik durchzusetzen, und damit endet auch in Nordafrika das Zeitalter der politischen Koordination zwischen Frankreich und den USA, die während des Kalten Krieges herausgebildet wurde. Bis Anfang der 90er Jahre unterstützten die USA die marokkanischen Militärs und unterhielten bis 1992/1993 eine militärische Basis an der marokkanischen Küste.

► Ich würde sagen, daß die USA seit 1989 den Friedensplan unterstützt haben. Gerade der US-Diplomat Rudy hat Anfang der 90er Jahre erlebt, wie rücksichtslos die marokkanische Seite den Friedensvertrag ausgehebelt hat. Er hat dann seinen Job in der Westsahara aufgegeben, weil er nichts ausrichten konnte. In Washington ist er dann verstärkt für den Friedensvertrag und das Referendum eingetreten.

Bislang hat die französische Regierung geschickt dafür gesorgt, daß Marokko von der EU nicht kritisiert wurde. Welche Bedeutung sollte die Europäische Union für die Durchsetzung des Referendums haben?

► In dem Westsahara-Konflikt hat die EU bislang noch nie eine besondere Rolle gespielt, obgleich sie allen Grund hätte, auch die Nachwirkungen des europäischen Kolonialismus endlich aus der Welt zu schaffen. Hier erhofft sich die Frente endlich ein entschiedenes Auftreten für den UN-Friedensvertrag.

Aber auch von der Frente Polisario war in den letzten Jahren nicht viel politischer Druck ausgegangen. Stellte ein erneutes militärisches Vorgehen eine Option dar?

► Die Frente war in einer schwierigen Lage, unsere Kritik an der marokkanischen Regierung wurde nirgends ernsthaft aufgenommen. Wenn wir uns durch die marokkanische Blockade hätten provozieren lassen, hätten sie uns als Saboteure abgestempelt und uns diplomatisch ausgrenzen können. Einen Krieg wieder anzufangen, hätte mehr zerstört als aufgebaut. Es gibt absolut keine militärischen Lösungen für diesen Konflikt, heute nicht, morgen nicht. Krieg wäre der einfachste Weg. Klar, wir hätten Waffen und Geld beschaffen können, aber wir sind von unseren Ursprüngen her eine pazifistische Organisation. Und mit der Unterschrift unter den UN-Friedensplan hatten wir Marokko in einem Boot. Damit begann für uns nun die eigentlich schwierige Aufgabe, einen friedlichen Weg zum Referendum zu suchen. Dies wußte auch die marokkanische Seite.

Welche Aufgaben hat die Frente jetzt zu bewältigen?

► Wir müssen die marokkanische Seite auf ihre Unterschrift und die gemachten Zusagen verbindlich festlegen. Dafür brauchen wir politische Transparenz über den gesamten Zeitraum. Dann geht es um die Rückführung der Flüchtlinge. Das ist ein großes Problem. Die marokkanische Seite hat die Häuser zerstört oder verkauft, hier wird es große Schwierigkeiten geben. Schließlich müssen wir eine soziale und wirtschaftliche Infrastruktur aufbauen. Bei all diesen Punkten brauchen wir dringend internationale Unterstützung.

Was passiert nach dem Referendum?

► Ziel der Polisario ist die Durchführung des Referendums. Danach wird sie sich auflösen. Nach einem halben bis einem Jahr wird es freie Parlamentswahlen geben, in denen sich Parteien und unabhängige Einzelpersonen zur Wahl stellen werden. Die Sozialisten, Kommunisten und Liberalen haben sich über die letzten Jahre sehr gut organisiert, sie haben große Chancen als Parteien die Politik in der Regierung oder in der Opposition zu bestimmen. Es gibt aber auch bei uns die Mode mit einer Grünen Partei.

Die Polisario wurde seit jeher von Algerien unterstützt. Was bedeutet die Entwicklung in Algerien für die Westsahara?

► Direkt, würde ich sagen, gar nichts. Algerien ist Algerien und die Westsahara ist die Westsahara. Natürlich gehört Algerien zu unserer Region. In der Westsahara hatten wir bislang keine Probleme mit Extremisten, sie sind nicht Bestandteil unserer nomadischen Kultur und Tradition. Die Frage der Religion ist für uns immer eine persönliche. Es existiert keinerlei Steuer für die Kirche, die Religionsangehörigkeit steht nicht auf dem Ausweis. Die Westsahara ist in der Region vergleichbar mit der politischen Bedeutung Luxemburgs in der Europäischen Union.

Nun gibt es einerseits in Algerien viele schreckliche Opfer, anderseits sind aber die Staatsorgane stabil, so bleibt die politische Struktur in der Region gefestigt. Dies ist eine Grundlage, um die Situation in Algerien zu lösen. Falls die Entwicklung nicht aufgefangen wird, werden wir natürlich in den politischen Strudel hineingezogen.

Das Interview führte Gerhard Rieger

Kampf um ein Stück Wüste

► Die Frente Polisario (Volksbefreiungsfront für Sakiet al Hamra und Rio de Oro) nahm 1973 den bewaffneten Kampf gegen die spanische Verwaltung auf mit dem Ziel, Westsahara zu einem unabhängigen Staat zu machen. Als die spanische Regierung im Februar 1976 die Westsahara an Marokko und Mauretanien aufgab, ohne das von der UNO geforderte Referendum über das Selbsbestimmungsrecht der Sahrauis abzuhalten, proklamierte die Polisario die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Die Wüstenrepublik mit ihren lukrativen Phosphatvorkommen wird heute von 96 Ländern der Welt anerkannt. Seit 1982 ist sie Mitglied in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Als sie dort 1984 erstmals ihr Stimmrecht nutzte, trat Marokko aus. Obwohl 1991 der Waffenstillstand zwischen Marokko und der Frente, die von Algerien unterstützt wird, in Kraft getreten ist, verhinderte Marokko Fortschritte hinsichtlich des bereits seit Mitte der achtziger Jahre im Friedensplan der UNO vorgesehenen Referendum.

Als Befreiungsbewegung wurde die Polisario vor allem in den 80er Jahren von Teilen der Solidaritätsbewegung unterstützt. Die inzwischen von zahlreichen Staaten als legitime Vertretung der Sahrauis anerkannte Polisario erklärt sich heute als ein breites Bündnis unterschiedlichster politischer Vorstellungen. Als oberstes politisches Organ der Westsahara erstellt sie jährlich eine politische Plattform, mit dem Ziel, das Referendum zur Autonomie der Westsahara durchzusetzen.



Über allen Feldern ist Ruh'

Die Nachhaltigkeit struktureller Gewalt in Kambodscha

von **Rainer Werning**

Seit jeher wird in Kambodscha die Politik in der Stadt gemacht. Schon vor der Kolonialzeit und während der Indochina-Kriege standen sich städtische Eliten und Khmer, die Landbevölkerung, gegenüber. Auch die jüngsten Scharmützel um die Macht in Phnom Penh stehen in dieser meist unbeachteten Tradition. Die intraelitären Kämpfe in der Hauptstadt ändern für die Bauern wenig.

► Kaum ein Land ist in der jüngeren Geschichte derart häufig in Tragödien geschlittert – oder besser: genötigt worden – wie Kambodscha. Wiederholt ist vor allem die Arithmetik des Grauens geometrisch hochgerechnet worden, sofern sich die Medien des Königreichs überhaupt annahmen. Das südostasiatische Land diente als Vexierbild, in dem sich alles Dämonische ineinander verkeilte. Bücher wie Scholl-Latours »Der Tod im Reisfeld« oder der vielbeachtete Film »Killing Fields« haben die Botschaft transportiert, daß die unergründliche asiatische Seele in Extremsituationen gegenüber Menschlichem abstumpft, Töten und Morden zum infernalischen Selbstzweck verkommen.

Nicht viel anders verhielt es sich erneut Anfang Juli diesen Jahres, als aus vermeintlich unerfindlichen Gründen der zweite Premierminister des Landes und einstiges Führungsmitglied der Roten Khmer, Hun Sen, den ersten Premier, den Königsohn Sihanouks, Prince Ranariddh, in den politischen Orkus schickte und die Macht übernahm. Hun Sen begründete seinen militärisch durchgesetzten Schritt damit, Ranariddhs Gefolgsleute hätten eine anarchische Situation im Staat heraufbeschworen. Nach kurzen, aufgeregten Momenten internationaler Empörung – auch regional wurde erst einmal die bevorstehende Aufnahme Kambodschas in das Regionalbündnis ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen) verschoben – zog die Katastrophenkarawane weiter. Bis zum nächsten Mal verschwanden die Haudegen aus Phnom Penh wieder aus den Schlagzeilen.

Auf diese Weise ist Kambodscha immer wieder zur Metapher des Unergründlichen stilisiert worden. Dabei kann ein Blick in die komplexe Geschichte des Landes die Kontinuität struktureller Gewalt aufzeigen und das kurzlebige, öffentlichkeitsheischende Tagesgeschehen in einen größeren Zusammenhang stellen.

Die hydraulische Gesellschaft

► Kambodscha war – und ist es bis heute – eine wesentlich bäuerlich-dörfliche Gesellschaft, in der Gemeinschaftseigentum und kommunale Produktion ausgeprägter waren als feudaler Großgrund- und individueller Besitz. Am ehesten entsprach das Land dem, was vor Jahren die Diskussion um die sogenannte asiatische Produktionsweise bestimmte: Neben den gewaltigen Tempelanlagen von Angkor Wat erforderten vor allem die ausgeklügelten Damm- und Deichsysteme im weitflächigen Umland des Binnensees Tonle Sap nachgerade eine »hydraulische Gesellschaft« (Wittfogel) mit gelenkten Kollektivanstrengungen. Dabei galt das Zentrum der Macht, der Stadtstaat und/oder die Stadt, als Inbegriff tributärer Schröpfung und gewährte gleichzeitig Protektion gegenüber äußeren Feinden.

Während der französischen Kolonialzeit (Ende 19. Jh. bis 1953/54) waren die Zitadellen der städtischen Macht und Herrschaft neben den Franzosen von vietnamesischen Beamten und Administratoren besetzt, während Handel und Gewerbe eine Domäne der Chinesen waren. So wurde im Verlauf der kambodschanischen Geschichte aus Sicht der Khmer (der kambodschanischen Landbevölkerung) die Stadt nicht nur als Hort interner Ausbeutung, sondern zunehmend auch als von in- sowie ausländischen Eliten geprägtes Sozialsystem wahrgenommen.

Widerstände gegen diese Ordnung hat es immer wieder gegeben, vor allem in der Endphase des französischen Kolonialismus. In der nachkolonialen Zeit entzündeten sich nennenswerte Proteste und Bauerndemonstrationen am zunehmend autokratischen Regierungsstil König Sihanouks Mitte und Ende der sechziger Jahre. Vor allem in der Reiskammer des Landes, in der westlichen Provinz Battambang, widersetzten sich die Bauern höheren Abgaben. So verwunderte es kaum, als eine im Ausland geschulte und den

Ideen des Sozialismus zugeneigte Intelligenz die Situation zum Anlaß nahm, den ländlichen Widerstand gegen die repressive Politik Sihanouks zu organisieren. Die sogenannten Roten Khmer vermochten diesen Widerstand in der Folgezeit politisch und organisatorisch zu bündeln und auszuweiten. Ideologisch war ihr Weltbild geprägt von einem weitgehend auf Selbstversorgung basierenden, dörflich verankerten Khmer-Sozialismus. Innerhalb der Dependencia-Debatten wurde dies als eine mögliche Ausprägung »autozentrierter Entwicklung« rezipiert.

So kritikwürdig Sihanouks Innenpolitik im Zuge seiner Amtszeit wurde, so vergleichsweise umsichtig gestaltete er die Außenpolitik. Sein Regime war lange Zeit um Neutralität bemüht, genoß Ansehen innerhalb der Bewegung der Blockfreien und verstand es, sämtliche Großmächte einerseits zu hofieren und sie zum anderen geschickt auf gleicher Distanz zu halten. Seine spätere Sympathie für die VR China (und streckenweise auch für Nordkorea) war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, daß sowohl die USA als auch die UdSSR, wo Breschnew die Losung von der »begrenzten Souveränität« prägte, sein Souveränitätspostulat mißachteten.

Die Entwicklung der Roten Khmer zu einer ernstzunehmenden oppositionellen Kraft erfolgte erst im Sog der »Vietnamisierung des Indochinakrieges« Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre. Die damals verkündete Nixon-Doktrin ging angesichts wachsender Verluste US-amerikanischer Soldaten in Vietnam davon aus, daß der Krieg schrittweise von vietnamesischen Bodentruppen weitergeführt werden sollte. Auf eine Kurzformel gebracht hieß das, »Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen«, wobei sich die Rolle der USA auf die Luftwaffe konzentrieren sollte (s. auch Rez. S.49). Der CIA-gesteuerte Putsch im Frühjahr 1970 und die Inthronisation von Marschall Lon Nol in Phnom Penh besiegelte dann die gezielte Ausweitung des Vietnamkrieges auf Kambodscha. (In Laos stützte sich Washington derweil in einem »Geheimkrieg« auf den Drogendealer und General Vang Pao als Verbündeten.) Gegen den Zentralismus, gegen die Armut auf dem Land und gegen die USA und ihre Marionette Lon Nol wandten sich fortan die Roten Khmer. Die USA setzten ihre Luftwaffe ein und das lange Zeit aus dem Kriegsgeschehen herausgehaltene Land wurde zur Zielscheibe der mörderischsten Flächenbombardements seit dem Zweiten Weltkrieg. Nixon und sein Außenminister Henry Kissinger sind die Hauptverantwortlichen dieses Kapitels US-amerikanischer Geschichte.

Altvolk gegen Neuvolk

▶ Bereits zwei Wochen vor dem Fall Saigons Anfang Mai 1975 waren die während der Lon Nol-Herrschaft nun von Sihanouk unterstützten Truppen der Roten Khmer – Bilder aus jener Zeit zeigen den König Arm in Arm mit deren Führer Pol Pot – siegreich in Phnom Penh einmarschiert. Es begann, was sich wohl als gespenstische Ära charakterisieren läßt, aber zumindest in Teilen den nach dem US-Abzug katastrophalen vorgefundenen Gegebenheiten geschuldet war. Die vormals schläfrige Hauptstadt Phnom Penh war während der Bombardements zu einem über eine Million Flüchtlinge zählenden Tiegel angewachsen. In der Endphase des Krieges ließen sich die Menschen dort nur durch massive Nahrungsmittelunterstützung aus der Luft mehr schlecht denn recht am Leben erhalten. Die Masse der in die Hauptstadt Geflohenen waren Bauern, die nun schnellstmöglich in ihre Dörfer zurückkehren wollten.

Das Dilemma der Roten Khmer bestand in dieser Situation letztlich darin, zwar die politische Herrschaft errungen, doch die begrenzte soziale Macht im Prozeß der Organisierung des Nachkriegs-Kambodschas verspielt zu haben. Auf der einen Seite war die rasche Evakuierung Phnom Penhs aufgrund der akuten Nahrungsmittelknappheit und des Massensterbens unausweichlich. Andererseits kostete die streckenweise chaotisch durchgeführte Entvölkerung der Stadt Tausende das Leben – gestorben an Erschöpfung, Malaria und Hunger.

Wer über Pol Pot redet, darf über den Vietnamkrieg nicht schweigen

Etwa eine Million Menschen sollen während der Herrschaft der Roten Khmer umgekommen sein, was aber nicht diese allein zu verantworten haben, wie viele immer noch behaupten, die gerne Hitler, Stalin und Pol Pot in einem Atemzug nennen und mit der Metapher der »Killing Fields« operieren. Die Kernaussage einer im Mai 1980 unter dem Titel 'Kampuchea – eine demographische Katastrophe' erschienenen CIA-Studie lautete, daß die Situation in Kambodscha zwangsläufig ins Chaos führen mußte. Es fehlte nach dem Krieg an Alternativen. Die Studie ging davon aus, daß das Gros der im Nachkriegs-Kambodscha Getöteten Opfer von Hungersnöten und Malaria geworden sind.

Zigtausende aber fielen zweifellos der Ideologie der Roten Khmer zum Opfer. Sie wurden wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Kollaboration mit den alten Mächten oder aus politischen Motiven getötet – teils organisiert, teils in Form spontaner Agressionen in einer traumatisierten und haßerfüllten Umgebung. Dabei spielte die Spaltung der Gesellschaft durch eine drakonische Zweiteilung in ein sogenanntes »Altvolk« und ein »Neuvolk« eine fatale Rolle. Unter dem »Altvolk« verstanden die Roten Khmer die bäuerliche Bevölkerung, die soziale Hauptstütze ihrer Macht und Kern ihres Agrarkommunismus war. Unter der Kategorie »Neuvolk« subsumierten sie all jene städtischen Bevölkerungsteile, die als Parasiten denunziert wurden – Intellektuelle, Beamte, Politiker. Als die traditionell verachteten und nun offiziell geächteten Städter unter Zwang in die Dörfer strömten, wo sie mit der alteingessenen, kriegstraumatisierten Bevölkerung die knapp bemessenen Nachkriegsressourcen teilen mußten, brachen die alten, schroffen Stadt-Land-Gegensätze offen aus und wurden von den Roten Khmer forciert.

Massenmord und Folter gehen zweifellos ebenso wie provozierte Grenzstreitigkeiten mit Vietnam auf das Konto der Roten Khmer, deren auf Autarkie bedachtes Gesellschaftsmodell sich vom Kommunismus Hanoi'scher Prägung unterschied. Wer jedoch heute über den apokalyptischen Pol-Potismus redet, darf über die Politik imperialer Mächte in Kambodscha – allen voran der USA während des Krieges von 1970 bis 1975 – nicht schweigen. Sie verschuldete Elend und Chaos im Land und verschärfte entscheidend die alte Verstrickung aus äußerer Einflußnahme und Stadt-Land-Polarisierung.

Der Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha (Jahreswende 1979/80) und das von ihnen eingesetzte Regime von Hun Sen reproduzierte dann die strukturellen Bedingungen der Gewalt. Der folgende Bürgerkrieg zwischen Hun Sen, Royalisten (die Anhänger von Sihanouk) und der Roten Khmer setzte sich nach dem Rückzug der Vietnamesen Mitte der 80er Jahre bis 1991 fort. In Fraktionen gespalten und geschwächt, stimmten die Roten Khmer schließlich der seit den Wahlen von 1993 geltenden Konstellation zu, die Sihanouk als integrierenden Staatschef und Hun Sen als Premierminister neben Prinz Ranariddh vorsah. Zwischenzeitlich hatte auch das Engagement von UN-Streitkräften im Vorfeld der Wahlen 1993 die unselige Tradition fortgesetzt: Die »Friedensmission« von Blauhelmen diente vorrangig einer Pazifizierung der Hauptstadt, was nolens volens intraelitäre städtische Konflikt und Ressourcenkonkurrenzen beförderte und wenig für die Anliegen der überwiegend ländlichen Bevölkerung bewegte.

Dieses Muster spiegelte nun die Berichterstattung zu den jüngsten Ereignissen wider: Breiten Raum nahmen die Spekulationen über die Intrigen und Machtkämpfe in Phnom Penh ein. Daß aber die städtischen Ränke auf den Reisfeldern kaum etwas verändern, interessiert solange nicht, bis eine neue Khmer-Bewegung aus der Asche steigt.

▶ **Rainer Werning** beschäftigt sich seit 1970 mit Südostasien, wo er mehrere Jahre verbrachte. 1981 war er Ko-Herausgeber des noch immer als Standardwerk geltenden Buches *Kampuchea – Lesebuch zu Gesellschaft, Geschichte und Politik*. Er ist Mitarbeiter der Quartalszeitschrift ***südostasien***.

Bio boomt. Kaum eine Ware kann heute auf dem Markt bestehen, ohne in irgendeiner Form an bio und damit an glücklich, weil gesund und alles wird gut zu erinnern. Was übrig bleibt, kommt in die Biotonne. Die Biowelle in der Warenwelt korrespondiert mit den Erfolgsmeldungen der Biowissenschaft. Die Decodierung des genetischen Codes durch die Genomforschung soll vollkommene Information über »den Menschen« liefern. Das Heil der Menschheit liege in deren Genen. Die politische Begleitmelodie verspricht die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme – seien es Alkoholismus, Schizophrenie oder Kriminalität. Vom biologistischen Weltbild der Rassisten ganz zu schweigen.

Außenpolitik befaßt sich mit auswärtigen Angelegenheiten, Familienpolitik mit Familie. Doch womit befaßt sich Biopolitik? Zunächst und mit Michel Foucault ist Biopolitik eine Machttechnik, die den Menschen als Lebewesen zum Gegenstand hat. Es ist die Macht, *leben zu machen und sterben zu lassen*. Dieser sich im 19. Jahrhundert durchsetztende Machttyp unterscheidet sich von der Macht des Souveräns *leben zu lassen und sterben zu machen*. Die Macht verschiebt sich auf die Seite des Lebens.

Wenn also Biomediziner über den Eingriff in das Erbgut nachdenken, wenn Bioethikkommissionen darüber streiten, wieviel beim Sterben nachgeholfen werden darf, wenn Biokonzerne sich mit dem Handel von Organen aus Ländern der Dritten Welt und mit Patentrechten an menschlichen, tierischen und pflanzlichen Genen eine goldene Nase verdienen – dann hat das mit Biopolitik zu tun. Biopolitik läßt sich somit bestimmen als Politik, die sich nicht nur mit »dem Leben« befaßt, sondern die dort angesiedelt ist, wo es um die Möglichkeit und Wirklichkeit geht, Leben zu produzieren und über den Tod zu bestimmen. Wir folgen dieser Politik auf das Terrain, auf dem Herrschaftswissen produziert wird, auf dem Leben und Tod, Mensch und Natur (neu) definiert werden.

Der erste Artikel thematisiert deshalb den Cyborg – die Schnittstelle Mensch-Maschine. Vor dem Hintergrund der technischen »Eroberung« des menschlichen Körpers in der Humanbiologie reflektiert Dierk Spreen das Verhältnis Körper-Maschine auf drei Ebenen: der Ebene der Metapher für den »Neuen Menschen«, wie sich dies beispielsweise in literarischen Phantasien eines Ernst Jüngers über die Verschmelzung des Menschen mit der Materie ausdrückt; auf der Ebene von Science-Fiction Romanen und Filmen, in denen Cyborgs à la Terminator imaginiert werden; und zuletzt auf der »realistischen« Ebene der Humanmedizin. Die durchgängige Frage ist die nach der Subjektkonstitution – oder alltagssprachlich: was bedeuten die technisch möglichen Veränderungen des menschlichen Körpers für das Bewußtsein, für unser Selbstbild. Überraschenderweise kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß im Cyborg das cartesianische Subjekt – Ich denke, also bin ich – nochmals reformuliert wird. War es ein Ansinnen der idealistischen Subjektphilosophie, die Vernunft als reines, von jeder störenden Leiblichkeit abstrahierendes Denken zu definieren, kehrt diese alles Körperliche abstoßende Form des Subjekts im Cyborg unter technisch veränderten Bedingungen wieder. Die technischen Möglichkeiten, den Menschen durch Organverpflanzung und Implantate zu perfektionieren, lassen die Idee der Subjektphilosophie, den Menschen als rein geistiges Wesen zu bestimmen, praktisch (wahr) werden.

Im thematisch sich anschließenden Artikel von Thomas Cernay geht es um die Verfeinerung der Machttechniken durch den bio-industriellen Komplex. Die mit Voranschreiten der Biotechnologie entstehenden Machtverhältnisse konstruieren nicht mehr entlang der Differenz eigen/fremd mittels Rassismus und Nationalismus einen Volkskörper, sondern zielen direkt auf das Individuum. Dieselbe Differenz spaltet den einzelnen in Ich/Körper: Der Körper wird zu einer das Subjekt bedrohenden »fremden« Instanz. Diese Bedrohung zu kontrollieren, verspricht der bio-industrielle Komplex. Ausgehend von dieser These stellt der Autor die Konsequenz der »Bio-Macht« für das Subjekt dar, als dessen Modell Narziß fungiert, jener in sein eigenes Spiegelbild verliebte Jüngling. Doch das narzißtische Subjekt im Zeitalter seiner biotechnischen Reproduzierbarkeit ist ebenso tot wie sein Körper, den es sich, sei es durch Fitneßtraining, sei es durch biomedizinische Eingriffe, nach seinen eigenen Vorstellungen geformt hat. Hier kommen Argumente einer Kritik instrumenteller Vernunft zum Tragen: Biotechnologie muß, wie jede andere Forschungspraxis, ihren Gegenstand zergliedern und verobjektivieren, damit aber »Lebendiges« in »Totes« verwandeln.

Wie die Ökologiebewegung uns gelehrt hat, haben wir die Erde von unseren Kindern und Enkeln geborgt. Für deren Wohl und für das Überleben der Menschheit trennen wir bereitwillig unseren (Bio-)Müll. Nun soll auch der Körper in den Dienst der Zukunft genommen werden: der eigene Leib als Ressource für kommende Generationen. In der Logik, zukünftiges Leben durch biomedizinische Eingriffe zu vervollkommnen, liegt nicht zuletzt die mehr oder weniger ausgesprochene Forderung, seinen Körper als Forschungsobjekt im Namen der (zukünftigen) Volksgesundheit herzugeben. Diese bioethische Optimierungsvision des Lebensglücks von morgen im Namen des Profits von heute beschreiben Erika Feyerabend und Petra Gehring.

Welche konkreten Auswirkungen hat die häufig mit der industriellen verglichene biotechnische Revolution für die Gesellschaften des Nordens und des Südens? Während im Norden noch über das elfte Gebot *(Du sollst nicht klonen)* gestritten wird, wird im Süden an Instrumenten einer Bevölkerungspolitik gebastelt, die die Gentechnik bereits wie selbstverständlich miteinbezieht und so die Geburtenkontrolle perfektioniert. Ute Sprenger zeichnet diese Entwicklung nach. Sie zeigt, daß die Biologisierung der Macht von neuen Techniken lebt. Ähnlichen Bedeutungszuwachs erlangt – durch die Techniken der Decodierung und Transplantation – der Handel mit Rohstoffen. Michael Flitner und Volker Heins gehen auf den zunehmenden Handel mit dem Rohstoff Leben ein, codiert und patentiert in Gen-Form. Auch hier: bio boomt.

die redaktion

Was ver-spricht der Cyborg?

Über den technisch angepaßten Menschen



von **Dierk Spreen**

Wer kennt sie nicht, die omnipotenten Maschinenmenschen wie Arnold Schwarzenegger alias Terminator? Doch ist es eine Frage des persönlichen Geschmacks, ob man sich die Inszenierung von Technokörpern in Science-fiction-Filmen anschaut oder sich beim nächsten Kinobesuch nicht doch lieber für eine Komödie (mit Schwarzenegger in der Hauptrolle?) entscheidet. Dagegegen hat die nicht nur in der Debatte um Biotechnologie virulente Frage nach dem Subjekt im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit weiterreichende Implikationen. Doch zunächst: Was ist überhaupt ein Cyborg und welche Subjektposition kommt in ihm zur Geltung, oder anders gefragt: welche Auswirkungen haben Herzschrittmacher, organische Transplantate oder genetische Manipulationen auf die Vorstellungen und Erfahrungen, die die Menschen von und mit sich selbst machen.

► Das Wort *Kybernetik* kommt aus dem Griechischen und bezeichnet die Kunst des Steuermanns, Piloten oder Leiters. Kybernetik ist laut Norbert Wiener die Wissenschaft von »Nachrichten, insbesondere Regelungsnachrichten« (1974, 20); sie untersucht automatische Systeme aller Art, die sich durch informationsverarbeitende Rückkopplungsmechanismen selbst regulieren. Die Bezeichnung *Cyborg* ist eine Abkürzung für *cybernetic organism*. Gemeint wird mit dieser Bezeichnung eine informations-, gen- und/oder biotechnische Rekonstruktion des Menschen, die in erster Annäherung impliziert, den Menschen an neue Umwelten anzupassen (etwa technische Milieus, fremde Planeten, Raumstationen, Subaquaterrains oder auch eine hochtoxische, postatomare Zukunft), weil die natürlich-gegebene Selbstregulierung des Organismus diesen neuen Umwelten und ihren Anforderungen nicht entspricht.

Der Cyborg als Metapher

► Zunächst erscheint der Cyborg als Metapher für den Neuen Menschen. Daß die Verschmelzung des Menschenkörpers mit Maschine und Materie Befreiung aus den Verstrickungen der bürgerlichen Welt und Wendung zu etwas ganz Neuem sei, wird bereits vor dem ersten Weltkrieg von der futuristischen Bewegung formuliert. Im futuristischen Manifest von 1909 heißt es entsprechend: »Mit uns beginnt die Herrschaft des von seinen Wurzeln abgetrennten Menschen. Die des vervielfältigten Menschen, der sich mit dem Eisen vermischt und von Elektrizität nährt. Bereiten wir die bevorstehende und unvermeidliche Verschmelzung des Menschen mit dem Motor vor.« (F.T. Marinetti n. Virilio 1994, 141) Der Mensch wird von seiner sorgenvollen Schwere befreit, indem er sich der technischen Hyperbeschleunigung seines Körpers hingibt und in einen »revolutionären, kriegerischen Dynamismus« (Marinetti/Balla) eingeht, der ihn von der Ich-Identität löst und mit der Materie vereinigt. Die Momente der Umwälzung und des gänzlich Neuen im Zusammenhang mit einem völligen Einlassen auf die Technik erscheinen ebenfalls in den Techno-Phantasmen Ernst Jüngers. Auch teilt er mit dem Futurismus die Begeisterung für den Krieg, der Grenzsituation, die die Sinne des Menschen zu technischer Präzision schärft. Der Prognose des Futuristen Enrico Prampolini, daß »der Ausbruch des Krieges [...] die europäische Sensibilität schärfen« wird, kann Stoßtruppführer Jünger (später Käfersammler) nur zustimmen. Er beschreibt den Cyborg in der Gestalt des Arbeiters, der als »neues Menschentum« auftritt, das sich durch die »Verschmelzung des Unterschieds zwischen organischer und mechanischer Welt« auszeichnet. Als Symbol dieser Identität von Fleisch und Maschine gilt ihm die »organische Konstruktion«. Technik wird einverleibt; sie wird Organ: »In bezug auf diese Werkzeuge selbst ist von organischer Konstruktion dann zu sprechen, wenn die Technik jenen höchsten Grad von Selbstverständlichkeit erreicht, wie er tierischen oder pflanzlichen Gliedmaßen innewohnt.« (Jünger 1982, 187)

In diesen Ideen eines Neuen Menschen verbinden sich technische Kraft und kriegerische Zerstörungsgewalt zu einem metaphorischen Konglomerat: Der technische Krieg zerstört die alte Gattung bzw. das bürgerliche Subjekt und erschafft einen neuen,

gestählten Menschen, der in der gefährlichen Umgebung der Schockwirkungen, plötzlichen Effekten und hohen Geschwindigkeiten nicht nur besser zurecht, sondern an seinen (kollektiven) Ursprung, zu sich selbst kommt.

Ein paar Katastrophenmeldungen später sieht diese Cyborg-Metapher auch für den Blindesten nicht mehr so rosig aus, und Jüngers Bruder, Friedrich-Georg, verfaßt eine radikale Kritik der technischen Welt. Der Cyborg selbst mutiert nun zu einer pazifizierten Metapher, in die sich jetzt gentechnologische Möglichkeiten hineinmischen. Im Namen des »evolutionären Humanismus« entwickelt Julian Huxley die Idee zur Umformung des Menschen durch »positive Eugenik« in seinem – dem technikkritischen Bruder Aldous gewidmeten – Werk. »Die Wirkkraft der menschlichen Umformung kann jedoch nicht die blinde, automatische, natürliche Selektion der vormenschlichen Phase sein.« Vielmehr »täte eine psychosoziale Selektion not, eine Selektion, die ebenso, nicht-natürlich' wäre wie die meisten menschlichen Tätigkeiten und Beschäftigungen, wie das Kleidertragen, das Kriegführen, das Essenkochen, die Benutzung willkürlicher Kommunikationsmittel. Eine solche ‚nicht-natürliche' Auslese, soll sie wirksam sein, müßte bewußt, zweckdienlich und planvoll durchgeführt werden.« (Huxley 1965, 262) Ziel dieser Rekonstruktion soll die »entwicklungsgeschichtliche Erfüllung« sein: »Liebe, guter Wille und vorbehaltlose Zusammenarbeit; Integration der Persönlichkeit und innere Harmonie; Vermehrung unseres Wissens.« (218) Wird die totale Mobilmachung Ernst Jüngers jetzt durch die totale Optimierung ersetzt bzw. ergänzt?

Der Cyborg dient jedoch nicht nur als Metapher des ganz Neuen, sondern auch des ganz Anderen, das gerade die Unifizierung im Phantasma des Neuen Menschen zu zerbrechen scheint. Die amerikanische Biologin, Wissenschaftshistorikerin und Feministin Donna Haraway sieht in den grundsätzlichen Möglichkeiten zur Neuanordnung von Grenzen, die die Gen- und Cyborgwissenschaften hervorbringen, die Chance abzuweichen. Es ergibt sich die Möglichkeit, »unsere eigenen Grenzlinien in die Welt zu zeichnen.« (Haraway 1995, 174) Cyborgs erscheinen als Mischwesen, deren Mischungsverhältnisse sich stets ändern können, offen und unklar sind. Ihre Subjektposition wird nicht durch einen natürlichen Körper verdinglicht und als natürlichste Sache der Welt ins Feld patriarchaler Macht eingefügt, vielmehr scheinen Cyborgs sich als »un/an/geeignete Andere« den Praxen hierarchischer Herrschaft zu entziehen: »Eine Cyborg-Subjektposition resultiert aus und führt zu Unterbrechungen, Lichtbeugungen, Neuerfindung.« (191) Wie die Verschiebung von Schriftzeichen einen Text völlig verändern und verfremden kann, so gibt der Cyborg endlich auch einen Körper, der es dem Subjekt erlaubt, sich den allgemeinen und autoritären Zuschreibungen und Formen zu entziehen. Ist der Cyborg eine neue Hoffnung, sozialen Machtverhältnissen zu entkommen?

Imaginäre Cyborgs

► Inzwischen wird immer häufiger die begründete Befürchtung geäußert, daß Logik und Richtung der informations- und biotechnologischen Forschung und Praxis, die sich selbst als Rettung des Menschen und des Lebens anpreisen, vielmehr umgekehrt zur Diffusion der Subjektivität des technisch erlösten Leibes ins reine Medium bzw. in den »bloßen Diskurs« (Berr 1994) führen könne. Werden von uns nur Digital-Gespenster (‚Digispenster') bleiben? Ist der Cyborg gegenüber dieser Auflösung des Subjekts in den unbegrenzten Verschiebungen, die im Netz möglich sind, eine Alternative?
In den Medien und in der Science-fiction erscheint der Cyborg als verkörperte Imagination des Subjekts per se. Ob als »Robocop«, »Universal Soldier« oder »Terminator«, immer rumort unter der oberflächlichen Programmierung das Subjekt. Schließlich bricht das Ich wie ein Phoenix aus dem technischen Unbewußten hervor und übernimmt die Kontrolle über den superpotenten Technokörper. Der Cyborg erscheint von vornherein als vereinzelter Körper, als Individuum; die technische Kontrolle gilt als aufgesetzt und dem ‚menschlichen' Inneren als letztlich wesensfremd. Implizites Versprechen der imaginären Cyborgs ist also das Subjekt selbst. Ist der Cyborg die Körper-Imago, die eine sich im Netz verstrickende Subjektivität retten hilft? Oder ist dieses Versprechen eine Täuschung?

Der Cyborg dient nicht nur als Metapher des ganz Neuen, sondern auch des ganz Anderen

Zumindest ist es ambivalent. Zunächst – um welche Subjektform handelt es sich eigentlich? Es ist offensichtlich, daß sich an der Cyborg-Imago ungebrochene Männerphantasien austoben. Es handelt sich um gepanzerte, gestählte, mit integrierten Waffen bestückte und selbstdisziplinierte Kämpfernaturen, menschliche Ganzheitsmaschinen.

Die Cyborg-Imago flimmert nicht nur über die Leinwand, lebt nicht nur in den Seiten von SF-Romanen, sondern sie diskutiert auch in wissenschaftlichen Diskursen mit. Die Bezeichnung Cyborg wurde zum erstenmal 1960 von den australischen Wissenschaftlern Manfred Clynes und Nathan Kline geprägt. Sie arbeiteten für die NASA an einem Unternehmen, Möglichkeiten der Anpassung des menschlichen Körpers an Bedingungen im Weltraum zu erforschen (Clynes und Kline 1995). Diese Initialforschung weitet sich aus zu einem wissenschaftlichen, wenngleich in den Sechzigern noch hypothetischen Projekt des universellen Umbaus und der gezielten Rekonstruktion des Menschen. Imaginiert wird ein äußerst ‚abgehärtetes' Menschenwesen, das in extremen Umwelten existieren können soll: Ein solcher Cyborg hat keinen Verdauungsapparat mehr; damit werden auch Zähne und Kiefer überflüssig. Eventuell wird sogar der ganze Mund ersetzt, falls Kommunikation über eine permanente Funkverbindung, eine Art technischer Telepathie, abgewickelt werden kann. Einige Bio-Bausteine des Körpers sollen zwar erhalten bleiben (z.B. Gehirn, Muskeln, Haut, Skelett), aber die bisher unwillkürlichen Funktionen des Organismus werden nun bewußt kontrolliert. Zusätzlich werden im Körper osmotische Pumpen implantiert, die Nährstoffe, Medikamente oder Drogen nach Bedarf zuführen können (Lem 1981, 583f).

Dadurch, daß der Körper dem Stoffwechsel mit der Natur entzogen und totale – weil den Körper ohne Rest unterwerfende – Subjektivität erzeugt wird, setzt sich das Subjekt über die vermittelte Geschäftsfähigkeit seines bürgerlichen Typus hinweg. Bedenkt man die Tatsache, daß Geld in der Sprache des Unbewußten das Symbol für Kot ist, läßt sich die Konstruktion der Cyborg-Imago nahtlos mit den Phantasmen unmittelbarer Identität im vernetzten Technokollektiv zusammenführen, wenn man diese symbolische Äquivalenz einmal probehalber umkehrt: Die Zirkulationssphäre, die zwielichtige, unklare und kritische Vermittlung sozioökonomischer Prozesse durch das Medium des Geldes wird symbolisch abgespalten. Insofern verbindet sich der Cyborg ‚organisch' mit der Idee universeller Vernetzung menschlicher Restkörper (Gehirne) und künstlicher Intelligenzen zu einem telematischen System.

Was meint der Cyborg, wenn er (besser als seine Kritiker) vom Subjekt spricht? Die Abstoßung des inneren Stoffwechsels, die unbedingte Kontrolle des technisch aufgerüsteten Körpers, die Beseitigung der Sprache durch eine Kommunikation unmittelbaren Anschließens, münden alle diese Phantasmen nicht genau darin, »das eigen Menschliche, das Es, die Produktivkraft des Unbewußten in sich zu beherrschen, von sich abzustoßen«? (Theweleit 1980, 162)

Dieses Ziel kann auf zwei Wegen erreicht werden: Entweder durch Panzerung und Cyborgisierung oder durch Abstoßen der Körper und Aufgehen im Kollektivleib. Ob der Körper durch ein umfassendes Arsenal von Körpertechniken (von Yoga bis zum Implantat) 'in-Form' gebracht wird oder sich in einem Digital-Gespenst auflöst, ist vielleicht im Ergebnis gleich. In beiden Fällen schließt der Mensch sich mit sich selber kurz und verliert gerade damit jenes potentiell offene und unbestimmte Körperverhältnis zu sich selbst und zur Welt, das ihn ausmacht.

Aber müssen Cyborg-Imago und Cyborg-Metapher zusammenfallen? Gäbe es nicht doch die Chance eines sich wandelnden, schizophrenen und unklaren Cyborgs, wie ihn sich Donna Haraway vorstellt? Werfen wir einen Blick in die ‚Wirklichkeit'.

Der reale Cyborg

▶ Der reale Cyborg spricht im Diskurs der Humanmedizin. Welche Aussagen, welche Wissenskonfigurationen und welche Kontexte bilden den realen Text, den der Cyborg heute spricht (der er ist) – gewissermaßen ‚jenseits' der Zukunftsvisionen? Aus welchen materialen Elementen besteht sein Diskurs?

Organtransplantate: Ein inzwischen weitverbreitetes Element des Cyborgs sind *organische Transplantate.* Nieren, Herzen, Netzhäute, lebenden oder hirntoten Spendern – gelegentlich auch klassischen Leichen – entnommen, verbessern Körper, die sich ihrer Umwelt nicht mehr oder nicht mehr optimal gewachsen zeigen. Diese Ersatzteile versprechen Gesundheit und neues Lebensglück. Aber werden riesige Ressourcen aus Mitleid und Hilfsbereitschaft in Gang gesetzt oder wird der ‚kranke' Leib als Versuchsfeld benutzt, in dem Tests zur Verträglichkeit von Fremdgewebe durchgeführt und Immunsuppressiva geprüft werden? Wozu dient dieses Wissen über den Menschen? Spricht das humanitäre Bedürfnis zu helfen oder spricht der Cyborg? Oder spricht dieser vielleicht gerade durch die Humanität hindurch?

Ist der Menschenkörper nicht grundsätzlich antiquiert?

Fremde Nieren kann ich noch als ‚meine' identifizieren, aber was bedeutet ‚mein', wenn Hirngewebe transplantiert wird? *Hirngewebeverpflanzungen* werden ja gerade deshalb durchgeführt, um die geistige Haltung, z.B. von Parkinson-Kranken, zu ändern und ein körperkontrollierendes Subjekt herzustellen (Linke 1996, 51). Aber werde ‚ich' geheilt oder wird nicht nurmehr ‚der' Mensch erneuert/rekonstruiert?

Ernsthaftere Bedenken wirft *Xenotransplantation* auf, d.h. der Einbau tierischer Organ- und Hirnsubstanz in Menschenkörper. Man hat zwar keine Probleme, abgetriebenen menschlichen Föten neuronale Substanz und hirntoten, aber ansonsten noch lebendigen Menschen, Organe zu entnehmen, aber ist es gestattet, Primaten zu züchten, um sie bei lebendigem Leibe auszuschlachten? Anders steht es mit Xenotransplantaten, die von genetisch manipulierten Schweinen produziert werden, denn – so ein Gutachten des unabhängigen britischen *Nuffield Council on Bioethics* – »es ist schwer einzusehen, daß in einer Gesellschaft, die Schweine für Schnitzel und Kleidung züchtet, deren Nutzung für lebensrettende Medizin nicht akzeptiert sein sollte.« (Science, Vol. 271, 8.3.1996, 1357; vgl. Koechlin 1996)

Künstliche Implantate: Durch den realen Cyborg-Diskurs geistert der gesunde Mensch. Ein anderes, künstlich-technisches und klassisches Element dieses Versprechens sind Prothesen. Sie dienen schon lange verstümmelten und unvollkommenen Körpern als Überlebenshilfe. Inzwischen hat ihre Technik einen beinah perfekten Stand erreicht: Mit porösen Titanlegierungen beschichtete Prothesen verwachsen mit den Knochen und geben einen Halt, der sie zunehmend komfortabler macht und »ein ganz irres Lebensgefühl« ermöglicht.

Prothesen sind bereits eine Ausweitung des Nervensystems: Nehmen Sie einen Bleistift in die Hand, schließen Sie die Augen und tippen Sie vorsichtig auf eine Tischfläche. Wo ist Ihr Empfinden? In den Fingerkuppen oder in der Bleistiftspitze? Inzwischen ist es möglich *technische Implantate* zu konstruieren, deren elektrische Leiter mit Nervenfasern verbunden sind. Dies ist der Fall beim »Cochlea-Implant«, einem Radio im Kopf, das im Falle einer bestimmten Art von Taubheit in die Ohrschnecke implantiert wird. Ein Mikrophon erfaßt akustische Daten aus der Außenwelt, die ein Mikroprozessor verarbeitet. Durch Radiowellen werden diese Informationen an den im Kopf eingepflanzten Empfänger-Stimulator übermittelt, der sie in elektrische Impulse zurückverwandelt und den Hörnerv reizt. Die Frage, ob elektrische Telepathie möglich ist, wird rhetorisch.

Der Einsatz von technisch-mechanischen Implantaten erzeugt Schnittstellenprobleme an der Körpergrenze, da aus der Haut austretende Drähte, die zu Batterien führen, leicht zu Infektionsherden werden können. Neuere Forschungen versuchen daher das Energieproblem durch *biotechnische Implantate* zu umgehen: Ein dem Körper entnommener Muskel wird um einen Zylinder mit Flüssigkeit gewickelt, mit einer Blutpumpe verbunden und im Brustkorb implantiert. Ein kleiner elektrischer Stimulator reizt den Muskel, so daß er sich kontrahiert und entspannt, also als biologischer Motor der künstlichen Pumpe wirkt. Der Muskelstimulator benötigt so wenig Strom, daß ihm dieser durch Induktion an der unversehrten Hautoberfläche geliefert werden kann.

Der Körper verschmilzt mit seinen künstlichen Implantaten. Dagegen mit Entfremdung (Virilio 1994) zu argumentieren, wirkt



Werfen wir einen Blick in die Wirklichkeit

ziemlich hilflos. »Der Mensch«, so wird der Cyborg antworten, »hat schon immer technische Instrumente benutzt, ist von daher sowieso ein künstliches Wesen.« Und recht hat er: um Entfremdung geht es schon lange nicht mehr.

Neue Organe: Elektrische Netze können als Ausweitungen des zentralen Nervensystems, mithin als neue Körperorgane, gesehen werden. Das Auge beispielsweise kann als elektrischer Dipol betrachtet werden, dessen willentlich herbeiführbare Zustandsveränderungen von einem entsprechenden Interface gemessen und interpretiert werden können. Behinderte mit schweren Rückenmarksverletzungen oder durch amyotropische Lateralsklerose Gelähmte können dadurch einen Computer bedienen und als Kommunikationsprothese benutzen. Ein solches Interface am Auge gibt dem reinen Wahrnehmungsorgan zusätzlich instrumentellen Charakter; es kann z.B. genutzt werden »einem Chirurgen das Steuern eines Endoskops während der Operation mit den Augen zu ermöglichen.« (Lusted/Knapp 1996, 74) Per »Biomuse«, einem universalen Interface zwischen Computern und elektrischen Signalen im Körper, können Muskelströme abgelesen und zur Steuerung von Instrumenten benutzt werden. Analog können auch Hirnströme gemessen (EEG) und so verarbeitet





werden, daß die Gedanken unmittelbar körperexterne Geräte steuern können wie die eigene Hand. Die amerikanische Luftwaffe experimentiert damit in der Hoffnung auf zusätzliche Kontrollmöglichkeiten, »die die Piloten auch dann nutzen können, wenn ihre Hände und Füße bei schwierigen Flugmanövern beschäftigt sind.« (ebd., 78) Das Flugzeug funktioniert als Körper des Piloten, und umgekehrt ist der Pilot der Servomechanismus seines Fahrzeugs – er ist mit ihm zu einem kybernetischen System verschmolzen.

Der Cyborg verspricht gehandicapten Körpern ein besseres Weltverhältnis. Und ist der Menschenkörper nicht grundsätzlich antiquiert? Sind wir nicht alle nur Krüppel, deren Unzulänglichkeit im technischen Umfeld deutlich zur Geltung kommt? Geborene Versager, Mängelwesen eben? Ob körperlich Versehrter, Chirurg oder Flugzeug- und Raumschiffpilot – die Heilungsversprechen des Cyborgs weiten sich ganz selbstverständlich zur Rekonstruktion des Menschen überhaupt aus.

Neue Sinne: Nicht nur aus der Medizin, sondern auch aus der Industrie kommt ein weiteres Versprechen des Cyborgs: Er verspricht neue Selbsterfahrungsmöglichkeiten und neue Sinnlichkeit. Organische dünne Schichten aus Proteinen, Enzymen usw., eingefaßt in Kunststoffmembranen, erweisen sich wahlweise als äußerst feinfühlige Biosensoren oder Energieemitter. Damit wird es prinzipiell möglich, organische Geräte zu bauen. Organische Transistoren erreichen inzwischen Schaltgeschwindigkeiten, die an jene ihrer Siliziumkollegen heranreichen. Mit genetisch programmierten Bakterien als Motor verbunden, sollen organische dünne Schichten als Biosensoren das Innere des Körpers erforschen und winzige implantierte Pharma-Pumpen steuern, die dann ein künstliches und vor allem kontrollierbares Immunsystem bilden (Bertrand 1993). Der Cyborg ist online mit seinen Cholesterinwerten. Über Fragen, die das Verhältnis von Geist und Körper behandeln, macht er sich keine Gedanken, denn er ist mit sich selbst gleichgeschaltet.

Umschreiben des genetischen Codes: Werden in Zukunft genetische Manipulationen vorbeugend die diversen Abwehrreaktionen therapieren, mit denen der Körper auf übermäßige Technisierung oder auf organische Fremdpartikel in seinem Innern zu reagieren pflegt (Immunreaktionen, Phantomschmerzen, Schock)? Offensichtlich ist der menschliche Körper nicht immer in der Lage zu erkennen, was gut für ihn ist, so daß es sich als medizinisch-ethisch gerechtfertigt erweisen kann, einen zum Implantat passenden Körper zu züchten. Wäre es nicht verantwortungslos, kommende Generationen leiden zu lassen, indem man ihnen die Einlösung der Versprechungen des Cyborgs verwehrt?

Dem Cyborg eine Chance

► Sollen wir dem Cyborg eine Chance geben? Obwohl die Frage von Medizin, Industrie, Wissenschaft und Politik schon entschieden scheint, lohnt es sich vielleicht doch, sie erst einmal zu stellen. Gestellt hat sie, als offene Frage, meines Wissens nur Donna Haraway. Sie spricht für den Cyborg, aber sie diskutiert mit ihm und setzt ihn unter Zwang, sein Wort zu begründen. Eine andere Frage ist, ob diese Gründe überzeugen. Handelt es sich um Versprechungen oder um Versprecher?

Wenn man Haraways Cyborg-Metapher für den Moment beiseite schiebt, dann versprechen sowohl metaphorische wie imaginäre und reale Cyborgs einen sich selbst gleichen, mit sich selbst identischen Menschen. Diese Subjektposition läßt sich als »fraktal« kennzeichnen. Das fraktale Subjekt träumt davon, »jedem seiner elementaren Bestandteile zu gleichen« (Baudrillard 1986, 6). Von nichts anderem spricht der Cyborg, der sich aus sich selbst recycelt! Und das Ergebnis? – »Das Ende vom Ende ist es, nur noch sich selbst zu gleichen, was einen von der Angst befreit, den anderen zu gleichen – das heißt, sich überall selbst wiederzufinden, umgesetzt, aber mit der eigenen Formel identisch: überall geht man gleichzeitig mit den gleichen Voraussetzungen über die Bildschirme.« (ebd., 7) Die Versprech/er/en des Cyborgs münden in der vollkommenen Implosion des Selbst. Was er ver-spricht, das hält er.

Aber, um den Blick wieder auf die Seite zu richten, gibt es wenigstens die Möglichkeit eines Schizo-Cyborgs? Ich möchte diese Frage bejahen. Aber wo findet sich dieser Cyborg? Es ist der Mensch, dieses Erfahrungstier, selbst. Wegen seiner weltoffenen, exzentrischen Körperverhältnisse steht er im Bodenlosen und befindet sich daher immer in unklarer Schwebe: Was wir ‚sind', ist immer künstlich. Mit und gegen Donna Haraway läßt sich also sagen: Wir sind schon Cyborgs, warum also sollten wir Cyborgs werden?

► *Leicht gekürzte Fassung eines zuerst im März 1997 in* ***Ästhetik & Kommunikation****, H.96 erschienen Artikels.*

Literatur:

Baudrillard, Jean (1986): Subjekt und Objekt: fraktal, Bern

Berr, Marie-Anne (1994): Die Kadenzen der Schöpfung: Gott – Mensch – Maschine, in: Dietmar Kamper/Christoph Wulf (Hrsg.): Anthropologie nach dem Ende des Menschen, Frankfurt am Main 1994, S. 203-216

Bertrand, Ute (1993): Allheilmittel Information. Gen- und Informationstechnologien sollen das Gesundheitsmanagement optimieren, in: Wechselwirkung, Nr. 62, August 1993, S. 9-14

Clynes, Manfred E./ Kline, Nathan S. (1995): Cyborgs and Space, in: Chris H. Gray (Hrsg.): The Cyborg Handbook, New York/London 1995, S. 29-33

Futuristen (1985): Drahtlose Phantasie. Auf- und Ausrufe des Futurismus, Hamburg/Zürich

Haraway, Donna (1995): Monströse Versprechen. Coyote-Geschichten zu Feminismus und Technowissenschaft, Berlin

Huxley, Julian (1965): Ich sehe den künftigen Menschen. Natur und neuer Humanismus, München

Jünger, Ernst (1982): Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt, Stuttgart

Koechlin, Florianne (1996): 93% Mensch, 7% Schwein. Xenotransplantationen bringen neue Gefahren und ethische Probleme, in: Wechselwirkung, Juni 1996, S. 7-11

Lem, Stanislaw (1981): Summa technologiae, Frankfurt am Main

Linke, Detlef B. (1996): Hirnverpflanzung. Die erste Unsterblichkeit auf Erden, Reinbek

Lusted, Hugh S./ Knapp, Benjamin R. (1996): Computersteuerung mit Nervenimpulsen, in: Spektrum der Wissenschaft, 12/1996, S. 72-78

Theweleit, Klaus (1980): Männerphantasien, Bd. 2, Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors, Reinbek

Virilio, Paul (1994): Die Eroberung des Körpers. Vom Übermenschen zum überreizten Menschen, München/Wien

Wiener, Norbert (1964): Mensch und Menschmaschine. Kybernetik und Gesellschaft, Frankfurt am Main/Bonn

► **Dierk Spreen** ist Soziologe und arbeitet zur Zeit über Medientheorie. Zuletzt hat er herausgegeben: *Online-Verstrickungen (= Ästhetik & Kommunikation, Nr. 96)*


Foto: I. C. Hendel

bios (Bogen, Leben):
Des Bogens Namen also ist Leben,
sein Werk aber Tod.
Heraklit, Fragmente.

Anleitungen zum Leblos-Sein
Der biotechnische Zugriff auf das Subjekt

von **Thomas Cernay**

Biotechnologie stellt sich als folgerichtiger Schritt in der Verfeinerung der Machttechniken dar. Die subtile Beherrschung der Subjekte ist der Sinn des Übergangs vom militärisch-industriellen zum bio-industriellen Komplex. Die Macht erreicht eine höhere Auflösung – man operiert nicht mehr nur in den Kategorien von Volk und Rasse, man operiert im Individuum. Nach der Disziplin dringt die Technik in den Körper ein.

► Zur Kontrolle von Sicherheit und Angst erzeugen Nationalismus und Rassismus vor allem den Code von eigen / fremd als ein wesentliches Instrument der Herrschaft. Beim Voranschreiten vom Volkskörper zum Körper des Subjekts bezieht sich der gleiche Code zusätzlich auf die Spaltung des Einzelnen in Ich / Körper. Der Körper rückt damit in die Stellung des unkontrollierten Fremden und Anderen. Sicherheit vor den Fremden bietet der nationale militärisch-industrielle, Sicherheit vor den Attacken des Körpers verspricht der internationale bio-industrielle Komplex. In beiden Fällen verlangt die Kanalisation und Abwehr der Angst eine spezifische Kontrolle über Leben und Tod. Militärische Kontrolle – Körperkontrolle.

Über die territorial-physische Sicherung hinaus ermöglicht der Code einen zweiten, symbolischen Modus der Akzeptanz von Herrschaft, die Identifikation. Die Nation gibt dem Subjekt mit dem Code von eigen/fremd trivialerweise nationale Identität, im Individuum dagegen läßt die Spaltung von Subjekt und Körper nur noch die Selbstbezüglichkeit von Selbst und Selbstbild zu. Die Konkretisierung dieser Position ist die symbolische Operation, die die »life science« neben der Kontrolle des Körpers unternimmt. Mehrere

Gründe sprechen dafür, daß Narziß das Modell eines Subjektes für das biotechnische Modell des Körpers werden soll. Bereits die nationale Identität trägt die Züge einer narzißtischen Wunschvorstellung. Man ist nur stolz, wenn man Deutscher ist. Der Mangel an Selbstwert wird durch die Projektion in die Größe der Nation überwindbar. Narziß tritt uns auch in den Nah- und Fernerholungsgebieten entgegen. Im Anblick der Landschaft genießt er dort still die eigene Größe. Die Liebe zur Technik ermöglicht einen überschwenglicheren und meist lärmenden Narzißmus. In der Bewunderung des Funktionierens der eigenen Schöpfungen leuchtet uns ein, daß wir noch besser als wir selbst sind. Die Möglichkeiten der biotechnologischen Körperkontrolle kommen dem Narzißmus wesentlich weiter entgegen. Der Spiegel, den die Biotechnologie dem Subjekt vorhält, liefert vielfältige Bilder vom schöneren und besseren Körper. Der Körperkult, weniger eine Feier des Leibes als ein breitangelegter Angriff auf denselben, handelt von der Veränderbarkeit eines dem Willen unterworfenen Körpers und vom Erwerb des Wunschkörpers als neuer Handlungsmaxime.

Der Singular von Nationalismus heißt Narzißmus.

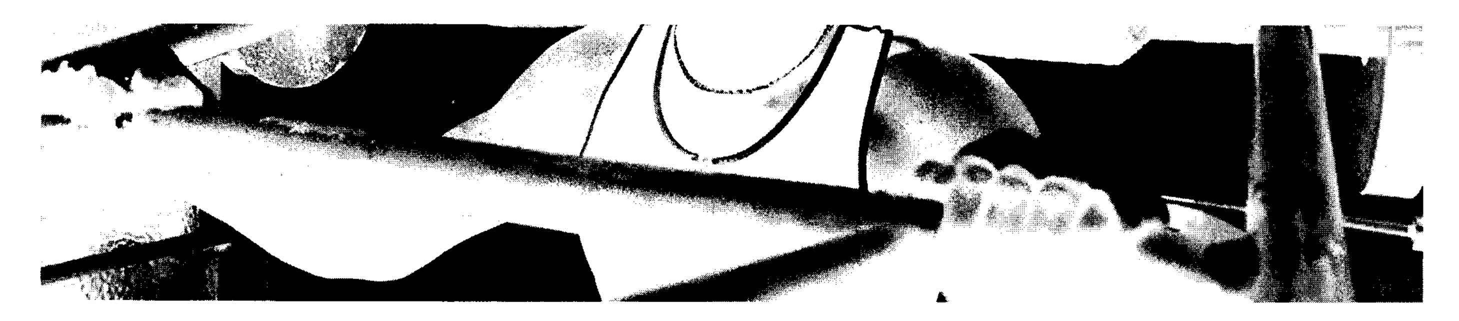
Ein Fortschritt, der zur Herstellung und Vertiefung individueller Akzeptanz der Herrschaft führen soll und kann. Sicherte in den Nationalökonomien zunächst die Beseitigung des Mangels, später die Erzeugung und Befriedigung von Wünschen, das Einverständnis mit der kapitalistischen Produktionsweise, so wird das Subjekt in der Biorevolution zum Aufstand gegen den eigenen Körper verführt. Die Wünsche des Subjekts sind nicht mehr auf die herkömmliche Besitznahme von Gütern beschränkt. Körpermodelle reizen zu neuen Aneignungen, dazu, vom Habenwollen zum Seinwollen weiterzuschreiten. Aber nirgends wird klarer, daß dieses Subjekt gemacht wird. Jeder kann, ökonomische Potenz vorausgesetzt, Narziß werden und sich zu einem Bild umformen lassen, das der Selbstliebe wert ist. Der grassierende und immer infantilere Narzißmus ist das zeitgemäße Lebensmodell, das durch die Biotechnik herstellbar wird. Die Selbstliebe dieses Prototyps des spätkapitalistischen Subjektes sichert die optimale Akzeptanz der ihn produzierenden Verhältnisse. Der moderne Narziß löst Adam Smiths Egoisten als Triebfeder der ökonomischen Entwicklung ab.

Alles wird gut!

▶ Heute ist 'bio' eine, wenn nicht die moderne Formel für den Pol 'positiv'. »Gesund«, »natürlich« und »ohne chemische Zusätze« finden die Sprachbeobachter des Duden. Die semantische Verallgemeinerung von 'bio' ist damit aber nur unzureichend erfaßt. Vom Gesundheits- und Körperkult bis zum industriellen Zugriff auf das organische Material ist alles 'bio'. Mit neuen Namen suggerieren uns Konzerne wie die »Novartis«-Gruppe »neue Künste«. Neu, Leben, Wissenschaft, Kunst – dieses Übermaß an Positivität, das das Label »life science«[1] ausstrahlt, ersetzt alte Heilsversprechen. Alles wird gut. Das Leben wird besser. Die Aussichten auf synthetisch-schöpferische Möglichkeiten sind phantastisch, und der Fluchtpunkt dieser Perspektive wird längst offen zugegeben: Endsieg über Krankheit und Tod. Das Radikale dieser Simplifikation ist nicht nur ihre einseitige Aufladung, sondern der feste Glaube an die Erkenn- und Machbarkeit des Guten, also auch des Lebens. Das Leben wird mehr wert, das Leben ist Zugewinn. 'Bio' ist der angemessene Ausdruck eines fortgeschrittenen Produktionswahns. Der inflationäre und quasireligiöse Gebrauch der Bio-Formel hat dabei unsere Unfähigkeit einer rationalen Lebensdefinition und die Leblosigkeit der biotechnischen Manipulationen zu bedecken.

Logisch fungiert das Leben offensichtlich als Negation des Todes, der Tod als Negation des Lebens. Die wechselseitige Bestimmung setzt damit die Möglichkeit einer positiven Definierbarkeit eines der beiden Pole voraus. Bisher hielt man sich im Allgemeinen für lebendig, und es nimmt nicht wunder, daß das Augenmerk stets auf Listen gerichtet wurde, die exklusive Eigenschaften des Lebens aufzuzählen versuchten: Stoffwechsel, Fortpflanzung oder Selbstorganisation. Alle Kriterienkataloge teilen das gleiche Schicksal. Es sind Selbstdefinitionen des Menschen, die durch die Fortentwicklung des Wissens wie der Gesellschaft unhaltbar geworden sind. Das philosophische Bemühen um eine rationale Begründung dieser Differenz hat sich dabei von gröberen Biologismen auf Felder wie Embryologie und Kybernetik[2], also systemtheoretische Versionen verschoben. Widerspruchsfreie oder formalisierbare Definitionen des Lebens fehlen trotzdem nach wie vor. Also bleiben nur soziale Konstruktionen, um in der Frage von Leben und Tod die Wahrnehmung eines Unterschiedes zu ermöglichen. Die Etablierung der Bioreligion und Bioethik ist die nichttechnische Voraussetzung für die Produktion des Lebens im Allgemeinen und des neuen Menschen im Besonderen.

Aber die Werbung hält nicht, was sie verspricht. Auf den zweiten Blick erscheint der Triumph des narzißtischen Subjekts eher schal. Vor der großartigen Synthese des Lebendigen steht die rationale Analyse. Für den Verstand ist das Leben nur in kleinsten Portionen verdaulich, und der wissenschaftlichen Erkenntnis geht stets die Beförderung des Lebens zum Tode voraus. Der Organismus muß zerlegt werden, da er als Ganzes unbegreiflich bleibt. Mit jedem technischen Schritt verliert das Individuum Terrain, mit



jedem erklärbaren Mechanismus verliert der Organismus ein weiteres Teil, auch wenn er neue oder künstliche Organe zugesetzt bekommt. Organon, das Werkzeug, erhält seine alte umgangssprachliche Bedeutung zurück. Was die Wissenschaft berührt, es wird – wie bei Midas – leblos. Der Preis für die Verwandlung des Lebens in Positivität ist immer der Tod. Und der Prozeß von Fleisch zu Lego ist unumkehrbar.

Die Schöpfungen bleiben die Summe ihrer Teile

▶ Eine Technik, die sich 'bio' nennt, verschleiert nur die Gleichsetzung von Leben und Tod, die sie vollzieht. Es handelt sich um die Verwechslung des Lebens mit einem Modell, die Landkarte gilt als Territorium. Diese klassische Fehlleistung gehört zu den Grundlagen des Phantasmas von der Erzeugung des Lebendigen. Organismen mit rekombinierter Erbsubstanz bleiben Werkzeuge, die aus der Sphäre des Lebens herausgebrochen sind. Die Beziehung zu den Organismen, aus denen sie gemacht werden, ist wie die der Wurst zum Schwein.

Technik ist »funktionierende Simplifikation« , wie Luhmann positiv definierte, »ist eine Form der Reduktion von Komplexität, die sich konstruieren und realisieren läßt, obwohl man die Welt und die Gesellschaft nicht kennt, in der dies geschieht: ausprobieren an sich selber. Die Emanzipation der Individuen – wohlgemerkt auch der unvernünftigen Individuen – ist ein unvermeidlicher Nebeneffekt dieser Technisierung« [3]. Technik ist auch die uns vertrauteste Form des Toten. Unser intimer Umgang mit den Dingen, die wir selbst zum Funktionieren bringen, entspringt vermutlich einem eingefleischten Hang zum Animismus, der Zubilligung eines Subjekts zur Funktion, eines Täters zum Tun. Funktionieren, ein quasilebendiger Zustand auf den sich Mensch und Robotik gleichermaßen zubewegen. Das Subjekt muß nicht erst eine bestimmte Anzahl der Teile seines Körpers austauschen, um das Subjekt einer Maschine zu werden. Es ist Cyborg in dem Moment, in dem es den Körper nur noch als Funktion und Summe begreifen kann und somit den Reduktionismus der Technik verinnerlicht und mitorganisiert. Ein Herz aus Eisen ist einem Herz aus Protein dann vorzuziehen, wenn es in jeder Hinsicht besser funktioniert. Die organische Materie, eine Ansammlung molekularer Maschinen, ist so tot wie jede andere Maschine auch. Die Gentechnik ist Genmechanik, und die Raffinesse der Biotechnik kann nur zu einer funktionalen Ununterscheidbarkeit zwischen Leben und Tod führen.

Alles spricht dafür, daß das höhere Wesen im narzißtischen Spiegel nur ein Cyborg sein kann. Aus seiner Sicht gleichen wir Behinderten. Wir sind zu langsam, unsere frei verfügbare Rechenkapazität ist niedrig. Im Hinblick auf die Funktionen sind wir immer unvollständig. Spätestens in den entstehenden Technotopen brauchen wir die Hilfe verschiedenster Prothesen, um zu überleben. Das überlegene Funktionieren der Maschinen zwingt uns, uns durch »erweiternde« Zusätze zu verbessern. Die Eugenik der Wünsche beginnt mit Fitnesstudio und Schlankheitskur, Schönheitschirurgie und Frischzellen, verlangt dann den Austausch von Teilen und könnte bei einer Totaltransplantation enden. Die Zumutung, die uns im Cyborg gegenübertritt, ist die letzte in einer längeren Reihe narzißtischer Kränkungen. Der Mensch als Mittelpunkt der Welt – geopfert in der kopernikanischen Wende. Seine höhere Abkunft – von Darwin durch eine niedere ersetzt. Der freie Wille – gesteuert durch Freuds Unterbewußtes. Die positive Auszeichnung des Lebens vor dem Tode – vom Fortschritt der Technik überholt. Die Illusion des Subjektes und des Lebendigen versinkt in einer Welt funktionierender Materie auf die gleiche Weise wie zuvor die des göttlichen Wesens. Gott ist tot. Und wir sind schon viel länger und umfassender tot, als wir uns glauben machen.

Lieber fit als tot oder lebendig

▶ Der Narzißmus ist beim gegenwärtigen Stand der Technik noch nicht für alle anbietbar. Ganz aktuell macht sich dies in der Hirntoddebatte bemerkbar. Hier sind ausnahmsweise die Kriterien oder die normierbare Feststellung des Todes von größerem Interesse als die des Lebens. Der systemimmanente Bedarf des Transplantationswesens an Organen soll befriedigt und durch gesetzliche Formalisierung die Akzeptanz des – für den »Spender« – finalen Rettungseingriffs gesichert werden [4]. An dieser Stelle sind aber weniger die Interessen von Bedeutung als die Widersprüche, die mit der neuen Definition in Kauf genommen werden. Der Tod des Körpers wird in eine Vielzahl von Todesprozessen zerlegt, die Elemente einer hierarchischen Wertordnung sind. Einzelne Teile des Menschen können damit bereits tot sein, ohne daß vom Tod des Individuums gesprochen werden darf. Umgekehrt erlaubt der Tod des Gehirns vom Tod des Ganzen zu sprechen. Die Qualität »tot« wird hiermit paradoxerweise auf genau die Teile und Organe des Körpers anwendbar, die im medizinischen und biologischen Sinn vor einem Qualitätsverlust geschützt werden, die für das »Weiterleben« im Empfänger frisch bleiben sollen. Um der Verderblichkeit der Organe entgegenzuwirken, muß der funktionierende Kreislauf oder das schlagende Herz aus der Liste der Lebenskriterien gestrichen werden. Bereits vor der Explantation und unter Beibehaltung ihrer vollen Funktion verlassen die Körperteile die Sphäre des Lebendigen ohne wirklich in die des Todes einzutreten. Der lebende Körper heißt tot.

Mit dem Hirntod verbindet sich eine abendländische Auffassung vom geistigen Wesen des Menschen, die die cartesische Spaltung in Leib und Seele medizintechnisch vertieft. Das Ende der kognitiven Funktionen und der Wahrnehmung, der Tod des Subjekts ist gemeint. Das erzwingt einen neurologischen Widerspruch, denn der Großteil der Hirnfunktionen hat mehr mit dem Körper als mit dem Subjekt zu tun. Eine weitere Verschiebung der Todeskriterien ist damit absehbar, hin zum Teilhirntod, zum Beispiel dem neokortikalen Tod, der am Ausfall der höheren Hirnfunktionen festzumachen wäre. Gegenüber dem Tod der Großhirnrinde, vermeintlich identisch mit dem des Subjekts, läßt sich das Leben oder der Tod des Körpers bagatellisieren. Der Hirntod, Mosaikstein der Biorevolution, zeigt exemplarisch das Verwischen von Grenzen. Im Ergebnis schafft seine Definition nur eines – das Gegenteil eines Unterschiedes zwischen Leben und Tod.

Anmerkungen:

1 Als »life science« preist sowohl die scientific community als auch die Bioindustrie ihr Handwerk.

2 Gregory Bateson, Geist und Natur. Eine notwendige Einheit, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1987.

3 Niklas Luhmann, Beobachtungen der Moderne, Westdeutscher Verlag, Opladen 1992.

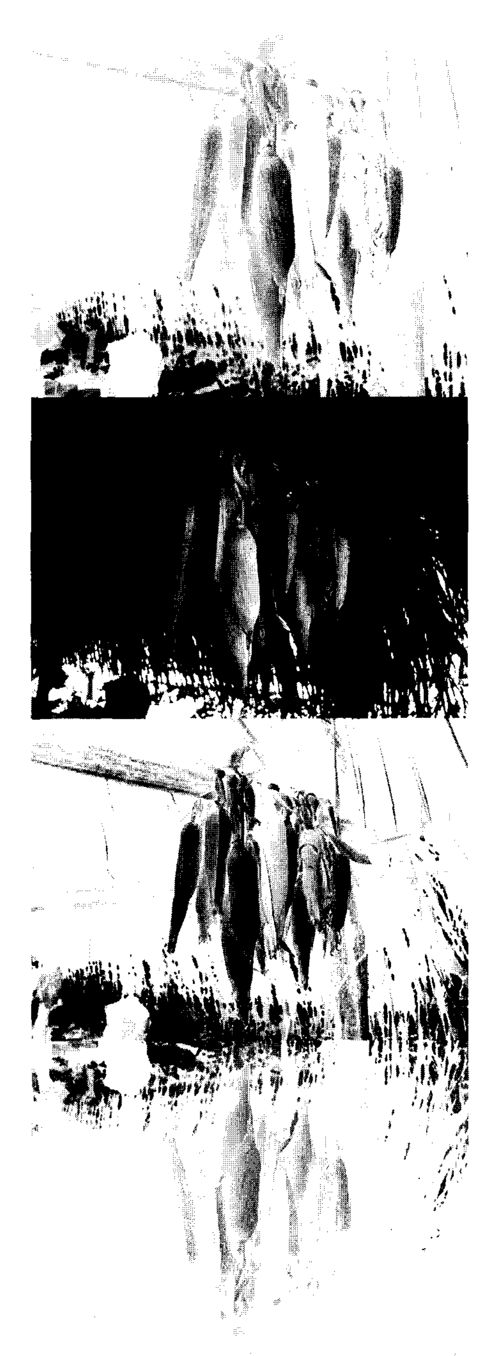
4 Günter Feuerstein, Body-Recycling-Management, in: Bernward Joergens (Hg.), Körper-Technik, Edition Sigma, Berlin 1996.

▶ **Thomas Cernay** ist Mitarbeiter des **iz3w**.

Die politische Entwicklung der Natur

Neue Konflikte um biologische Ressourcen

von **Michael Flitner** und **Volker Heins**



Aus Sicht der alten Industrieländer des Westens, die für sich Zivilisation und Geist reklamieren, ist die Dritte Welt gewissermaßen der Körper der Welt, der auf dieselbe zweideutige Art behandelt wird, wie das Bürgertum seit jeher lebende Körper behandelt hat. Die Dritte Welt wird in diesem Sinne »unterdrückt«, zugleich aber auch humanitär gepflegt, ökotouristisch geliftet und durch monetäre Diät und Strukturanpassungsprogramme »verschlankt«. Die »biologische Vielfalt« ist im Rio-Prozesses zu einem zentralen politischen Symbol dieser ambivalenten Beziehung geworden und somit zum Anreiz, Vorstellungen über Dritte Welt und Natur, Moderne und Technologie zu überdenken.

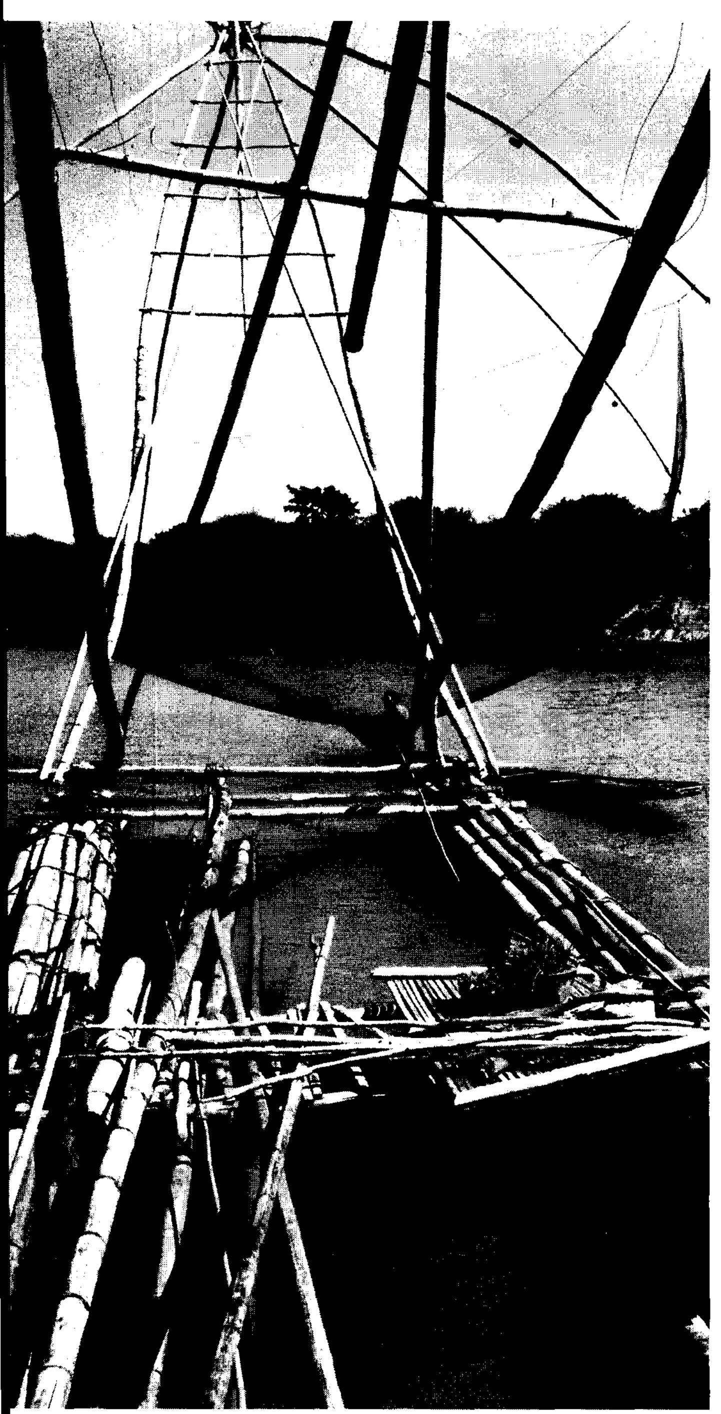
► Wie der menschliche Körper und besonders der weibliche Körper in der Vorstellungswelt des Bürgertums, so erscheint der Süden der Erde zugleich als Quelle lockender Reize, als Herd lebensbedrohlicher Krankheiten und Wucherungen wie der »Bevölkerungsexplosion« und schließlich als Sitz reinigender Organe wie der grünen Lungen des Amazonasgebiets. Die Bedeutung des jüngeren Konflikts um den Schutz der biologischen Vielfalt und die Aneignung genetischer Ressourcen liegt darin, daß diese verschiedenen Bilder neu verwoben werden – und sich so auch der Kritik ausliefern.

Zunächst wurde das klassische Anliegen des Naturschutzes zugunsten entwicklungs-, technologie- und menschenrechtspolitischer Forderungen relativiert. Dies läßt sich besonders anschaulich mit dem Vergleich der beiden wichtigsten internationalen Verträge in diesem Bereich illustrieren. Das Washingtoner Artenschutz-Abkommen von 1972 zielte noch allein auf den Schutz bedrohter Arten, deren Bestand durch schärfere Kontrollen im Handel gesichert werden sollte: Nashörner, Elefanten und kulleräugige Pandas standen im Brennpunkt des Vertrags und Zollbeamte wurden zu ihren Rettern bestimmt. Die 1993 in Kraft getretene UN-Konvention über biologische Vielfalt bringt ganz andere Prozesse und Akteure ins Spiel: Ihr Ziel ist es, die nachhaltige Nutzung ganzer Ökosysteme zu fördern, »ganzheitlich« und gewissermaßen genetisch egalitär vom Pantoffeltierchen bis zur Wanderratte. Ein so umfassendes Programm verlangt denn auch andere Mechanismen als die Suche nach Elfenbeinschmuck im Reisegepäck. Neben staatlichen Naturschutzbehörden werden nun alle erdenklichen gesellschaftlichen Gruppen bemüht, die mit der biologischen Viefalt zu schaffen haben, von den indigenen Völkern bis zur gentechnischen Industrie. Gemeinsam sollen sie die Natur zu Markte tragen, zum Wohle der Menschheit.

Ein wesentlicher Grund für die Abkehr vom klassischen »Artenschutz« liegt ohne Frage in der Dynamik wissenschaftlicher und technischer Innovation. Aus der Entwicklung neuer Biotechnologien ergeben sich ungeahnte Potentiale für die Entdeckung und Entschlüsselung genetischer Information. Hochauflösende Testsysteme erlauben eine immer präzisere und schnellere Identifikation organischer Aktivitäten im »Molekülkino« biotechnologischer Labors. Natürliche Rohstoffe und vor allem komplexe Produkte des sekundären Stoffwechsels von Organismen werden für die chemische Industrie dadurch wieder interessant, nachdem in den letzten Jahrzehnte vor allem in die Bereiche Synthese und Kombination investiert wurde. Das Resultat ist eine »Renaissance der klassischen Naturstoffsuche« (so ein deutscher Experte) in den Ländern des Südens.

Leitbild Mikrobe

► Mit der Verwandlung der Biologie zur Ingenieurskunst ändern sich auch die Bilder und Metaphern, die seit langem gesellschaftliche Diskurse jenseits der Naturwissenschaften speisen. Die Vorlagen, die die moderne Biologie im Laufe dieses Jahrhunderts für Gesellschaftsmodelle, Staatsrassismen und klassische Artenschutzkonzepte geliefert hat, beruhten allesamt auf einer monolithischen Vorstellung vom Körper als Einheit, der sich im harten Überlebenskampf erhält und fortpflanzt. Dieses »zoozentrische Modell« ist durch eine Reihe von Entwicklungen der biologischen Forschung unterminiert worden, die damit begonnen hat, den Körper in eine wandelbare Konstruktion aus symbiotischen Einzellern aufzulösen. Ähnlich wie zu Beginn des Jahrhunderts das »Unbe-



Fischzug nach biologischen Ressourcen Foto: M. Flitner

wußte« die Einheit des Bewußtseins in Frage gestellt hat, führt heute die Entdeckung der bakteriellen und genomischen Unterwelt alles Lebendigen zur Auflösung älterer Begriffe des menschlichen Körpers und der Arten. Die taxonomischen Arten sind demnach Ergebnis der ganz und gar unartigen Promiskuität von Mikroorganismen, deren »Körper genetisch so offen sind, daß der Begriff der Art dem Wesen dieser einzigartigen Lebensform widerspricht«[1]. Es ist diese genetische Offenheit, die Mikroben zu Modellen und »Komplizen« der Biotechnik-Industrie gemacht hat. Sowohl die neuere Biologie als auch die neuen Biotechnologien verwerten jeweils auf ihre Weise die Mikroorganismen als Träger und Kurier genetischer Information, als ein biologisches Pendant der Mikrochips. Die neue Biologie entwertet den Gedanken, daß die Natur vor uns oder wir vor ihr zu »schützen« seien. Sie enttarnt die elementaren Gentransfer-Techniken omnisexueller Bakterien und legitimiert dadurch auch den gentechnischen Transfer auf höherer Stufe, indem so die Genmanipulationen der Bio-Industrie als natürliche Prozesse erscheinen. Der Konflikt um biologische Vielfalt und genetische Ressourcen, wie er heute geführt wird, kommt folglich in weiten Teilen ohne Naturpathos aus, obgleich auch die bakteriologisch entzauberte Natur ein Reservoir politischer Metaphern bleibt.

Sobald wir hinter die »umweltpolitische« Fassade des Konflikts blicken, tauchen Bilder auf, die auf ein tieferliegendes Konfliktgelände verweisen. Hört man auf die Sprache von Unternehmenssprechern, Wissenschaftsjournalisten und Naturschützern, dann beheimaten die Tropen riesige »Waldapotheken« und »Datenbanken«, in denen Pharmakonzerne nach neuen Wirkstoffen für ihre Naturstoffreaktoren fahnden. Das kollektive Gedächtnis indigener Bevölkerungsgruppen wird von eigens ausgebildeten Ethnobotanikern nach verwertbaren heilkundlichen und pflanzengeographischen Kenntnissen durchleuchtet. Selbst das Blut verborgen lebender indigener Völker wird von Genetikern und Industrieforschern angezapft, seit 1991 das Human Genome Diversity Project[2] – eine Abteilung des euro-amerikanischen Human Genome Project – gegründet wurde.

Die Opposition richtet sich folglich nicht mehr einfach gegen den Raubbau an der Natur, sondern gegen großindustrielle Informations-Junkies, gegen Wissenspiraterie und virtuellen Vampirismus. Angst grassiert unter den Eliten des Südens heute weniger vor physischen Hungersnöten als vor »information starvation« – *Wissenshungersnöten* –, die durch neue Patentregimes und den selektiven Zugang zu vitalen Ressourcen hervorgerufen werden könnten.

Daran wird deutlich, wie sehr der Konflikt klassische umweltpolitische Arenen verlassen hat und exemplarisch ist für eine Epoche, die Kevin Kelly, Herausgeber des Internet-Magazins *Wired*, als »hyperbiologisch« bezeichnet hat: »Das nächste Jahrhundert mündet nicht in ein Zeitalter des Siliziums, wie alle Welt posaunt, sondern in ein biologisches Zeitalter: Mäuse, Viren, Gene, Ökologie, Evolution, Leben. Oder so ähnlich. Tatsächlich mündet das Jahrhundert in ein Zeitalter der Hyperbiologie: synthetische Mäuse, Computerviren, fabrizierte Gene, industrielle Ökologie, überwachte Evolution, künstliches Leben«.[3]

Autoren wie Kelly machen sich zu Anwälten und Propheten einer »neo-biologischen Zivilisation«, die radikal antirassistisch, industriefreundlich, technophil und androgyn gezeichnet wird. Seine Welt wird eigentlich nur von Ingenieuren, Freaks und Managern bewohnt, wobei genaugenommen alle drei Typen zu einem verschmelzen. Die Zukunft ist ein riesiges Positivsummenspiel, bei dem die Summe aller Erträge größer ist als der Verlust einzelner Beteiligter, die folglich leicht kompensiert werden können. Kooperation ist mithin wahrscheinlicher als Konflikt, und Vertrauen besser als Kontrolle.

Genome zu Goldadern

► Gegen diese euphorische Sicht der techno-biologischen Zukunft richten sich viele der Beiträge, die in letzter Zeit unter der Überschrift »political ecology« erschienen sind.[4] Das vielleicht stärkste Motiv, das dieser Strömung zugrundeliegt, wendet sich gegen die Optimisten »nachhaltiger Entwicklung«, die in einem Waschgang kapitalistisches Wachstum, schonenden Ressourcenumgang und soziale Gerechtigkeit optimieren wollen. Im Unterschied zu solchen Programmen ist die politische Ökologie die Lehre von den Schwierigkeiten, zwei oder drei Ziele gleichzeitig zu verfolgen. Gerade das Konfliktfeld biologische Ressourcen, in dem sich Multis, Universitäten, die UNO, Frauenorganisationen, Bauern und Indigene tummeln, erscheint als ein exemplarischer Mikrokosmos moderner politischer Auseinandersetzungen unter dem Streß beschleunigter Globalisierung.

Zunächst geht es offenbar einmal mehr um Verteilungsgerechtigkeit zwischen Nord und Süd. Wo Genome zu Goldadern werden, wollen sich diejenigen nicht übervorteilen lassen, unter deren Obhut und Pflege ein Großteil biologischer Vielfalt entstanden ist oder wenigstens nicht verlorenging. Unter dem Schlagwort »Farmers' Rights« bemühen sich einige NROs gemeinsam mit den Entwicklungsländern seit fast zehn Jahren in der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), irgendeine substantielle Kompensation für diese Leistungen zu erzielen (vgl. iz3w 202). Daß dieses Bemühen bisher ohne Erfolg blieb, liegt nicht nur an handfesten Interessen, sondern auch an den reichlich plumpen politischen Gleichungen, mit denen in die-

sem Konflikt von Anbeginn an hantiert wurde. So wird das gern bemühte Bild vom Saatgut-Multi aus dem Norden, der die Subsistenzbäuerin im Süden beraubt, schwer überstrapaziert, wenn es zur Legitimation zwischenstaatlicher Deals herhalten muß. Staaten wie Brasilien und Indonesien, die zu den biologischen »hotspots«, Orten höchster Artendichte zählen, verbinden seit langem beherzten Raubbau an den Wäldern und gnadenlose landwirtschaftliche Modernisierung, die den Vergleich mit Kanada in beiden Feldern nicht zu scheuen brauchen. Noch weniger als Kanada lassen sie sich zu den legitimen Sachwaltern ethnischer und sonstiger Minderheiten zählen. Dementsprechend wird der erleichterte Zugang zu gentechnischen Verfahren, den sich diese Staaten im Gegenzug für die Bereitstellung ihrer biologischen Vielfalt erhoffen, kaum dazu gesucht werden, den Wohlstand der berüchtigten Subsistenzbäuerin zu mehren.

Doch nicht nur an den Zielen und der Integrität einzelner Nationalstaaten sind Zweifel angebracht. Wenn sich die zunehmend »verschlankten« Staaten im Zuge einer Internationalisierung der Natur auch zu größerer Kooperationsbereitschaft auf globaler Ebene bereitfinden, so nimmt doch mindestens im selben Maße ihre Fähigkeit ab, die unterschiedlichen nichtstaatlichen Akteure überhaupt zu steuern. Das ist im Feld der biologischen Vielfalt aus zwei Gründen besonders folgenreich.

Zum einen sind die großen Reservoire der biologischen Vielfalt oft gerade dort zu finden, wo staatlicher Zugriff schon bisher begrenzt war, nämlich in den peripheren und »unmodernen« Regionen. Gerade deshalb blicken ja moderne Ökologen so freundlich auf Menschen, die bescheiden, subsistent und umweltfreundlich leben, wie es den indigenen Völkern nun insgesamt vertraglich bescheinigt wurde. Plötzlich sollen diejenigen zu zentralen Akteuren auf dem Spielfeld werden, die in den Augen der anderen Spieler bis vor kurzem noch als hoffnungslos rückständig und modernisierungsresistent galten.

Zum anderen sind auch die Industrien, deren Wertschöpfung letztlich der Natur zugute kommen soll, weitaus flexibler geworden. Hoechst kann heute in Indien hunderte von Wissenschaftlern in der Naturstoffchemie beschäftigen, den Wirkstoff in den USA herstellen und bald schon in jedem Land der Welt patentieren. Die Gensequenz paßt auf eine Diskette – ob diese Diskette aber schließlich in Frankfurt Arbeit schafft und mit den Erträgen dieser Arbeit, wie es die Konvention zur biologischen Vielfalt will, wiederum in Indien die Natur geschützt wird, das ist bei aller Standortpolitik in Bonn und Delhi unsicherer denn je.

Derartige Unsicherheiten und die wachsende Rolle sehr unterschiedlicher nichtstaatlicher Akteure sind aus der Sicht der international orientierten politischen Ökologie mehr und mehr der Normalfall. Ihre Sprecher betonen daher den verwickelten Charakter und die »Komplexitäten«[5] neuerer ökologischer Konflikte in der Dritten Welt, die sich nicht länger in die vertrauten Denkschemata des Nord-Süd-Gegensatzes pressen ließen. Größere Erklärungskraft wird etwa dem neuen Gegensatz zwischen ortsgebundenen und ortsunabhängigen Akteuren zugetraut, der mit den Gegensätzen von arm / reich, Frau / Mann, Arbeiter / Kapital oder eben Süd/ Nord nicht deckungsgleich ist. Anders als die Dependenztheorie rechnet die politische Ökologie mit dem Aufstieg industrieller Weltregionen auch im Süden und daraus sich neu ergebenden Ressourcenkonflikten; anders als die Modernisierungstheorie zweifelt sie am unerschütterlichen Primat des Staates und der kulturellen Homogenisierung der Welt; anders schließlich als die herkömmliche Umweltsoziologie bestreitet sie die Problemlösungskompetenz von Technokraten und Ressourcenmanagern, die wie keine andere Gruppe ihre Macht durch Ortsunabhängigkeit und weltweite Echtzeit-Kommunikation gesteigert hat.

Die Macht schwacher Akteure

► Radikale Diskurse im Bereich der engagierten Dritte-Welt-Forschung haben immer wieder geschwankt zwischen den Allmachtsphantasien eines projizierten Weltproletariats und der Selbstentmutigung durch die Überschätzung der Macht des Gegners. Die neue politische Ökologie hat demgegenüber eine realistische Machtanalyse zum Herzstück ihrer Programmatik gemacht. Orientiert am Ideal asiatischer Kampfsportarten, das bereits Michel Foucault inspiriert hat, zeigt sie sich sensibel für das Paradox, daß gelegentlich »schwache« Akteure durchsetzungsfähiger sind als »starke«. Für Bryant und Bailey sind Konflikte um natürliche Ressourcen und lokale Wissensarten beispielhaft für etwas, das wir die *virale* Macht schwacher Akteure nennen – um im riskanten Spiel mit biologischen Metaphern zu bleiben. Darunter ließe sich die vielgestalte Fähigkeit der schwachen Akteure fassen, fern von den Zentren ökonomischer und politischer Herrschaft sehr eigensinnig und folgenreich zu handeln, die Zahl »schwieriger Leute« im Innern großer Organisationen zu mehren, bisweilen unerkannt in den Systemen des Gegners zu wildern, und nicht zuletzt die Geschlossenheit seiner Selbstdarstellung anzugreifen.

Etwas wortkarg werden diese Vertreter der politischen Ökologie erst bei dem zuletztgenannten Aspekt, d.h. wo es um die Rolle von Diskursen und Bildern beim Aufbau oder der Auflösung von Machtbeziehungen geht. Nun sind aber gerade in den neuen Konflikten um biologische Ressourcen Diskurse von maßgeblicher Bedeutung.[6] Der Ressourcenbegriff selbst und mit ihm die allgegenwärtige Informationsmetapher, an der sich der biotechnische Zugriff auf das Erbgut von Lebewesen orientiert, bleiben unver-

ständlich ohne den Rückgriff auf institutionelle Diskurse. Die Macht multilateraler Einrichtungen wie der Weltbank, internationaler NGOs und anderer Organisationen im Konfliktfeld biologischer Ressourcen beruht auf der breiten Durchsetzung von jeweils besonderen Deutungsleistungen. Es geht hier oftmals gerade darum, wer berechtigt erscheint, *für* die Kleinbäuerin, *für* die Dritte Welt, *für* die Natur oder *für* die Menschheit etc. zu sprechen. Arturo Escobar spricht hier in Anlehnung an Foucault von *»regimes of representation«*, die die Legitimität von Eingriffen in Ökosysteme und Gesellschaften, die politische Eignung von Koalitionskandidaten, die Festigkeit von Bedürfnishierarchien und die Objektivität von Interessenlagen konstruieren.[7]

Aber auch Escobar, dessen Buch 'Encountering Development' in den USA heftig diskutiert wird, bleibt einer Reihe von Vorurteilen und Vereindeutigungen verhaftet, die sich mit seinem »poststrukturalen« Credo überhaupt nicht vertragen. Das erste Klischee betrifft die Weltbank bzw. die aus dem Rio-Prozeß hervorgegangene Global Environmental Facility (GEF; vgl. iz3w 221), die Escobar zu Verkörperungen einer beinahe gottgleichen Allmacht stilisiert, welche selbst noch das Scheitern größenwahnsinniger Entwicklungsprojekte mit beabsichtigt zu haben scheint.[8] Das zweite Vorurteil besteht in der Romantisierung angeblich »ganzheitlicher« Lebensformen in der Dritten Welt, die der kalten Engstirnigkeit westlicher Analytiker gegenübergestellt wird (S. 169). Drittens schließlich beklagt Escobar die »semiotische Eroberung« (ebd., S. 203) des Zentrums von Natur und Leben durch einen neuen, biowissenschaftlich aufgerüsteten Kapitalismus als eine Art Vertreibung des Paradieses aus sich selbst. Somit wimmelt es in der politischen Ökologie immer noch von Götzen, guten Wilden, Paradiesgärten und Höllenschlunden, und die Versatzstücke französischer Pop-Philosophie wirken eher wie modisches Make-up.

Zu den wenigen, die hier einen Schritt weitergehen, gehört Donna Haraway[9], die sich um eine Sicht auf neue biowissenschaftliche Machtformen bemüht, die auskommt ohne »die Trennung von Natur und Kultur, bewaffnete Wächter vor Paradiestoren und das heroische Streben nach den Geheimnissen von Leben und Tod« (1995, S. 71). Haraway hat insbesondere auch ein neues Licht geworfen auf die symbolische Bedeutung des Konflikts um biologische Vielfalt in einer globalen kapitalistischen Kultur, in der Differenz und Vielfalt mehr und mehr selbst zu einem Standortfaktor werden. Durchaus nicht als Witz gemeint ist ihr Vorschlag, 'United Colors of Benetton' als eine Ikone des genomischen Zeitalters zu entziffern. Diversität werde wie die DNS zu einem Code der Codes (1997, S. 261f). Indem die Hautfarbe zum Modeartikel wird, verschwindet zwar nicht die rassistische Macht, sie wird jedoch neu repräsentiert. So verändert das neue »biowissenschaftliche Regime von Macht und Wissen« mit neuen Aneignungsweisen von Natur auch unsere Selbstwahrnehmung.

Haraway bietet einen guten Ansatzpunkt für die Entwicklung von politischen Positionen innerhalb der Kontroverse um biologische Ressourcen, die über Forderungen nach dem »Schutz« von Artgrenzen, Naturräumen und Lebensweisen hinausgehen. Foucault hat gezeigt, wie sich das Konzept der Familie als privater Schutzraum parallel zur wissenschaftlich-administrativen Durchdringung der Intimbeziehungen entwickelte. Ähnliches entdeckt Haraway für Konstruktionen der »Natur«, die wir uns abwechselnd als Labor und als interventionsfreies Idyll vorstellen.

Man kann leicht zeigen, daß solche Konstrukte auch viele kritische Beiträge in der Diskussion um biologische Vielfalt bestimmen. So heißt es in einem Policy-Paper der Stiftung Entwicklung und Frieden: »Wichtig ist, daß die lokale Bevölkerung und indigenen Gemeinschaften, die großes Wissen über biologische Vielfalt in die Suche nach neuen Wirkstoffen einbringen können, in der Absicherung ihrer Rechte unterstützt und in ihrer Erhaltungsarbeit gefördert werden«.[10] Was in dieser wohlklingenden Aussage erst beim zweiten Lesen durchschimmert, ist der Gedanke einer globalen biopolitischen Arbeitsteilung, in der lokale Gemeinschaften der Dritten Welt unterstützt werden, damit sie ihr Wissen *einbringen* können und biologische Ressourcen *erhalten*, während industrielle Pioniere aus den OECD-Ländern die technologische *Nutzung* dieser Ressourcen übernehmen und reich werden. Das wäre so ziemlich genau das Gegenteil von dem, was andere Vertreter der politischen Ökologie vor kurzem als »Befreiungsökologie« bezeichnet haben.[11] Während von diesen die Umwelt vor allem als ein symbolisches Terrain konzipiert wird, in dem sich soziale Kämpfe neu artikulieren, so wird in dem genannten Zitat die soziale Frage mitsamt der Natur zu einer reinen Funktion für die kapitalistische Verwertung. Indem der Blick auf die *eigensinnige* Ressourcennutzung lokaler Bevölkerungsgruppen verstellt wird, werden diese nicht nur zu Museumswärtern der Natur degradiert, sondern schließlich auch selbst zu Museumsstücken.

So steht die Kritik einer schrankenlosen Kommerzialisierung und Inwertsetzung der Natur fortwährend in einer doppelten Gefahr, was ihre Haltung gegenüber den von diesem Zugriff noch nicht erreichten Resten angeht. Entweder diese bekommen eine Aufgabe zugewiesen, die auf ihrer Marginalisierung beruht und sie neu festschreibt, oder sie werden zu Fetischen gemacht, die nicht mehr sind als lebende Wachsfiguren des globalen Casino-Kapitalismus.

Anmerkungen:

1 Sagan, Dorion 1992: Metametazoa: Biology and Multiplicity, in: Jonathan Crary/Sanford Kwinter (Hg.), Incorporations, New York: Zone/MIT Press, S.378

2 Das Human Genome Diversity Projekt wurde 1991 nach einem Aufruf des Populationsgenetikers L. Cavalli-Sforza in der Zeitschrift 'Genomics' ins Leben gerufen. Bevor alles zu spät ist, weil die indigenen Völker in absehbarer Zeit aussterben, soll in einer gemeinsamen Kraftanstrengung weltweit Erbsubstanz von indigenen Völkern gesammelt, analysiert und konserviert werden.

3 Kelly, Kevin 1995: Out of Control: The New Biology of Machines, London: Fourth Estate, S.236f.

4 Wir verwenden hier – und meinen auch im weiteren Text – den Begriff aus der angelsächsischen Literatur, der sich von der deutschsprachigen Debatte unter anderem durch einen starken internationalen Bezug unterscheidet (vgl. Bryant/Bailey).

5 Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad 1997: Third World Political Ecology, London: Routledge, S.191

6 Zerner, Charles 1996: Telling stories about biological Diversity, in: Stephen B. Brush/Doreen Stabinsky (Hg.) Valuing local knowledge Washington/Covelo: Island Press

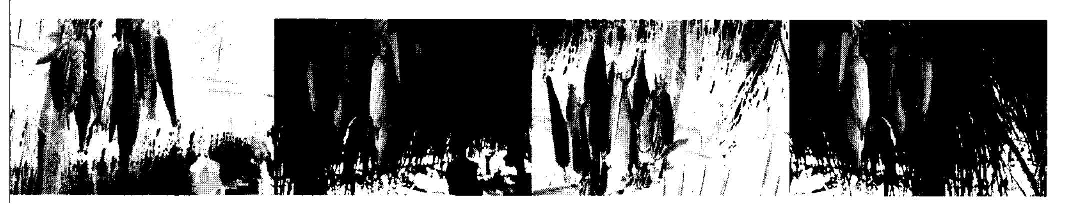
7 Escobar, Arturo 1995: Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World, Princeton, NJ: Princeton U.P.

8 Für eine intelligente Kritik herkömmlicher Weltbankkritiken, vgl. Hanke 1996. Hanke befaßt sich auch mit der eigentümlichen 'Symbiose der Weltbank und ihrer Kritiker' (ebd. S. 342)

9 Haraway, Donna 1995: Otherworldly Conversations, Terran Topics, Local Terms, in: Vandana Shiva/Ingunn Moser (Hg.), Biopolitics: A Feminist and Ecological Reader on Biotechnology, London und Penang, Malaysia: Zed Books/Third World Network; dies., 1997: Modest Witness@Second Millenium. FemaleMan Meets Oncomouse, New York/London: Routledge.

10 Gettkant, A./Suplie, J./Simonis, Udo 1997: Biopolitik für die Zukunft. Policy Paper 4, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, S.10

11 Peet, Richard/Watts, Michael 1996: Liberation Ecologies. Environment, Development, Social Movements. London/New York: Routledge.



▸ **Michael Flitner** und **Volker Heins** sind zusammen mit Christoph Görg Herausgeber des demnächst erscheinenden Bandes *Die politische Entwicklung der Natur. Neue Konflikte um biologische Ressourcen* (Leske u. Budrich).



Gefeit gegen Fruchtbarkeit

Von Sexualhormonen, Forscherbegierden und Geburtenkontrolle

von **Ute Sprenger**

Impfstoffe gegen Schwangerschaft scheinen einen bevölkerungspolitischen Traum von Kontrolle und Sicherheit zu erfüllen. Mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird nach Möglichkeiten geforscht, Antikörper gegen körpereigene Substanzen zu bilden. Die gesundheitlichen und ethischen Probleme werden allerdings unzureichend berücksichtigt.

► Beunruhigende Nachrichten trafen Mitte 1995 beim Impfprogramm der WHO in Genf ein. In Mexiko, Nicaragua, Tansania und auf den Philippinen waren Gerüchte aufgetaucht, daß in Gesundheitsdiensten verabreichte Schutzimpfungen mit Substanzen versetzt seien, die Frauen unfruchtbar machten. Tetanusimpfungen, so wurde dort gemunkelt, enthielten nicht nur den eigentlichen Wirkstoff, sondern zusätzlich noch das in der Plazenta während der ersten Monate einer Schwangerschaft gebildetete Geschlechtshormon hCG (human Choriongonadotropin). Eilends ließ die WHO die verdächtigten Wirkstoffe verschiedener Hersteller untersuchen. Sämtliche Tetanusimpfstoffe erwiesen sich bald als unverfälscht und die Gerüchtemacher als eine Gruppe philippinischer Lebensschützer. Doch wie Jong Wock Lee, Leiter der WHO-Abteilung für Impfstoffe und Immunisierung erklärt, kann solch blinder Alarm den Erfolg von Impfprogrammen erheblich beeinträchtigen.

Doch ist die UN-Organisation nicht ganz unbeteiligt daran, daß derartige Gerüchte ausgestreut werden können. In einer anderen Abteilung der WHO nämlich, in dem Programm für menschliche Reproduktion (HRP), wird nach kontrazeptiven Methoden für den Einsatz in Familienplanungsprogrammen in Ländern des Südens gesucht. Und dort läuft eine Forschung an Verhütungsmitteln, bei der tatsächlich das Geschlechtshormon hCG eine Rolle spielt.

Geforscht wird an kontrazeptiven Impfstoffen [1], die – anders als konventionelle Methoden wie Spiralen, Pillen, hormonelle Injektionen oder Implantate – mit Antikörpern in den Fortpflanzungsprozeß eingreifen, um eine Schwangerschaft zu verhindern. Diese Methoden können sowohl an Frauen als auch an Männern eingesetzt werden. Da der weibliche Zyklus jedoch wesentlich mehr enträtselt ist als der männliche, zielt der überwiegende Teil der Forschung auf Frauen ab.

Unter Befürwortern einer Politik der Bevölkerungskontrolle gelten diese Impfstoffe als vielversprechende Kontrazeptiva. Mit ihnen, so wird behauptet, werde die Palette der zur Verfügung stehenden Verhütungsmethoden und somit die individuelle Auswahl erweitert.

Frauen- und Gesundheitsorganisationen in Süd und Nord stellen der bevölkerungspolitisch motivierten Verhütungsforschung und dem Einsatz invasiver Methoden zur Geburtenkontrolle in den letzten Jahren das politische Konzept der 'Reproduktiven Rechte' entgegen. In dessen Mittelpunkt stehen das Wohlergehen und die soziale Sicherheit von Frauen sowie deren Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Damit verbunden ist zum einen die Zurückweisung einer Funktionalisierung von Frauen und deren Fruchtbarkeit im Rahmen bevölkerungspolitischer Konzepte – seien sie nun pro- oder antinatalistisch. Zum anderen beinhalten die 'Repro-

duktiven Rechte' eine klare Abgrenzung zum Lager religiöser Fundamentalisten und der Neuen Rechten, die weltweit zunehmend aggressiv in die Debatte um Verhütung und Abtreibung eingreifen. Auch die Forschung an den neuen Technologien zur Geburtenkontrolle, die derzeit in der molekularen Biologie, der Immunologie, der Biochemie und der synthetischen Chemie entwickelt werden, muß danach befragt werden, wie diese Technologien in das Selbstbestimmungsrecht und die Gesundheit von Frauen eingreifen.

Bei den Arbeiten an oralen Kontrazeptiva (Pille) und an Intrauterin-Pessaren (Spirale) in den 50er und frühen 60er Jahren, sowie den ihnen folgenden hormonellen Spritzen, Implantaten und neuen Sterilisationstechniken spielten die Bedürfnisse von Frauen keine ernsthafte Rolle. Tatsächlich waren es demographische Zielsetzungen, bevölkerungspolitische Strategien und wirtschaftliche Erwägungen der Pharmaindustrie, aus denen – je nach Stand der Wissenschaft – die Entscheidungen für oder gegen die Entwicklung und Vermarktung verschiedenster Methoden zur Geburtenkontrolle resultierten.

Vor gut fünfundzwanzig Jahren setzten sich einige Forscher bei der WHO in Genf zusammen, um gemeinsam mit Vernon Stevens, Professor an der Ohio State University, der seinerzeit die meisten Erfahrungen in der Reproduktionsimmunologie besaß, zu überlegen, was die Fortschritte in den Biowissenschaften für das Gebiet der Geburtenkontrolle herzugeben vermögen. Die Verhütungsmethoden und -programme, die es seit den 60er Jahren in den Ländern des Südens gab, hatten nicht zu den nachhaltigen demographischen Effekten geführt, die man sich zuvor von den neuen Technologien erhofft hatte. Deshalb wurde erneut verstärkt nach lang wirksamen Verhütungsmitteln gefahndet, die nicht der Kontrolle der AnwenderInnen unterliegen, sondern die vielmehr durch medizinisches oder paramedizinisches Personal verfügbar sind. Damit, so die Erwartung, sollte ausgeschlossen werden, was als userfailure, also als Benutzerfehler, verstanden wird – wenn Frauen, aus was für Gründen auch immer, nicht effektiv verhüten und schwanger werden.

Befürworter einer demographischen Kontrolle mittels lang wirkender Methoden sehen deren Vorteile hauptsächlich auf zwei Ebenen: Impfungen gegen Schwangerschaft bedürfen keiner täglichen Einnahme, die Methode ist also weitgehend unabhängig von der Motivation der Benutzerin/des Benutzers und bleibt dennoch lange Zeit wirksam. Überdies hofft man, sie besonders in medizinisch unterversorgten Regionen in den Ländern des Südens als preiswerte und einfach handhabbare Verhütungsmethoden einsetzen zu können. Die Suche nach einer Anti-Fruchtbarkeitsimpfung setzt dabei auf ein weit verbreitetes positives Image von Impfstoffen, die sich ja durchaus als potente Wirkstoffe gegen Infektionskrankheiten erwiesen haben.

Antikörper gegen Schwangerschaft

▶ Die derzeit erforschten Anti-Fruchtbarkeitsimpfungen beziehen sich auf die Wirkungsweise konventioneller Impfungen gegen Krankheiten. Wie diese beruhen sie auf der Stimulierung des Immunsystems, sollen aber im Unterschied dazu nicht gegen körperfremde Substanzen Antikörper bilden, sondern gegen Stoffe, die der Körper selbst absondert, in diesem Fall körpereigene Moleküle von Hormonen oder Keimzellen. Diese Forschung läuft hauptsächlich in drei Bereichen: der Unterdrükkung der Reifung von Sexualhormonen, die für die Fortpflanzung notwendig sind; der Verhinderung einer Vereinigung von Sperma und Eizelle oder der Beendigung einer Schwangerschaft zu einem frühen Zeitpunkt durch den Körper selbst. Ansatzpunkte dazu werden bei Männern und bei Frauen gesucht, weshalb auch von universellen Kontrazeptiva gesprochen wird. Das Ergebnis einer solchen Forschung wäre ein umprogrammierter Selbstschutzmechanismus des Körpers, der soweit getäuscht wird, daß er Moleküle attackiert, die normalerweise toleriert werden. Dazu müssen diese Moleküle zuerst mit einem körperfremden Protein verbunden werden. Auf diese neuen Konstrukte schließlich sollen die Abwehrkräfte wie auf körperfremde Substanzen mit einer Immunantwort reagieren und sie mittels Antikörperbildung ausschalten. Als potente Proteine, die eine entsprechend starke Immunantwort hervorrufen sollen, nutzen die ForscherInnen bisher hauptsächlich Tetanus- und Diphterie-Toxoide.

Erste klinische Tests mit Anti-Fruchtbarkeitsimpfungen begannen in den 70er Jahren. Bis 1994 nahmen schätzungsweise 400 Menschen – in der Mehrzahl Frauen – an Experimenten mit verschiedenen Typen der Kontrazeptiva teil. Die weitaus umfangreichsten Tests liefen bislang mit zwei Prototypen von Anti-hCG Vakzinen, die vom indischen National Institute of Immunology (NII) und dem schon erwähnten Special Programme of Research, Development and Research Training in Human Reproduction (HRP) der WHO entwickelt wurden. Erprobt wurden sie an Frauen in Indien, Australien, Brasilien, Chile, der Dominikanischen Republik, Finnland und Schweden.

Innerhalb des WHO-Programmes zur Erforschung der menschlichen Reproduktion wurde 1973 ein Sonderprogramm für die Forschung an immunologischen Verhütungsmitteln eingerichtet, die 'Task Force on Vaccines for Fertility Regulation'. Beim HRP, das inzwischen unter der Schirmherrschaft verschiedener UN Programme (Weltentwicklungs-, -bevölkerungs- und -gesundheitsorganisation; UNDP, UNFPA, WHO) sowie der Weltbank operiert, werden Verhütungsmethoden und entsprechende Dienstleistungen sowie soziale und ethische Standards für deren Einsatz in Ländern des Südens erforscht und entwickelt. Die 'Task Force' koordiniert hauptsächlich die weltweite Forschung an immunologischen Kontrazeptiva. Gleichwohl laufen auch eigene Projekte, etwa zu Anti-Sperma und Anti-Eizellen Vakzinen oder zu besagter Anti-hCG Impfung.

Derzeit arbeiten fünf große Forschungsgruppen – in Konkurrenz zueinander aber auch kooperierend – an dem neuen Verhütungsprinzip:

WHO/HRP in der Schweiz, The Population Council in den USA, National Institute of Immunology (NII) in Indien, Contraceptive Development Program (CONRAD) in den USA und der Center for Population Research im National Institute of Child Health and Development (NICHD) der US-Gesundheitsbehörden National Institutes of Health (NIH).

Hinzu kommen zahlreiche Teams, die an Universitäten, staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen in Kenia, Deutschland, Frankreich oder England forschen. Sie erhalten öffentliche Mittel oder werden finanziert durch Pharmakonzerne wie Organon oder Schering. Etwa 57 Millionen US-Dollar werden jährlich in die gesamte Verhütungsforschung gesteckt. Mit schätzungsweise zehn Prozent davon werden die Projekte zu Anti-Fruchtbarkeitsimpfungen gefördert [2].

Risiken und Nebenwirkungen

▶ Immunologische Verhütungsmittel sollen nach den Vorstellungen der meisten Forscher ein bis zwei Jahre wirksam sein. Ist die Methode einmal verabreicht, kann sie nicht abgesetzt werden, was heißt, daß die betroffenen Frauen oder Männer abwarten müssen, daß deren Wirkung abklingt. Bei der WHO/HRP wird kaum erwogen, Gegenimpfstoffe, mit denen die Fruchtbarkeit bei Bedarf wieder eingeschaltet werden könnte, zu entwickeln. Schließlich wird schon länger nach sogenannten nicht-chirurgischen Sterilisationen geforscht.

Anti-Fruchtbarkeitsimpfungen sollen den Selbstschutzmechanismus des Körpers dazu zwingen, Moleküle auf Keimzellen oder Hormonen anzugreifen. Zwar behaupten mitwirkende Wissenschaftler, daß bis heute keine Nebenwirkungen oder unerwarteten Reaktionen des Immunsystems feststellbar seien [3]. Gleichwohl muß mittel- und langfristig erwartet werden, daß bei den behandelten Menschen Autoimmun-Erkrankungen, Kreuzreaktionen mit anderen Zellen und Allergien auftreten. Schließlich verän-

dert sich das Immunsystem mit zunehmendem Alter und wird durch Streß, Verletzungen oder Krankheit geschwächt. Schon seit den 60er Jahren nehmen Krankheiten ohne erklärbare Ursachen zu, die den Autoimmunerkrankungen zuzuordnen sind. So sollen fünf Prozent aller Erwachsenen in Europa und Nordamerika an Autoimmunerkrankungen leiden – zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Angesichts dessen und besonders in Anbetracht völlig unzureichender Gesundheitsfürsorge in vielen Ländern des Südens, wo diese Verhütungsforschung immerhin ihre hauptsächliche Zielgruppe verortet, ist es erstaunlich, wie bedenkenlos WissenschaftlerInnen an dem hochkomplexen Geflecht körpereigener Selbstschutzmechanismen manipulieren.

Selbst etliche der Forscher räumen ein, über die Wirkungsweise und Konsequenzen der immunologischen Verhütungsmethoden nur zu spekulieren. So wird berichtet, daß Frauen in den indischen Impfexperimenten schwanger wurden und Kinder zur Welt brachten. Weder ist bekannt, welche möglichen Auswirkungen immunologische Kontrazeptiva auf diese Kinder haben, noch wird daran geforscht.

Doch neben den genannten medizinischen Problemen bergen die Impfungen gegen Schwangerschaft noch weitere Gefahren. Verhütungsmethoden wie diese schützen nicht vor der Übertragung von Geschlechtskrankheiten. Die Verwendung unsteriler Injektionsnadeln erhöht das Risikopotential für Infektionen. Da die Abwehr von Krankheitserregern von einem intakten Immunsystem abhängt, ist es wahrscheinlich, daß solche Impfungen bestehende Krankheiten verschlimmern und/oder die Entwicklung neuer Erkrankungen begünstigt werden. Das Gesundheitswesen und die medizinische Infrastruktur in vielen Ländern des Südens sind mit immunologischen Verhütungsmethoden und den damit verbundenen Notwendigkeiten finanziell, technisch und auch personell überfordert.

Besonders groß aber ist die Gefahr des Mißbrauchs dieser Methoden unter anderem für Programme mit demographischen Zielen. Von sämtlichen bisher verfügbaren lang wirksamen Verhütungsmethoden gibt es zahlreiche Berichte darüber, wie sie zur Bevölkerungskontrolle angewandt wurden und werden. Aus diesen Erfahrungen resultiert die erfolgreiche Verbreitung der Gerüchte über heimlich sterilisierende Tetanusimpfungen. Da nun die Anti-hCG Impfungen tatsächlich an Tetanus- oder Diphterieproteine gekoppelt werden, ist ja auch mühelos vorstellbar, daß Frauen in praxi ungewollt verhütungs»geimpft« werden.

Rund fünfundzwanzig Jahre nach Beginn der systematischen Erforschung von Antikörpern auf ihre kontrazeptive Potenz hin bleiben viele der seinerzeit gestellten Fragen nach Wirksamkeit und Sicherheit offen, ihre positive Bedeutung für das Wohlergehen von Frauen mehr als fragwürdig. Damit nicht genug. Anti-Fruchtbarkeitsimpfungen fördern bevölkerungspolitische Praktiken, mit denen die Rechte von Frauen auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung weiter untergraben werden. Hat doch so manche Regierung im Süden in den letzten zehn Jahren demographische Ziele eingeführt, was (para)medizinisches Personal und MitarbeiterInnen von Familienplanungsprogrammen dazu anspornt, effektive – also von der Motivation abgekoppelte, über einen langen Zeitraum wirksame – Kontrazeptiva unter die Leute zu bringen, um die Geburtenraten zu senken. Und besonders angesichts einer zunehmenden Tendenz, vor allem arme Frauen aus dem Süden regelrecht zur Geburtenkontrolle zu verpflichten, wird zweifelhaft, wie Frauen ihre Souveränität in reproduktiven Fragen überhaupt noch wahrnehmen können.

Unbestreitbar ist, daß Frauen und Männer sichere und ihren Bedürfnissen entsprechende Methoden zur Verhütung und Abtreibung benötigen. In einem weltweit verbreiteten Aufruf fordern deshalb AktivistInnen aus Frauen- und Gesundheitsbewegungen aus rund 40 Ländern den sofortigen Stopp der Forschungen an immunologischen Kontrazeptiva und eine »radikale Umkehr in der Verhütungsmittelforschung«. Die sollte, anstatt sich demographischen Erwägungen anzudienen, den Menschen ermöglichen, die Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit in den eigenen Händen zu behalten.

Anmerkungen:

1 Impfstoffe oder Impfungen (engl. vaccines) werden allgemein zur Vorbeugung oder Behandlung von Erkrankungen verwendet. In der Wissenschaftsliteratur wurde die Forschung und Entwicklung an immunologischen Verhütungsmitteln allerdings als Arbeit an »Anti-Fruchtbarkeitsimpfstoffen« eingeführt. Da Schwangerschaften keine Krankheiten sind, ist dieser Begriff fachlich nicht korrekt. Allerdings werden Schwangerschaften in den Ländern des Südens in Kreisen der internationalen Bevölkerungspolitik auch als »Epidemie« bezeichnet und insofern wie Krankheiten begriffen und bekämpft. Vgl.: Sprenger, U.; Zweifel, H. (1994): Auswirkungen der modernen Biotechnologien auf Frauen in den Ländern des Südens – Im Bereich der medizinischen Anwendung in der Geburtenkontrolle und im Bereich der Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung. Bonn: Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) beim Deutschen Bundestag, 2X.

2 Klinische Tests in Schweden wurden allerdings 1994 von der WHO/HRP vorerst abgebrochen, nachdem dort bei den erstem sieben Frauen heftige Entzündungen der Einstichstellen auftraten. Vgl.: WHO/HRP, Annual Report 1995, S. 76/77.

3 Vgl.: Sprenger, U. (1995): Challenging the immune system: The development of anti-fertility vaccines. In: Biotechnology and Development Monitor, Nr. 25, Dez. 1995, S. 2 5. Amsterdam; Sprenger, U.; Zweifel, H. (1994).

▶ **Ute Sprenger** ist Publizistin und seit Jahren aktiv im Bereich Bevölkerungspolitik und Gentechnik.

Revolution – oder nicht

▶ Die Gentechnologie ist keine Fortsetzung der Wissenschaftsentwicklung mit modifizierten Mitteln, sie stellt einen radikalen Bruch der Wissenschafts- und Gesellschaftsentwicklung dar. Diese These ist das Band, das die Essays des Bändchens **Zeit der Gene – Essays zur Dekonstruktion des gentechnologischen Mythos** zusammenhält. Da niemandem unser Angewiesensein auf die neue Technik von alleine einleuchtet, kommt den Heilsversprechen der Bioethiken eine wesentliche Rolle bei der gesellschaftlichen Durchsetzung der neuen Produktionsverhältnisse zu. An dieser Stelle setzt die Kritik der AutorInnen den Hebel an.

Im Text von *Regine Kollek* wird das Genom zum heiligen Gral, der gefunden werden soll. Sie zeigt so, daß auch das Symbol der DNS für die Erfüllbarkeit höchst regressiver Wünsche steht – nicht zuletzt das Übertragen der Verantwortung für die Widrigkeiten des individuellen und gesellschaftlichen Lebens auf die Information eines höchsten Kontrollorgans. Der Beitrag von *Florianne Koechlin* dekonstruiert etwas konkreter und mit erkenntnistheoretischen Mitteln. Hier werden die Dogmen und Heilsverprechen geprüft (z.B. lassen sich 98% der Krankheiten nicht auf ein Gen zurückführen) sowie die Verwandlung von Mythen in Forschungsgelder untersucht. Nicht ohne Sarkasmus beschreibt *Gerburg Treusch-Dieter* den Übergang vom pyrotechnischen zum biotechnischen Mythos des Essens. Hier findet eine Revolution in den KochtÖPFEN statt.

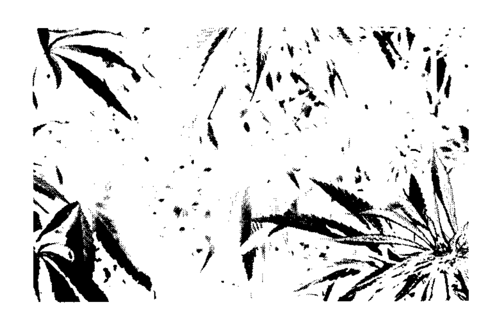
Im zweiten Abschnitt erfolgt eine Kritik der Auseinandersetzungen um Sach- und Wertrationalität. Nach *Erika Feyerabend* und *Petra Gehring* territorialisiert eine gengläubige Wissenschaft durch ihre »Entscheidungszumutungen« die individuell entworfene Zukunft. Eine biologisch optimierte Gesellschaft ersetzt die soziale. Die Verbesserung des lebenden nach dem Modell des optimalen Menschen thematisiert auch der Beitrag von *Jens Heisterkamp*. Die neuen Eugeniker treten in weißen statt in braunen Gewändern auf, aber man riecht nur zu deutlich, daß sie das Unterzeug nicht gewechselt haben. Den Abschluß des bio- versus sozialpolitischen Abschnitts bilden die methodischen Defizite der Risikoforschung, die *Barbara Weber* zeigt. Ihr Plädoyer für eine Ergänzung der wissenschaftlichen Sachrationalität durch eine soziale bzw. Wertrationalität zeigt auch, daß die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Um- und Freisetzungen der Biotechnik vorerst noch utopischen Charakter besitzt.

Utopischen und sozialkritischen Charakter besitzen auch die Artikel des dritten Teils der Sammlung. *Andreas Nebelung* analysiert die Gentechnologie der Gesellschaft mit Luhmanns Systemtheorie und arbeitet ihre paradoxen Grundzüge heraus, die er als »blinde Flecken« ihrer Ideologie markiert. *Ludger Fittkau* montiert aus Zitaten von Hannah Arendt & Günter Anders einen fiktiven Dialog über die Verdinglichung der Welt. Dem Ende des Sozialen setzt *Sigmar Groeneveld* zuguterletzt eine positive Utopie des Unterwegsseins entgegen, die den Paradoxieverleugnungen der Biowissenschaft begegnet und ihre Normierungsansprüche zurückweist.

Man kann nach allem zu dem Schluß kommen, daß sich biowissenschaftliche Mythen dekonstruieren lassen, revolutionär oder neu sind sie nicht.

Thomas Cernay

▶ *Andreas Nebelung / Axel Dosch (Hrsg.), Die Zeit der Gene, Essays zur Dekonstruktion des gentechnologischen Mythos, Giessen 1996, Focus-Verlag, 138 S., DM 25.*



Sammler, Räuber und Gelehrte

▶ Was haben Kartoffeln, Rassismus und die internationale Umweltpolitik miteinander zu tun? Erstaunlich viel, erfährt man bei der Lektüre des Buches **Sammler, Räuber und Gelehrte**, in dem der Geograph Michael Flitner die Verbindungslinien dieser scheinbar unzusammenhängenden Begriffe nachzeichnet. Er verfolgt vier Entwicklungsstränge der Genetik im 20. Jahrhundert: Die Pflanzenzüchtung seit dem Aufkommen der Genetik, das Sammeln von genetischem »Material« in aller Welt als Rohstoffaneignung, die Veränderung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Saatgutes und schließlich die wechselnden Ideologien, die in diesem Prozeß zum Tragen kommen – von der nationalsozialistischen »Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes« bis zur ökologisch formulierten »Rettung der biologischen Vielfalt«.

Die einzelnen Stränge entwickeln sich nicht einfach nebeneinander her. Die Praktiken des Sammelns, die Ideologien, die Organisationsformen und die Institutionen sind miteinander verzahnt und beeinflussen sich gegenseitig. Flitner bezieht sich in seiner Arbeit auf den Foucaultschen Diskursbegriff und analysiert Handlungen, Reden und Institution auf einer Ebene. Der theoretische Vorspann des Buchs bleibt allerdings etwas hölzern; hier ist zu spüren, daß die (sonst auch für Fachfremde leicht zu lesende) Arbeit wissenschaftlichen Ursprungs ist.

Gestützt auf umfangreiches Archivmaterial setzt das Buch mit der Beschreibung diverser Expeditionen um die Jahrhundertwende ein. Da sammeln deutsche Kolonialgärtner Pflanzen in Lateinamerika, um mit ihnen die afrikanischen Kolonien zu bestücken. In den dreißiger Jahren fahren SA- und SS-Mitglieder nach Afghanistan und Tibet, um dort »arische« Pflanzen zu suchen, die für den deutschen »Lebensraum« im Osten gehärtet sein sollen. Währenddessen ist es den Bauern und Bäuerinnen im Deutschen Reich verboten, selbstgezogenes Saatgut nachzubauen. Daß es später auch in Auschwitz eine Pflanzenzüchtung gab und regelrechte Raubzüge nach Rußland veranstaltet wurden, um Zuchtmaterial zu besorgen, dürfte wenig bekannt sein. Die Aufarbeitung dieses historischen Materials gehört sicher zu den beeindruckendsten Teilen des Buches.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ändert sich der Kontext. In den vierziger Jahren bildet sich unter Führung der Vereinigten Staaten eine internationale Agrarforschung heraus, aus der später die »Grüne Revolution« hervorgehen wird. Das Ziel heißt nun »Entwicklung«, und deutsche Sammler sind in US-amerikanischen Diensten unterwegs, um den kommunistischen Vormarsch in der Dritten Welt zu stoppen. In den sechziger und siebziger Jahren treten weltweit ökologische Probleme auf, die zum Teil Ergebnis der »Grünen Revolution« sind. Die genetische Vereinheitlichung der modernen Pflanzensorten und ihre weltumspannende Durchsetzung führt zur »genetischen Erosion«, die Pflanzen werden anfällig. So wird das Sammeln jetzt in ein ökologisches Projekt verwandelt: der Norden muß scheinbar im Süden die Vielfalt sammeln, um für die Zukunft der Menschheit zu sorgen. Flitner zeigt, wie daran auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, vor allem die GTZ, beteiligt ist.

In den achtziger Jahren bringt die Gentechnik eine ganz neue Dynamik in die Entwicklung. Gegenüber der traditionellen Pflanzenzüchtung werden immer mehr Lebewesen potentiell nutzbar. Hier tritt vor allem die Pharmaindustrie auf den Plan, die erneutes Interesse an der Pflanzen- und Tierwelt zeigt. Nun setzt langsam die Debatte ein, die heute um die Erhaltung der biologischen Vielfalt geführt wird. Jedoch räumt das Buch mit der einfachen Lesart auf, daß erst an diesem Punkt der Naturschutz in den Ländern des Südens politisiert worden sei. Schon das ganze Jahrhundert hindurch ist die Nutzung und Erschließung der Pflanzenwelt mit verschiedenen politischen Projekten und Kämpfen verbunden. Das Patentieren von Pflanzen, wie sie derzeit weltweit durchgesetzt

wird, läutet nur eine weitere Phase dieser Auseinandersetzungen ein.

Obwohl die ökonomische Dimension zu wenig berücksichtigt bleibt, stellt das Buch die Hintergründe der heutigen Konflikte um Naturschutz und Gentechnik sehr anschaulich dar.

Moni Hoffmann

▶ *Michael Flitner: Sammler, Räuber und Gelehrte – die politischen Interessen an pflanzengenetischen Ressourcen, 1895-1995. Frankfurt/Main, Campus Verlag. DM 39,80.*



Verwickelt statt eingewickelt

▶ Das gesellschaftliche und individuelle Verhältnis zu Gen- und Biotechnologien wird nicht alleine in den Hallen der Wissenschaft bestimmt. Vielmehr werden die Technologien durch Filme, Vorträge, Werbung, Ausstellungen und alltägliche Gespräche in Umlauf gebracht. Die vehemente Dringlichkeit, mit der die Durchsetzung von Bio- und Kommunikationstechnologien gegenwärtig in Massenmedien forciert wird, verleitet dazu, die widersprüchlichen Elemente dieser 'Techno-Culture' zu übersehen.

Mit diesem Zustand der Präsenz und Widersprüchlichkeit befaßt sich der Sammelband **geld.beat.synthetik.copyshop2.Abwerten bio/technologischer Annahmen**. Die AutorInnen vermeiden eine in 'pro und contra', 'gut und böse' strukturierte Debatte. Ebensowenig erscheint es ihnen sinnvoll und ausreichend, die Bedeutungen und Wirkungen der Technologien faktisch-empirisch zu beschreiben oder sich auf eine kulturalistische Analyse zu konzentrieren.

Ausgangspunkt ihrer Kritik ist zwar eine generelle Ablehnung der Gen- und Biotechnologien, doch versuchen sie deren Attraktionen in ihrer kulturellen Vermittlung nicht zu leugnen. Die Kritik und der Widerstand gegen die Technologien kann nicht von anderen Menschen durchgeführt werden als denen, die in Beziehung – ob nun ablehnend oder optimistisch – zu ihnen stehen. Kritik und Praxis muß das »Verwickelt-sein« aufnehmen, sich aneignen und als politisches Mittel ausprobieren.

Ziel des Buches ist eine Zusammenfassung der Überlegungen und praktischen Interventionen der Gruppen und AkteurInnen, die versuchen, mit der »Verwicklung« aktivistisch, künstlerisch und publizistisch zu arbeiten. Es ist dabei mehr als eine reine Aufsatzsammlung zu den verschiedenen Bereichen der »neuen« Technologien. Aufsätze wechseln mit Darstellungen der verschiedenen Gruppen und Projekte, wie z. B. dem Genarchiv Essen oder der Gruppe und Zeitschrift E.coli-bri. Deren Arbeit zu Gen- und Reproduktionstechnologien und Ausstellungsprojekten in der Shed-Halle Zürich, wie »nature' Messe gegen Gen- und Biotechnologie«, stellt die Unterscheidung von Natur und Kultur politisch in Frage. Zwischen den verschiedenen Themenschwerpunkten – feministischen Auseinandersetzungen mit Naturwissenschaften, Gen- und Reproduktionstechnologien, Patentierung von Menschen und Tieren, Krankheit als soziales Phänomen, soziale Bedeutungen von Maschinen und Internet – und den Projektbeschreibungen werden immer wieder hilfreiche Beziehungen und Querverweise hergestellt. Dadurch präsentiert der »Sampler« eine Umgangsweise mit den Technologien, die pessimistische Distanz und euphorische Nähe überwindet.

Silke Bellanger

▶ *geld.beat.synthetik.copyshop2.Abwerten bio/technologischer Annahmen. Ein Sampler von BüroBert. minimal club. Susanne Schultz, Berlin 1996, Edition ID-Archiv, DM 29,80.*



Lebensfragen im Reich des Todes

▶ Science-fiction ist Therapie und Balsam für die Seele. Was die Bibel mit ihren Prophezeiungen und Offenbarungen lange leistete, das schafft nun der Zukunftsroman: Den Blick zu schärfen – nicht den von heute auf morgen oder übermorgen, sondern den von gestern auf heute. Die alten Geschichten helfen, mit der Welt von heute umzugehen. Ob geklonte Schafe oder transplantierte Köpfe, ob Menschenmaschinen oder Robotergedanken – alles schon bekannt und vertraut, so sehr, »daß ihr Eintreten in der Realität zwar noch vage irritiert, dabei aber gleichzeitig irgendwie auch schon ein alter Hut ist«. Die Scienceologen haben es bereits verkündet.

Im **Kursbuch 128 – Lebensfragen** wird dennoch weitergefragt nach der Annäherung zwischen Künstlichem und Natürlichem. Zwischen Roboter und Klon verschwimmen diese Kategorien, so Joachim Kalka in seinem einführenden Beitrag. Der scheinbar *tote* Roboter weckt zuweilen Reaktionen, die das geklonte *Leben* nicht herauszukitzeln vermag. »Das Eigenartige ist, daß die Roboterphantasie vom künstlichen Menschen, die ihrem maschinellen Wesen nach doch zur Unkörperlichkeit tendiert, entschieden stärker sexuell aufgeladen scheint als das leibhaftige cloning.« Die »vögelnden Roboter« als Produkt menschlicher Potenz sind ihrem Schöpfer in der Erotik weitaus näher als der Klon, der per Definition aus »asexueller Reproduktion« entsteht. Der Reiz eines zweiten Ichs ist kein erotischer. Der Reiz, so Kalka, liegt in der Einförmigkeit und in der Unsterblichkeit. Wie kann man die Angst vor dem *Anderen* besser überwinden als in der Produktion lauter Gleicher? Und wie die Angst vor dem Tod besser als durch ständige technische Reproduktion? Ob jedoch das *Ich* einfach biologisch zu verdoppeln ist, haben die Gentechniker aus dem Fragenkatalog gestrichen.

Wie Joachim Kalka dem Klon, prophezeit Bernd Flessner auch dem Homo prothesiensis, dem Menschen aus Ersatzteilen, wenig Spaß am Dasein. »Für Kar. (...) aus Gyula Hernádis Erzählung (...) findet nach Jahrtausenden eines sinn- und lustfreien Pseudolebens die Erlösung erst durch die totale Zerstörung der Prothesenwelt statt. Erst der finis mundi hat die Verlustgeschichte, die den Triumph der zweiten Schöpfung begleitet, wieder aufgehoben und den Tod reaktiviert.« Hier wie dort (und wie in der Bibel) ist der Tod die Erlösung. Nicht so für Herbert Will am Schluß des Bandes. Für ihn, der für die strikte Trennung subjektiver und objektiver Wahrheiten plädiert, gehört die Idee der Unsterblichkeit eindeutig in die erste Kategorie. »Daß die Idee der Unsterblichkeit ein menschliches Phantasieprodukt ist – eine Antwort auf die Angst vor dem eigenen Tod und auf den Schmerz, den der Tod geliebter Menschen verursacht – und daß sie aus dem Wunsch entsteht, wir könnten den Tod überwinden, das spricht meiner Ansicht nach nun noch längst nicht für ihre Abschaffung.«

Soll die Idee der Unsterblichkeit also erst sterben, wenn sie aus dem Reich der Phantasie in das tritt, was als Realität verstanden wird? Eine in dieser Hinsicht moralische Übereinstimmung ist unter den 13 AutorInnen der *Lebensfragen* nicht auszumachen, sie wird auch nicht gesucht. Sie greifen Debatten um Gentechnik und Transplantation auf, um Klonen und Bioethik. Obwohl sie erstaunlich oft selbst das Hilfsmittel des Science-fiction heranziehen, um die neuen Realitäten begreifbar zu machen – alte Hüte werden nicht verkauft. Im Gegenteil: Weil die Lebensfragen verschiedene Sichtweisen zulassen, bleiben sie lebendig.

step

▶ *Kursbuch 128 – Lebensfragen, Berlin, Juni 1997, Rowohlt, DM 18.*

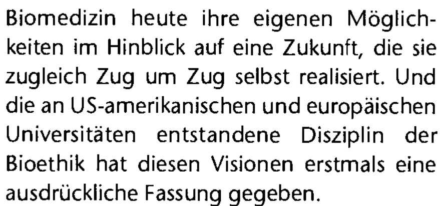
Visionäre Medizin – territorialisierte Zukunft

Das biomedizinische Projekt und die Zurichtung der Ethik

von **Erika Feyerabend** und **Petra Gehring**

Im Europarat und in der UNESCO werden derzeit die ethischen Grundzüge der Gesundheitspolitik neu definiert. Das 1947 im Nürnberger Kodex festgelegte Prinzip, dem Wohl und der Heilung des Patienten sowie der Freiwilligkeit der Versuchsperson verpflichtet zu sein, wird durch wissenschaftliche Forschungsinteressen und medizinische Fortschrittsphantasie ersetzt. »Im Dienste der Menschheit« soll eine medizinische Vision optimierter Gesundheit für weltweite Akzeptanz sorgen.

► Seit in der Medizin, wie Foucault es genannt hat, der »ärztliche Blick« regiert, ein Blick, der sich dem Leiden der Kranken mit Hilfe der technisch objektivierenden »Diagnose« zuwendet, ist das Feststellen und Behandeln von Krankheiten eng verwandt mit dem naturwissenschaftlichen Experiment. Unabhängig vom subjektiven Empfinden erkennt der Arzt im Patienten eine »Natur« der Krankheit und stellt am Patientenkörper eine objektiv meßbare Form von Gesundheit her. Die »Gesundheit« ist das eigentliche Objekt der modernen Medizin: Foucault hat beschrieben, wie von ihr aus Normalität hergestellt wird. War Medizin in alten Zeiten Heilkunst, so hängt sie heute ganz und gar mit der Biologie zusammen. Sie ist Wissenschaft der Krankheit bzw. Gesundheit geworden und in ihrem Handeln der Allgemeinheit des wissenschaftlichen Fortschritts verpflichtet. Die Biomedizin, »Lebens«-Medizin, wie wir wissen, »forscht«. Sie wirft das Licht objektiver Erkenntnis vor sich her, weil die Zukunft eine »bessere« sein soll. Die Organisation der UN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), welche nach eigenen Aussagen »an der vordersten Front der Bioethik-Bewegung« steht, formuliert heute, was zukünftig biomedizinisch möglich sein soll: »Dank der Entdeckungen in Genetik, Neurobiologie und Embryologie hat der Mensch zum ersten Mal Zugang zu dem Wissen über seine eigenen Lebensmechanismen. Darüberhinaus hält er heute die Macht in den Händen, in den Entwicklungsprozeß allen Lebens, aller lebenden Spezies, einschließlich der eigenen, verändernd einzugreifen.« [1]



Was »Therapie« genannt wird, geht unter diesem Vorzeichen handfest mit perspektivischen Forschungen und mit »wissenschaftlichen« Behandlungsexperimenten einher. Der Heilung wird mehr und mehr ein zweites (Fern)Ziel zur Seite gestellt: die gesamtgesellschaftliche Krankheitsabwehr, die Verbesserung der allgemeinen bzw. Volksgesundheit. Im Verbund mit der Sozial- und Bevölkerungsforschung sind Biologie und Medizin vorhersagend (prädiktiv) und vorbeugend (präventiv) geworden. Sie optimieren einen »Sozialkörper«, sind auf ihre Weise utopisch. Jean Dausset, Mitglied des Unesco-Bioethik-Komitees (IBC), beschwört die Reichweite dieser Utopie: »Wir müssen (...) die heute stattfindende Revolution mit Gelassenheit betrachten. Es ist eine Revolution, die in den Dienst der *Menschheit* zu stellen ist und das von allen erhoffte lange, glückliche Leben ohne Beeinträchtigung durch Krankheit bescheren soll. Ich lade Sie ein, diesen Traum mit mir zu teilen. Den Traum von den Genen der Hoffnung.« Systematisch entwirft die Biomedizin heute ihre eigenen Möglichkeiten im Hinblick auf eine Zukunft, die sie zugleich Zug um Zug selbst realisiert. Und die an US-amerikanischen und europäischen Universitäten entstandene Disziplin der Bioethik hat diesen Visionen erstmals eine ausdrückliche Fassung gegeben.

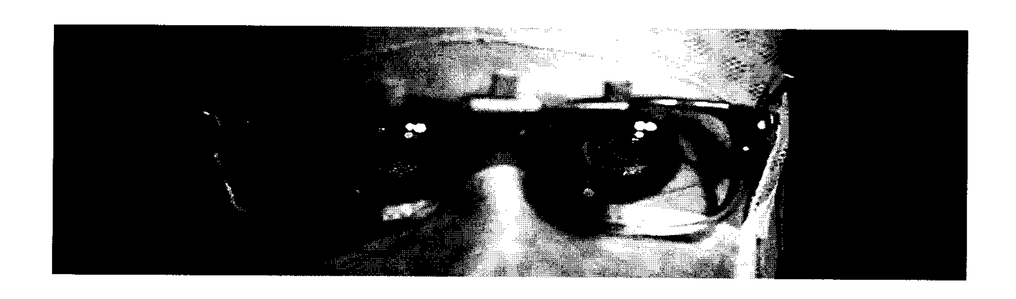
Über Zukunft wird hier in einer spezifischen Weise als *entwerfende* Inanspruchnahme der Zukunft gesprochen, wie sie unserer Meinung nach den Vormarsch der Biowissenschaften begleitet. Zukunft wird ausdrücklich beschworen, wo sie als Stützgröße für die forschungsbefürwortende Bioethik fungiert.

Im folgenden arbeiten wir als erstes Beispiel die Rechtfertigung »ressourcenintensiver« Forschung (gemeint sind menschliche Ressourcen!) mit einer neuentdeckten Verantwortung für »künftige Generationen« heraus. Zweitens spielen Zukunftsgesichtspunkte bei der juristischen und politischen Legitimation medizinischer Maßnahmen eine Rolle: die nach Aufklärung durch die Experten erfolgende »informierte« Zustimmung der Betroffenen oder ihrer Vertreter. Wir meinen, daß dieses Konzept vor allem geeignet ist, die Beteiligten in eine institutionell vorgeformte Normalität hineinzutreiben. Zum Verhängnis wird dies ganz besonders denjenigen, die man als juristisch nicht entscheidungsfähig deklariert. Sie sollen ungefragt einer Behandlung unterworfen werden, die sich in den Kategorien eben dieser vorgeformten Normalität öffentlich zu rechtfertigen vermag. Drittens sehen wir die geplanten internationalen Regelwerke zur Bioethik als Anzeichen für die Prägung einer zukünftigen Normalität. Sie sind alles andere als »Schutzkonventionen«. Im Dienste der biomedizinischen Vision verpflichten sie vielmehr Staatsbürger und Staatsbürgerinnen auf eine vorproduzierte Zukunft: auf eine vorausschauende Bewertungslogik, die vollständig von der Aktualität der einzelnen Lebensgeschichte abstrahiert. Das Zeitalter einer kollektiven Güterabwägung hat begonnen, die ihre Maßgaben weit vorauskalkulierend gewinnt. Die Präambel des europäischen Bioethik-Konventionsentwurfes [2] bekräftigt ausdrücklich, der »Fortschritt in Biologie und Medizin« solle »zum Nutzen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen« sein. Unter dem Schutz solcher Generalklauseln *stellen* Biologie und Medizin gemeinsam jene scheinbare Selbstverständlichkeit, den »Fortschritt«, *erst her*.



Solidarität der Ressourcen

► Wo Biomediziner im Begriff sind, umstrittenes Neuland zu betreten, ist zunehmend von »zukünftigen« Generationen die Rede. Die Vorstellung eines »Generationenvertrages« (eine Denkfigur aus der Versicherungswirtschaft) [3] wird heraufbeschworen, um eine neue Dimension gesellschaftlicher »Solidarität« in die Debatte einzuführen: eine Art vorauslaufender Verpflichtung mit der Absicht, z.B. Experimente an Demenzkranken (organisch Hirngeschädigte) für legitim zu erklären: »Therapeutischer Fortschritt basiert auf Forschung. Sie wiederum setzt die Bereitschaft voraus, an ihr teilzunehmen. Dies ist (...) ein durchaus häufig geübter Ausdruck von Solidarität mit anderen Erkrankten, zumindest denjenigen, die an der gleichen Erkrankung leiden. Zugleich ist diese Bereitschaft jedoch als Ausdruck der Solidarität innerhalb der Gesellschaft insgesamt zu begreifen, welche die personellen und finanzi-

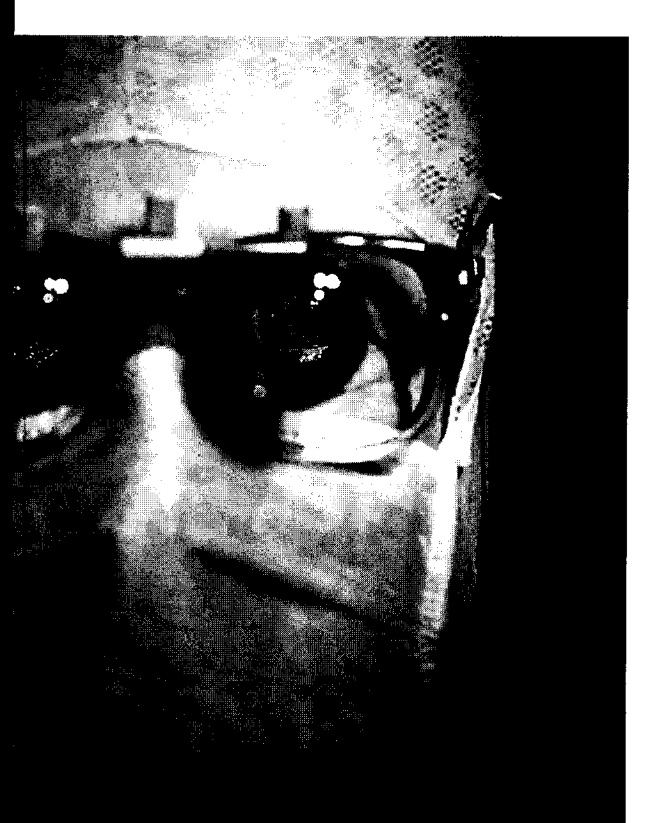


ellen Ressourcen zur Erkennung und Behandlung von Krankheiten und vor allem auch zur langfristigen Betreuung chronisch Erkrankter bereitstellt. Im Rahmen des sog. 'Generationenvertrages' handelt es sich nicht zuletzt um die Solidarität mit den Erkrankten zukünftiger Generationen.«[4] Was eine solche Redeweise voraussetzt, ist der definitionsgemäß segensreiche Charakter des biowissenschaftlichen Forschens und die Erwartung eines entsprechenden 'Ertrags', den wir Heutigen den nach uns Kommenden nicht berechtigt sind vorzuenthalten.

Das Generationenargument basiert auf der Zumutung, sich selbst als »Ressource« zu betrachten, als soziales Kapital oder aber als sozialer Kostenfaktor. Die Fiktion, anderen zu nützen, läuft in erster Linie auf einen meßbaren »Nutzen« für biowissenschaftliche Forschungsvorhaben hinaus. Das Ergebnis könnte auf lange Sicht eine Gesellschaft sein, in der »Solidarität« mit den Jungen und Starken das Opfer der Schwachen meint, der Alten, der Kranken, und derjenigen, die nicht mehr normal-vernünftig und »mündig« selbst entscheiden können. In der Unesco-Arbeitsgruppe »Genetic Screening and Testing« geht man davon aus, daß »genetische Erkrankungen eine Belastung für die Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsdienste« der Staaten darstellen. Positiv hervorgehoben werden genetische Screening-Programme in Zypern und Sardinien. Diese südeuropäischen Inseln stehen unter humangenetischer Kontrolle: Die Blutkrankheit Thalässemie soll dort statistisch gesehen häufig vokommen. Deshalb propagiert man in Schule, Ausbildung und Medien die genetische (Vor)Untersuchung. Im Sinne der »zukünftigen Generationen« hat man in Zypern ein Abkommen mit der orthodoxen Kirche geschlossen. Verheiratet wird nur, wer sich zuvor genetisch »informiert«.

Auch die Redaktionsgruppe der Europäischen Bioethik-Konvention will ganz bewußt die Erforschung bestimmter Personengruppen jenseits eines therapeutischen Zwecks erlauben. Laut Artikel 17 ist unter gewissen Umständen fremdnütziges Forschen zulässig – hier ausdrücklich bei der Gruppe der »nicht entscheidungsfähigen« Menschen. Ein bioethisches Novum: Nicht nur die individuelle Zukunft leibhaftiger Patienten, sondern eben auch jener imaginäre »Nutzen« der gesamten Gesellschaft – und zwar einer imaginären Gesellschaft in der Zukunft – kann die Gewalt eines biomedizinischen Eingriffs rechtfertigen.

Den Bioethikern und Juristen dient dies als Argument, um die »Zustimmung« von jemandem zu erlangen, für den oder die ein Eingriff keinerlei heilsamen Sinn macht. Die Argumentation mit dem Generationenvertrag bietet jedoch nicht nur ein Motiv für eine freiwillige Entscheidung an. Sie dient ebenso dazu, dem Eingriff über den Kopf des Betroffenen hinweg eine Rechtfertigung zu geben. »Ein soziales Verpflichtungsgefühl kann auch bei vielen Demenzkranken vorausgesetzt werden. Hieraus läßt sich ein Grundsatz wechselseitiger sozialer Verpflichtung ableiten (...), der auch nicht einwilligungsfähige Kranke umfaßt.«[5]



Zukunftsdrohung und Entscheidungszumutung

► Die moderne Medizin steht zumindest insoweit vollständig im Zeichen der »Mündigkeit« des Menschen, als daß sie stets über eine definitive Ausgangslage, die Diagnose, »informiert«. In ihr liegt beschlossen, was aus Meßdaten als die »wahrscheinliche« Zukunft des Patienten hochgerechnet, als Bild veranschaulicht und als Prognose zur Sprache gebracht wird. Die Diagnose gibt sich als neutrale Gegenwartsbeschreibung und legt eine Konstellation von Alternativen nahe, denen die Wissenschaft jeweils konkrete Behandlungs- oder Verfahrensangebote zuzuordnen weiß. Die Logik, die greift, ist die der freien Wahl zwischen vernünftigen Alternativen. Alles scheint offen.

In der Zustimmung der Betroffenen liegt für den Forscher oder Arzt der rechtlich entscheidende Schritt. Es ist der Schritt, der sie von Verantwortung entlastet. Die Unterschrift, mit der das Individuum, nun aufgeklärtes Objekt des forschungsmedizinischen Eingriffs, all diese freiwerdende Verantwortung auf sich selbst überträgt, ist dennoch ein höchst merkwürdiger Akt. Jemand signiert eine Verfügung, die die eigene Zukunft jener wissenschaftlichen Vorausschau unterwirft. Jemand glaubt einem Versprechen. Jemand vertraut sich in einem schwindelerregenden Ausmaß institutionell unüberschaubaren Handlungsmaschinerien an. Schon das Lindern und Heilen gehen in unserer Kultur in hohem Maße mit der Auslieferung an hierfür professionell zuständige Menschen einher. Im Zeitalter der Bewirtschaftung des stofflich gewordenen Lebens bemäntelt nun der Mythos des Heilens, daß inzwischen Enteignung stattfindet. Und zwar spätestens dort, wo der individuelle Leib – vorgreifend, vorsorgend, vorbeugend – den Zwecken der reinen »Erkenntnis« oder gar dem Imperativ der Gewinnung von »Ressourcen« unterstellt werden soll. Wir meinen, daß es Bereiche gibt, in denen es keine solche »Rationalität« und kein Abwägen geben kann und muß.

Abgesehen davon ist die Wahl, die wir als Konsumentinnen zwischen diesen biomedizinischen Angeboten zu treffen haben, nur scheinbar offen. Die Rede von der »Entscheidungsfreiheit« der »mündigen Patientin« oder auch von der »persönlich verantwortlichen Wahl« meint keinesfalls die Möglichkeit, sich gegen eine neue, hochtechnisierte medizinische Behandlung zu entscheiden. Dergleichen gilt vielmehr als Indiz für fehlende Entscheidungskompetenz und im harmlosesten Fall als »emotional« oder »irrational«. Das »Versäumnis« einer gentechnologischen Medikation beispielsweise, eines genchirurgischen Eingriffs, einer Gewebe- oder Organtransplantation, wird zum »selbstverschuldeten Tod«, zur »unverantwortlichen

Unterlassung qualitätsverbessernder Maßnahmen«. Wer unbeforscht stirbt, ist selber schuld, *verzichtet auf Lebenszeit und Zukunft.*

Die »Zukunft aller«: Weltweite Optimierung

► In der bioethisch ausbuchstabierten Forschung ist stets Behandlungsgehorsam im Zeichen des Sozialnutzens und der Verantwortung für die »Gesundheit« anderer gefordert. In der Expertendebatte wie auch in der Bioethik-Konvention ist der Schritt längst getan, der wegführt vom Opfer des einen, das konkret einen anderen rettet (das humanistische Modell der »Spende«, das bis vor wenigen Jahren das Feld beherrschte). Nun geht es um das Modell des Opfers für die Allgemeinheit, für eine große Gruppe oder eine Ökonomie, in der für das, was der einzelne zu bieten hat, angeblich ein kollektiver Bedarf besteht.

Wer auf dieser Ebene vorausschauend »Güter« abwägt, kommt zu Maßgaben, die uns den Atem verschlagen. Noch vor wenigen Jahren undenkbar, scheinen sie heute bereits das Gewicht des unvermeidlichen Sachzwangs zu haben – nicht zuletzt dank der geschilderten, massiv in öffentliche Debatten eingebrachten »Zukunftsvorgriffe«. Man entwickelt Kriterienkataloge (»Selektionskriterien«), um medizinische Behandlung nach dem Muster der »Verteilungsgerechtigkeit« zu organisieren. Hohes Alter, schlechte Lebensgewohnheiten (das Schlagwort lautet hier: Lebensstil), aussichtslose medizinische Prognose, Behinderungen und anderes mehr werden als Ausschlußkriterien diskutiert und zum Teil bereits praktisch angewendet. Man ermutigt zum Nachdenken über ein selbstgeplantes und »würdigeres« Lebensende. Man appelliert an die Opfermentalität der einzelnen, man propagiert die Möglichkeit der Leidvermeidung durch Tötung, man verspricht den »sinnvollen Tod«. Und wenn man seit kurzem laut darüber nachdenkt, Organe alter Menschen im Sinne einer Sozialpflichtigkeit jüngeren Menschen zur Verfügung zu stellen [6], dann verlängern sich jene »aktuellen« Verteilungskämpfe und Märkte ins Zukünftige hinein. Eine Gesellschaft verstofflicht und kapitalisiert die individuelle (Lebens)Zeit. Und die »kommenden Generationen«? Wer wäre diese noch gar nicht vorhandene, sondern durch und durch antizipierte und – argumentativ vorwegnehmend – privilegierte Gruppe, der die Wissenschaft von heute künftige soziale Gewinne zudenkt? Geht es denen, die aus der Verführungskraft der gesamtgesellschaftlichen Optimierungsvisionen Profite ziehen, wirklich um eine gesündere, bessere, glücklichere, leidensfreiere Welt?

Man darf vermuten, daß es in globalem Maßstab um die Gegenwart geht. Es sticht ins Auge, wie sehr man sich parallel zur »Globalisierung des Marktes« auch um die weltweite Verbreitung bioethischer Visionen und Rechtfertigungsmuster bemüht. Die Pan-American-Health Organization PAHO hat in Zusammenarbeit mit der chilenischen Regierung ein »Regionales Bioethik-Programm« für ganz Lateinamerika einschließlich der Karibik entwickelt. Der Schwerpunkt liegt bei Bioethik-Ausbildungsprogrammen und bioethischen Datenbanken, die in Zusammenarbeit mit den Zentren in USA, Karibik, Kanada und den Ländern Europas entwickelt werden. Damit nicht genug. Das regionale Programm soll Modell für ein internationales Projekt »auf globaler Ebene« werden, »das die Komplexität und Diversität der Mitgliedsstaaten der Unesco berücksichtigt«. Ein solches globales Programm könne Ausbildung und Forschung prägen, den »Aufbau eines weltumspannenden (elektronischen) Informations- und Kommunikationsnetzes (fördern) und eine internationale Bioethik-Datenbank (aufbauen) (...) Und schließlich könnte für den Mediensektor ein Programm entwickelt werden, das Schulungskurse für Journalisten anbietet und gedrucktes und audiovisuelles Informationsmaterial zur Verbreitung durch die Massenmedien produziert.« [7]

Die Globalisierungsvision setzt auf einen allumfassenden Markt, auf dem die Biomedizin ihre Gewinne eintreibt und dessen Bedingungen sich jeder und jede einzelne unterwerfen muß. Er wird durch die Nachfrage nach dem Rohstoff Leben und Lebensqualität gespeist. Die Medizin von heute hat sich in ihren Werkzeugen und in der Dynamik ihrer Argumente dem Vorgriff auf diesen Markt verschrieben. Und wir werden zu mehr oder weniger einwilligungsbereiten Parteigängern dieser permanenten wissenschaftlichen Revolution. Juristisch und moralisch greift zur Regulierung des von »Möglichkeit« zu »Möglichkeit« voraneilenden Ganges die Logik der »Chance«, die nicht versäumt werden dürfe. Die von der Zukunft reden und an der generationenübergreifenden Bewirtschaftung der Gattungsentwicklung arbeiten, haben jedenfalls in ihren Markt bereits alles investiert: Geld, Hoffnung, fachliche Reputation. Ihrer Rechnung nach können sie nur gewinnen.

Anmerkungen:

1 UNESCO Conf./94/4-Doc.Inf.1, Bioethics and its Implications Worldwide for Human Rights Protection, Madrid 1995 (unsere Übersetzung).

2 Die »Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin«, so der vollständige Titel der Bioethik-Konvention des Europarates, wurde seit ihrer Veröffentlichung im Frühjahr 1994 zunächst außer- und innerparlamentarisch kritisiert. Tausende Unterschriften, Erklärungen und Berichte führten zu Änderungsvorschlägen seitens der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Die Freigabe der Embryonenforschung, die genetische Massendurchsuchung und die nicht-therapeutische Forschung an Geistigbehinderten, Kindern, Altersverwirrten und Drogenabhängigen – im Vertragstext »incapacitated persons« – sowie die Gewebeentnahme zu Transplantationszwecken bei diesem Personenkreis stand im Kreuzfeuer der Kritik. Sprachlich geschönt, aber inhaltlich kaum verändert liegt sie zur Ratifizierung vor. Von den 40 Europaratsmitgliedstaaten haben 22 mittlerweile die Bereitschaft zur Ratifizierung erklärt. Die Bundesrepublik ist noch nicht dabei.

3 Alters- und Sozialversicherungsmodelle bezeichnen traditionellerweise als »Generationenvertrag« dasjenige Prinzip, nach dem die Generation der im aktiven Alter befindlichen Erwerbstätigen für diejenigen sorgt, die noch nicht oder nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu versorgen.

4 Hanfried Helmchen, Hans Lauter (Hg.), Dürfen Ärzte mit Demenzkranken forschen? Stuttgart, New York 1995, S. 70 f.

5 Ebenda, S.71

6 K. Kappel, P. Sandoe, Saving the Young before the Old – A Reply to John Harris, in: Bioethics 8 (1/1994), S. 91: »Nach unserer Auffassung scheint es ganz natürlich zu sagen, daß die Organe lebendiger Personen lebenswichtige Gesundheitsressourcen sind, die wie alle anderen lebenswichtigen Ressourcen gerecht verteilt werden müssen. Wir könnten uns daher gezwungen sehen, darauf zu bestehen, daß alte Menschen getötet werden, damit ihre Organe an jüngere, kritisch kranke Personen umverteilt werden können, die ohne diese Organe bald sterben müßten. Schließlich benutzen die alten Menschen lebenswichtige Ressourcen auf Kosten von bedürftigen jüngeren Menschen.« (unsere Übersetzung).

7 Hernán Fuenzalida, Patricio Figueroa, Das regionale Bioethik-Programm der PAHO, bisher unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.

► **Erika Feyerabend** und **Petra Gehring** arbeiten mit bei »Bioskop: Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien«.











Ringkampf mit Engeln
Cultural Studies – Ein einführender Überblick

von **Dominik Bloedner**

Man kann *cultural studies* als eine intellektuelle und politische Tradition verstehen, man kann das Projekt in Beziehung setzen zu den etablierten akademischen Disziplinen, man kann die verschiedenen konkurrierenden theoretischen Paradigmen im Zeitverlauf untersuchen und schließlich kann man sich auf konkrete Analysen und charakteristische Forschungsgebiete konzentrieren. Nur eines kann man nicht: Eine lineare Geschichte dieses Projektes schreiben, ohne seinem dynamischen und heterogenen Charakter unrecht zu tun.

▶ Was haben Punkrock und Karl Marx gemeinsam oder, anders gefragt, was ist eigentlich *cultural studies*? Die Beantwortung dieser Frage ist alles andere als einfach. *Cultural studies* war nie etwas Einheitliches oder klar zu definieren. Stuart Hall, einer der wichtigsten Vertreter dieser Tradition, wurde 1990 gefragt, wie er denn eigentlich *cultural studies* definieren würde. Er sagte, *»er wisse es nicht. Cultural studies sei ein Ringkampf mit Engeln.«* (vgl. SPEX. Das Magazin für Popkultur, Köln Juli 1995, S.52f.) Diese Antwort sagt mehr aus als jede klar umrissene Definition, denn sie verweist auf den offenen, prozessualen, nicht ausschließlich auf den universitären Bereich zu reduzierenden Charakter dieses Projektes. Bewußt auf eine unbequeme Position im Gleitfeld der etablierten akademischen Disziplinen achtend und einer politischen emanzipatorischen Perspektive verpflichtet, waren die in das Projekt involvierten Personen stets bestrebt, eine theoretische Offenheit und Flexibilität zu wahren, um die Gefahr einer mit Stillstand gleichbedeutenden intellektuellen Orthodoxie zu vermeiden.

Das Projekt ist dennoch nicht etwas beliebiges. In allen zirkulierenden Definitionen schimmert als gemeinsamer Nenner das Bewußtsein durch, daß Machtbeziehungen vielfältigster Art die Gesellschaft und ihre Kultur strukturieren und bestimmen, woraus die Verpflichtung abgeleitet wird, den unterdrückten Personen und Personengruppen eine Stimme zu geben und sie in ihren Kämpfen zu unterstützen.

Kultur und Kulturalismus

▶ Einen besonderen Stellenwert innerhalb dieser Kämpfe nimmt die Kultur ein. »Gesellschaft«, und »Kultur« sind in diesem Verständnis nie voneinander zu trennen, beide sind konstitutiv für den menschlichen Erfahrungshorizont innerhalb eines *»whole way of life«* (Williams). Kulturelle Erfahrung läßt sich weder auf ästhetischen Genuß noch auf die bloße Widerspiegelung der durch die Ökonomie bestimmten gesellschaftlichen Antagonismen reduzieren; vielmehr ist sie ein integraler Bestandteil des Alltagslebens. Vor diesem Hintergrund nahmen die »Gründungsväter« von *cultural studies* – Raymond Williams, Richard Hoggart und E.P. Thompson – in den fünfziger Jahren eine Umdefinierung des Begriffs der Kultur vor und entwickelten sukzessive die Theorie des »Kulturalismus«.

In der marxistischen Tradition wurde Kultur lediglich als ein zu vernachlässigendes Anhängsel des durch die ökonomische Basis determinierten Überbaus angesehen. Demgegenüber war in der idealistischen Traditionslinie elitärer britischer Kulturkritik ein reaktionäres und statisches Verständnis von Kultur vorherrschend. Von diesen beiden Traditionslinien ließ sich nur wenig übernehmen. Man wollte statt dessen eine Kulturtheorie entwickeln, die die aktiven, gelebten sozialen Beziehungen innerhalb eines umfassenden Lebenszusammenhangs mit einschloß und Kultur eine formative Rolle im Geschichtsverlauf zuerkannte, ohne dabei jedoch den Klassencharakter kapitalistischer Gesellschaften aus den Augen zu verlieren. Dem Marxschen Diktum folgend, wonach

Foto: I. C. Hendel



Jenseits der Produktion

Menschen ihre Geschichte machen unter den Bedingungen, die sie vorfinden, wurde (Populär-) Kultur als ein Ort radikaler politischer Intervention gedacht.

Die Hauptinteressensgebiete von *cultural studies* waren kulturelle Formen und Praktiken in entwickelten kapitalistischen Staaten – Kino, Werbung, Erziehung, Mode, Musik, populärer Journalismus, Fernsehen, Alltagspraktiken wie Einkaufen und Sport, etc. –, welche von Befürwortern eines elitären Kulturverständnisses nicht als Träger von ernstzunehmender Bedeutung angesehen und von orthodoxen Marxisten als für den Klassenkampf nicht relevant abgetan wurden. *Cultural studies* betonte hingegen, daß eine Partizipation in der Massenkultur aktiv, wohlüberlegt, selektiv und sogar subversiv sein könnte. In Anlehnung an Gramscis Konzept der »kulturellen Hegemonie« wurden Kultur und die durch sie hervorgebrachten Bedeutungen als ein umkämpftes politisches Terrain verstanden. Die Kämpfe auf dieser Ebene wurden als eine Vorausbedingung – als eine Ergänzung und nicht wie gegenwärtig oft als ein Ersatz – für den Klassenkampf gedacht. Kultur und insbesondere Populärkultur als bedeutungshervorbringende Formen und Praktiken wurden so zu einem Ort politischer Auseinandersetzungen, zu einem Ort, an dem man für eine progressive Transformation der Gesellschaft kämpfen konnte.

Der Streit um die Frage, ob Populärkultur im Kampf für ein besseres Leben eine Rolle spielen kann, und wenn ja welche, ist zugleich ein nicht befriedigend zu lösender Streit um die dahinterliegenden Menschenbilder. Handeln Menschen in bezug auf kulturelle Texte nun bewußt und autonom und machen damit Geschichte? Davon ging der an einem Klassenbegriff orientierte »Kulturalismus« in der Anfangszeit von *cultural studies* aus. Oder aber sind die Menschen lediglich die *Sub-jekte* der sie umgebenden Texte, welche menschliches Handeln vorab strukturieren, wie es der strukturalistische Marxismus der siebziger Jahre predigte? Zwar wurde die Marxsche Dialektik zwischen individueller Handlungsfähigkeit und gesellschaftlicher Fremdbestimmung in den teilweise polemisch geführten Debatten oft genug übersehen, dennoch stellte dieses zentrale Spannungselement als ein immerwährender Begleiter von *cultural studies* die Grundlage für viele bedeutsame Studien zu Populärkultur dar.

British New Left und Cultural Studies

► Betrachtet man nun *cultural studies* als Ergebnis einer intellektuellen und politischen Tradition, so stößt man unweigerlich auf das Aufkommen der sogenannten *British New Left* in der »Wohlfahrtsgesellschaft« der fünfziger Jahre. Das Jahr 1956 markierte einen Bruch innerhalb der europäischen Linken. Die damaligen Ereignisse – die Niederschlagung des ungarischen Arbeiteraufstandes sowie Enthüllungen über die stalinistische Herrschaft in der UdSSR – führten dazu, daß viele bis dahin angenommene Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt wurden, so auch die allgemeine Gleichsetzung von Marxismus mit den ideologischen Positionen der von der UdSSR geführten kommunistischen Parteien. Die British New Left distanzierte sich von den damals vorherrschenden orthodoxen und stalinistischen Varianten des Marxismus. Sie erweiterte die theoretische Perspektive von der nahezu ausschließlichen Beschäftigung mit der ökonomischen Produktion um Fragen kultureller Konsumtion und formulierte die Zentralität von Kultur als politischen Auftrag.

Die britische Neue Linke verstand sich als eine Antwort auf die konkreten sozialen Transformationen und Brüche der Nachkriegszeit. Diese Ära war gekennzeichnet durch eine scheinbare Befriedung des Klassengegensatzes innerhalb der fordistischen Wohlfahrtsgesellschaft und durch eine radikale Transformation der gelebten Kultur der Arbeiterklasse. Durch die auf Massenkaufkraft basierenden neuen Formen der Konsumkultur erreichte die Massenkultur der Nachkriegszeit alle Klassen. Die *New Left* sah den Bereich der (kulturellen) Konsumtion neben dem der Produktion als eine gleichberechtigte, wichtige Sozialbeziehung an. Kulturelle Fragen wurden als bedeutsam für soziale Transformationsprozesse erachtet, und es war unabdingbar, daß die Definition des politischen Bereichs über Arbeitskämpfe und Fragen von parlamentarischer Macht und Kontrolle hinausgehen mußte. Die britische

Neue Linke und *cultural studies* als das ihr angeschlossene Projekt traten Ende der fünfziger Jahre an, die theoretische Lücke im Hinblick auf neue Formen politischer Praxis zu schließen.

Institutionalisierung und Theorienvielfalt

► Im akademischen Rahmen wurde *cultural studies* 1964 als Anhängsel des Lehrstuhls für englische Literatur an der Universität in Birmingham als das *Centre for Contemporary Cultural studies* (CCCS) erstmals institutionalisiert. Obwohl das Projekt seit diesem Zeitpunkt einen Boom in der englischsprachigen Welt und darüber hinaus erlebte, ist es keine akademische Disziplin im herkömmlichen Verständnis. Man war sich stets der Gefahren bewußt, die eine Kodifizierung des Wissens und der methodischen Herangehensweise mit sich bringen: die Gefahr der intellektuellen Orthodoxie und Unflexibilität sowie die des Wirkungsverlustes intellektueller Tätigkeit außerhalb des universitären Elfenbeinturms. Zwar bediente man sich des Wissens und der Methodik der etablierten Disziplinen, doch war *cultural studies* mehr als eine rein interdisziplinäre Angelegenheit; demzufolge wird das Projekt oft als »anti-disziplinär« bezeichnet.

Der Anspruch einer methodologischen Offenheit und Flexibilität schlägt sich auch in den theoretischen Bezugnahmen des Projektes nieder. Obwohl man bestimmte theoretische Konjunkturen ausmachen kann, hatte zu keiner Zeit ein bestimmter Ansatz eine absolut dominante Position inne. Stand am Anfang der »Kulturalismus« im Mittelpunkt, wandte man sich in den frühen siebziger Jahren dem von Althusser beeinflußten strukturalistischen Marxismus zu. Die Akzentuierung verschob sich vom Handlungsfähigkeit ermöglichenden Pol der gesellschaftlichen »Erfahrung« zur das Verhalten determinierenden, herrschenden »Ideologie«. In diesem funktionalistischen Verständnis übten kulturelle Texte und gesellschaftliche Institutionen eine alles umfassende und strukturierende Macht aus, ließen keinen Raum für intentionales, widerständiges Handeln und trugen somit unweigerlich zu einer Reproduktion der herrschenden Verhältnisse bei. Menschen waren demnach *»ideologische Wesen«*, *»angerufen«* und eindeutig positioniert durch die Kultur der herrschenden Klasse. Konkret bedeutete dies für *cultural studies*, daß zu dieser Zeit kulturelle Artefakte – von Büchern über Fernsehsendungen bis hin zu Sportveranstaltungen – lediglich bezüglich ihrer Funktion der Stabilisierung des Systems und der Verbreitung der herrschenden Ideologie analysiert und kritisiert wurden. Dies führte zu heftigen Kontroversen und in eine epistemologische wie praktische Sackgasse, wurde doch so die Möglichkeit einer Transzendierung der bestehenden Verhältnisse von vornherein ausgeschlossen.

Gramscis Konzept der »kulturellen Hegemonie«, das ab Mitte der siebziger Jahre und damit nach (!) Althussers Schriften auf die Tagesordnung kam, sollte einerseits diesen unversöhnlichen Konflikt zwischen dem kulturalistischen und strukturalistischen Lager lösen, andererseits die Weichen für gegenwärtige Kontroversen stellen. In Gramscis Analyse wurden Herrschaft und Kontrolle in den westlichen Gesellschaften zum einen durch den legalen Zwangsapparat des Staates, zum anderen aber hauptsächlich durch die von den Institutionen der »Zivilgesellschaft« erzeugte spontane Zustimmung der objektiv Unterdrückten sichergestellt. Die Ausübung bürgerlicher Herrschaft funktionierte nur dadurch, daß den unterdrückten Klassen, in dem Bestreben sie dauerhaft an diese Herrschaft zu binden, fortwährend Konzessionen zugestanden wurden. Macht war also im Gegensatz zu Althussers Verständnis nicht mehr nur eine Frage des Zwangs oder der einseitigen kulturellen Repräsentation, sondern eine der kulturellen Aushandlung. Diese, von Gramsci als »kulturelle Hegemonie« umschriebene Form von Herrschaft, stand für keinen unveränderbaren Zustand, sondern für einen offenen, gelebten und damit beeinflußbaren Prozeß: »Hegemonie« und damit reale Herrschaft waren verschiebbar in die eine oder andere Richtung durch vielfältige Interventionen im Bereich der kulturellen Repräsentation.

Ab Mitte der achtziger Jahre öffnete sich *cultural studies* Fragmenten postmoderner Theorie. Ein zentrales Anliegen der Postmoderne ist es, angesichts einer postulierten Legitimationskrise alle totalisierenden und universalistischen Ansprüche der in der Tradition der Aufklärung und ihrer Rationalität stehenden Theorien und Praktiken zurückzuweisen. Das richtet sich gegen alle Diskurse, welche eine essentielle Natur des Menschen definieren, ein Wahrheitsmonopol für sich in Anspruch nehmen, der menschlichen Geschichte ein Schicksal vorschreiben oder kollektive Ziele erreichen wollen. Diese Ansprüche – insbesondere der Marxismus – seien totalitär, da sie automatisch alles Differente ausschließen und unterdrücken würden. Politisch relevant und ethisch vertretbar blieben allein die von Foucault und Lyotard favorisierten Mikropolitiken, also in eine globale Perspektive eingebundene lokale Kämpfe um konkrete Themen. Einem ethischen Impetus folgend steht die Postmoderne für Toleranz und für eine Wertschätzung gegenüber den von welchem hegemonialen Diskurs auch immer unterdrückten Stimmen. Da es nicht möglich sei, versteckte Wahrheiten unterhalb der Oberfläche von Erscheinungen zu entdecken, müßten wir uns damit abfinden, weiterhin in einer Welt zu leben, in der *image, design, style* und damit die »Gesellschaft des Spektakels« über die Realität triumphiert hätten.

Für *cultural studies* bedeutete die Übernahme bestimmter postmoderner Theoriebausteine eine fundamentale Verschiebung der Perspektive: Angesichts eines von Foucault inspirierten Verständnisses von allumfassender Macht, die nun überall und nirgends zugleich vermutet wurde, ging es nun nicht mehr in erster Linie um die Befreiung von unterdrückten oder entfremdeten Kollektiven – also um die Realisierung totalisierender Utopien -, sondern darum, persönlich erfahrbare Unterdrückung zu thematisieren und dementsprechende Widerstandsstrategien zu entwickeln. Die Bezugnahme auf »essentielle« Kategorien wie *class, race* und *gender* trat zugunsten der Sorge um das Wohlbefinden und die Autonomie des Individuums in den Hintergrund, und die Kämpfe gegen das System wurden nicht mehr gemeinsam ausgefochten, sondern wichen vereinzelten unsichtbaren, verspielt-hedonistischen Kämpfen im Bereich der kulturellen Repräsentation und Konsumtion.

Vom Kulturalismus zum Konsumerismus

► Diese Vielfalt der Kämpfe in der theoretischen Bezugnahme spiegelt sich seit den Anfängen in den Forschungsschwerpunkten des CCCS und anderer Institutionen wider. Stand am Anfang die gelebte Alltagskultur der britischen, weißen, männlichen Arbeiterklasse im Mittelpunkt der Überlegungen, sollten in der sich ab Ende der sechziger Jahre stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft andere unterdrückte und potentiell revolutionäre Gruppen auf die Agenda von *cultural studies* kommen. Durch die Betonung von individueller, identitätsstiftender »Differenz« und Abgrenzung zur dominanten Kultur der Mittelklasse und ihrem Fortschrittsdenken sowie durch einen weiter gefaßten Entfremdungsbegriff, als dies im orthodoxen Marxismus der Fall war, verschwand in der linken Diskussion die Arbeiterklasse endgültig als alleiniger Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft. Auf der Suche nach neuen unterdrückten Subjekten und/oder Hoffnungsträgern stieß man auf die Frauen, rassifizierte »Minderheiten«, Jugendsubkulturen und, ausgehend von ab den achtziger Jahren fragmentierteren Subjektkonzeptionen, auf den/die subversive KonsumentIn der postmodernen Zeichenwelt.

Durch die Kritik am Phallozentrismus und Eurozentrismus der Gesellschaft und auch des Projektes selber, sollte Ende der siebziger Jahre die bis dahin alleinig auf der Kategorie »Klasse« beruhende Kulturanalyse von *cultural studies* durcheinandergebracht werden. Dem Feminismus und dem Antirassismus ging es darum, der durch die diskursiven Praktiken der männlichen, heterosexuellen und weißen Dominanzkultur erzeugten eigenen Machtlosigkeit etwas entgegenzusetzen. Die eigene Unterdrückung und Benachteiligung war konkret erfahrbar, spielte sich aber auch zum großen Teil außerhalb des Bereichs formaler Politik und materieller

Verteilungskämpfe ab, nämlich im Bereich der kulturellen Repräsentation. Hier fand das Projekt nach anfänglichen Schwierigkeiten vielfältige Ansatzpunkte, und die Erweiterung der Perspektive sollte sich in zahlreichen Publikationen niederschlagen.

Ab Mitte der siebziger Jahre setzte sich *cultural studies* verstärkt mit den neu aufkommenden Jugendsubkulturbewegungen und den Möglichkeiten einer Subversion durch style bzw. den durch die kapitalistischen Vereinnahmungstendenzen begrenzten Wirksamkeiten einer solchen Strategie auseinander. Gerade Gramscis Beharren darauf, daß symbolische Kämpfe die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für weitergehende gesellschaftliche Auseinandersetzungen sind, machte diese Bewegungen für einen Kampf um die »kulturelle Hegemonie« interessant. Ihre Rebellion richtete sich zum einen gegen das Elternhaus und dessen Normen, zum anderen – bewußt oder unbewußt – gegen die die Jugendlichen benachteiligende Klassengesellschaft. Die subkulturellen Codes – Kleidung, populäre Musik, Sprache, bestimmte Gesten und Rituale, Drogen, etc. – dienten der Artikulation von symbolischem Widerstand, da sie auf der Ebene der kulturellen Repräsentation den bürgerlichen ästhetischen Konsens kritisierten und oftmals der Lächerlichkeit preisgaben.

Gegenwärtig geht es, nachdem der Marxismus und die Möglichkeit einer radikalen Gesellschaftstransformation mit den Ereignissen von 1989 von vielen, wenn auch nicht allen beteiligten Intellektuellen zu den Akten gelegt wurde, um Fragen individueller, hedonistischer Subversion auf der Ebene der Mikropolitik. Referenzpunkt ist nun nicht mehr das Subjekt im Dreieck von *class*, *race* und *gender*, sondern das »nomadische Subjekt«, welches sich widerständig und ohne festen Ort in der postmodernen Welt des Konsums bewegt. Die (mögliche) Überwindung der kapitalistischen Warengesellschaft ist in den Hintergrund getreten; vielmehr gilt es nun, sich den herrschenden und als stabil erachteten Bedingungen anzupassen und sich des Materials zu bedienen, das vom System zur Verfügung gestellt wird, es aus dem Zusammenhang zu reißen und damit neue Bedeutungen zu konstruieren. Die Strategie des »Konsumerismus« als ein Beispiel steht für den gegenwärtigen, wenn auch nicht hegemonialen Trend von *cultural studies*. Dabei könne man sich die eigene, multiple »Identität« aus dem Vorgefundenen zusammenbasteln oder auch zusammenkaufen und in den Dienst der Subversion gegen eine unspezifizierte Macht stellen. Ähnlich wie bei den Jugendsubkulturanalysen geht es um die Artikulation von symbolischem Widerstand, aber im Unterschied zu jenen steht nun ausschließlich der individuelle »Genuß« im Vordergrund, und man ist allzu leicht bereit – angesichts der (macht-) theoretischen Unsicherheit, an welche konkrete Adresse sich dieser Widerstand überhaupt richten solle –, in wirklich *jede* banale, popkulturelle Alltagspraktik Subversion hinein zu interpretieren. So sieht De Certeau beispielsweise in der Tatsache, daß man an seinem Arbeitsplatz auch eigenen Beschäftigungen nachgehen kann, für die man nicht bezahlt wird, einen subversiven Akt verborgen. Fiske hebt die symbolische Aneignung von Räumen als widerständige Handlung hervor. Man könne zum Beispiel der gesellschaftlichen Fremdbestimmung innerhalb eines Mietverhältnisses entgehen, da man die Freiheiten hätte, sich die gemietete Wohnung nach dem eigenen – natürlich subversiven – Geschmack einzurichten.

Die Freiheit, zu konsumieren wird mittlerweile mit Freiheit selbst gleichgesetzt

Gramscis Konzept wird somit nicht zu Ende gedacht, denn die symbolischen Kämpfe haben angesichts ihrer Selbstbezüglichkeit keinen Anspruch mehr auf eine Welt jenseits des kapitalistischen Konsums oder in den Worten Susan Sontags: »Die Freiheit, zu konsumieren wird mittlerweile mit Freiheit selbst gleichgesetzt.«Außerdem werden andere soziale und politische Dimensionen des Alltagslebens ausgeklammert und die Fragen, ob alle Menschen das (finanzielle und kulturelle) Kapital für diese *»meaningful creativity«* hätten, nicht mehr gestellt. Die gegenwärtige Debatte dreht sich also um die Frage, ob *cultural studies* noch *cultural studies* sei – ob der ehemals widerständige Anspruch zu einem bloßen rhetorischen Lippenbekenntnis verkommen sei – denn man war ja vor mehr als dreißig Jahren angetreten, die kapitalisitsche Gesellschaft zu überwinden und nicht, wie es dem Projekt nun vorgeworfen wird, sich in ihr affirmativ einzurichten.

Die Unsicherheit ob der Frage, was denn eigentlich *cultural studies* sei, ist geblieben. Es gibt kein Definitionsmonopol und keinen Anspruch auf die Erhaltung eines Erbes oder eines einmal erreichten Wissensstandes. Alles, was sich mit Machtbeziehungen welcher Art auch immer im Gleitfeld zwischen Politik und Kultur beschäftigt, und all jene Debatten, die innerhalb des anglophonen akademischen Diskurses, im Feuilleton oder im linken, popkulturellen Diskurs à la *Die Beute* oder *SPEX* geführt werden, können berechtigterweise das Label *cultural studies* für sich in Anspruch nehmen. Die Geschichte des Projektes bietet Einblicke in linke Diskursverschiebungen der letzten dreißig Jahre und damit in gegenwärtige Problemstellungen. Die momentan zunehmend unübersichtlichere Frage ist die nach einer fruchtbaren, widerständigen Synthese aus Politik und Kultur oder, anders ausgedrückt, nach dem Stellenwert der Kultur innerhalb linker Politik. Kultur und subversive Praktiken auf der Ebene der kulturellen Repräsentation sind nämlich stets zugleich mehr und weniger als Politik, nie jedoch dasselbe. Beide Bereiche umfassen die Gesamtheit der sozialen Beziehungen, aber sie tun dies in einer unterschiedlichen Weise. Politik unterscheidet sich von anderen sozialen Praktiken dahingehend, daß sie diese sozialen Beziehungen mehr oder weniger wirksam bestimmen kann, sogar wenn sie sich im Bereich des Symbolischen bewegt; das ist ihre primäre Funktion, und dafür stehen ihr zahlreiche (Zwangs-) Mittel und Apparate zur Verfügung. Die primäre Funktion von Kultur hingegen ist die des Hervorbringens von Bedeutung, und dabei muß sie auf andere Ressourcen zurückgreifen. Obwohl Kultur – verstanden als ein die Totalität sozialer Beziehungen umfassender *whole way of life* – ein umkämpftes Gebiet sowie der Raum für politische Auseinandersetzungen ist, kann sie weder ausschließlich auf diesen Aspekt reduziert werden, noch den politischen Bereich ganz und gar umfassen. Gegenwärtig ist jedoch eine zunehmende Kulturalisierung von sozialen Konflikten zu verzeichnen, und *cultural studies* befindet sich in der Gefahr, auf diesen Zug aufzuspringen.

Ausgewählte Literatur

BRANTLINGER, Patrick: Crusoe´s Footprints. Cultural Studies in Britain and America; Routledge, London und New York, 1990

CHUN, Lin: Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945; Rotbuch Verlag, Hamburg, 1996

DURING, Simon (Hg.): The Cultural Studies Reader: Routledge, London und New York, 1993

FISKE, John: Understanding Popular Culture; Routledge, London und New York, 1989

GROSSBERG, Lawrence / NELSON, Gary / TREICHLER, Paula (Hg.): Cultural Studies; Routledge, London und New York, 1992

HARRIS, David: From Class Struggle to the Politics of Pleasure. The Effects of Gramscianism on Cultural Studies; Routledge, London und New York, 1992

HEBDIGE, Dick: Subculture. The Meaning of Style (1979); Routledge, London und New York, 1987

HOLERT, Tom / TERKESSIDIS, Mark (Hg.): Mainstream der Minderheiten. Pop in der Kontrollgesellschaft; Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam, 1996

KELLNER, Douglas: Media Culture. Cultural Studies, Identity and Politics between the Modern and the Postmodern; Routledge, London und New York, 1995

McROBBIE Angela: Postmodernism and Popular Culture; Routledge, London und New York, 1994

STOREY, John: What is Cultural Studies? A Reader; Arnold, London, 1996

TURNER, Graeme: British Cultural Studies. An Introduction; Routledge, London und New York, 19962

WILLIAMS, Raymond: Marxism and Literature; Oxford University Press, Oxford, 1977

WILLIAMS, Raymond: The Sociology of Culture (1981); University of Chicago Press, Chicago, 1995

▶ **Dominik Bloedner** ist Soziologe und lebt in Freiburg.



Foto: J. Holst

Den Che trägt man im Herzen

Über die Funktionen des Mythos Che Guevara in Bolivien und Kuba

von **Astrid Geese**

Am 9. Oktober 1967 endete die Mission Che Guevaras in La Higuera. Zu wenige konnten für das revolutionäre Anliegen gewonnen werden, waren zur Schaffung von »zwei, drei, vielen Vietnams« bereit. Heute, 30 Jahre später, wird Guevara in Bolivien und Cuba geehrt und gefeiert – mit staatlicher Unterstützung und mit teils zweifelhaften politischen und wirtschaftlichen Absichten.

► Che Guevara steht für Revolution, das Neue und Andere, Abenteuer und Mut. Seitdem solche Begriffe keine politische Gefahr mehr signalisieren, werden sie mitsamt ihres personifizierten Traumes für wirtschaftliche Interessen ausbeutbar. Che Guevara schnurrt zum Werbeträger für Produkte wie Che-Uhren der Schweizer Firma Swatch, »revolutionär«-neue Fischer-Ski aus Österreich oder Mietwagen zu »revolutionär«-günstigen Konditionen von Sixt Budget zusammen. Im Rahmen filmischer Mythen-Produktionen hat Mick Jagger ein Projekt angekündigt, Biografien, u.a. von John Lee Anderson, Paco Ignacio Taibo II und Jorge Castaneda überschwemmen den Büchermarkt, und die Gruppe *Rage against the Machine* aus den USA ist nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil sie in das populäre Foto des unsterblichen Helden eingehüllt ist.

Sicher geht es nicht bei allen Projekten nur um Kommerz, doch drängt sich der Verdacht auf, daß das, was im Norden zum Thema Che anläßlich seines 30. Todestages geschieht, in hohem Maß Geschäftsinteressen unterliegt. Im Süden hingegen wird Che Guevara hauptsächlich für politische Zwecke instrumentalisiert. Dies läßt sich vor allem in Bolivien beobachten. Nach Peru ist es das zweitärmste Land des Kontinents. In diesem Jahr wurde mit 22 % der Stimmen der Diktator der Jahre 1970-77, Hugo Banzer Suarez, zum Präsidenten gewählt. Durch eine Vierparteienkoalition verfügt er über die absolute Mehrheit im Parlament.

Staatlich geförderter Revolutionstourismus

► In Bolivien wurde Che Guevara 1967 erschossen, und hier sollen 1997 unter der Landepiste des kleinen Flughafens in Vallegrande seine Gebeine gefunden worden sein. Fernsehen und Tageszeitungen von rechts bis liberal-konservativ, wie *Razón* und *Presencia*, begleiteten die Ausgrabungen und die Überführung mit täglichen Hintergrundreportagen und Leitartikeln. Sonderausgaben von Zeitschriften, so z.B. die eher kommerzielle *Enfoques*, kamen mit reichhaltigem Bildmaterial an die Kioske. Die Regierung fördert Reiseveranstalter, die »Che-Touren« anbieten wie »Auf den Spuren der Guerrilla« oder auf dem »Weg des Che«.

Auf den ersten Blick mag dieses Engagement überraschen. Angesichts von Armut und Elend ist jedoch jede Art von Ablenkung und alles, was das Nationalgefühl fördern könnte, willkommen. Und selbst ein vom Staat ermordeter Revolutionär aus Argentinien respektive Cuba kann noch einen unfreiwilligen Beitrag zur partei- und klassenübergreifenden Einheit leisten, wenn seine Gebeine 30 Jahre später in Bolivien gefunden werden. Das setzt allerdings eine selektive Vermittlung dessen voraus, wofür Che Guevara stand: Hervorgehoben werden sein Mut, seine Aufrichtigkeit, verschwiegen wird, daß er sich für einen »neuen Menschen«, befreite Völker, eine gerechte Gesellschaft und Sozialismus einsetzte.

Das von offizieller Seite mitgeschürte Che-Fieber entspricht der Stimmung der Bevölkerung. Iram Rosada aus dem Dörfchen La Higuera erinnert sich daran, wie »el Che« noch lebend von den Soldaten gebracht und später tot mit dem Helikopter abtransportiert wurde. Heute erzählt sie, daß viele in der Gegend Wunder von ihm erwarten und ihn wie einen Heiligen anbeten. Und was haben die Leute damals gedacht? »Nichts.«, antwortet sie, »Wir haben nichts gedacht. Wir hatten Angst vor der Guerrilla. Aber jetzt finden wir es gut, daß es hier passierte. Sonst hätten wir weder Geld noch ein Gesundheitszentrum bekommen, und La Higuera wäre immer arm geblieben.« (Die Gesundheitsstation wird von drei NGOs aus Deutschland, Argentinien und Cuba finanziert.)

Iram Rosadas Aussage wird von Erich Blössl aus Vallegrande bestätigt. Der ehemalige Entwicklungshelfer lebt dort seit mehr als 20 Jahren und ist Inhaber eines Restaurants. »Vor dreißig Jahren war niemand auf Che Guevaras Seite. Zwar bezahlten die Guerrilleros den Bauern alles, was sie nahmen, aber schließlich haben sie 50 Bolivianer getötet. Das, was wir heute hier als Kult beobachten können, ist oft Heuchelei. Damals waren alle erleichtert, als er tot war.« Kein Wunder also, daß man in der Gegend Che-Graffitis und Banzer-Plakate an ein und derselben Hauswand sieht.

Gegen das Vergessen

► Das macht den Mitgliedern der lokalen Koordination der Fundación Ernesto Che Guevara in Vallegrande das Argumentieren genauso schwer, wie den Studenten der staatlich finanzierten Universidad *Autónoma San Martín* in La Paz. Sie haben sich mit anderen Gruppen in der *Comisión 30 Aniversario* zusammengeschlossen, um der offiziellen Geschichte und dem Vergessen im 30. Todesjahr die »wahren« Inhalte entgegenzusetzen. Mit Lautsprecherwagen, Flugblättern und Videowänden versuchen sie zu vermitteln, was Che Guevara wirklich wollte, und welche Bedeutung er heute noch hat. Kunststudenten produzierten mehrere Büsten des Comandante für den Garten der Universität in La Paz, für Vallegrande und für Cuba. Sie glauben an seine Ideale, weil er weder eine Avantgarde noch eine Partei oder Organisation als treibende Kraft für die Veränderung der Gesellschaft ansah, sondern dies als einen aus der Gesellschaft heraus initiierten und von ihr insgesamt getragenen Prozeß begriff.

Die Notwendigkeit eines Wandels und die Wichtigkeit des gesellschaftlichen Projekts sehen auch María und Amalia, zwei Argentinierinnen, die das Waschhaus des Krankenhauses in Vallegrande besichtigen, den Ort, an dem der tote Che Guevara vor 30 Jahren aufgebahrt lag. »Es gibt eine ganze Generation von Argentiniern, denen die Diktatur das Vergessen verordnet hat. Sie wissen nichts über Che und das, was er vertrat. Es ist heute wichtiger denn je, dieses Wissen nachzutragen und weiterzugeben.« Sie fotografieren sich gegenseitig in der *lavandería* und sammeln Steine vom Boden auf, um sie mit nach Argentinien zu nehmen, obwohl, wie Amalia erzählt, ein kubanischer Zollbeamter ihr einmal, als sie verbotenerweise einen Geldschein mit dem Bild des Helden aus Cuba mitnehmen wollte, gesagt hat, den Che trage man im Herzen.

So ähnlich sieht das auch die Gewerkschaftsbewegung in Bolivien. Felipe Calisaya, Generalsekretär des Dachverbandes der Fabrikarbeitergewerkschaften in La Paz, dessen Gebäude im Stadtzentrum in der Zeit der Suche nach den Gebeinen der Märtyrer in Vallegrande von einem riesigen Che-Transparent geziert wurde, erläutert den Zusammenhang zwischen den Forderungen der Arbeiter an die neue (alte) Regierung und dem Kampf Che Guevaras 1967. »Wir identifizieren uns nicht mit seiner Form des Kampfes, aber er ist für uns einer, der die Interessen des Proletariats und der verarmten Bevölkerung des Landes vertreten, der konsequent und kompromißlos dafür gekämpft hat.« Wenn es heute darum geht, sich für bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung für die werktätige Bevölkerung einzusetzen, dann auch im Geist dieses Kämpfers für eine gerechtere Gesellschaft.

Loyola Guzmán, Mitkämpferin Che Guevaras als Vertreterin der damaligen Jugendorganisation der KP Boliviens und heute Präsidentin der ASOFAMD, des ersten in Lateinamerika gegründeten Verbandes von Angehörigen von Verschwundenen und Gefangenen der Diktaturen, vertritt eine ähnliche Position. Es ist ihr ein Anliegen, nicht nur die Erinnerung an Che Guevara und das, wofür er stand, lebendig zu halten, sondern sie weist auch darauf hin, daß er für die Jugend im Land heute eine wichtige Rolle spielt. »In Zeiten, in denen jeder nur noch an sich selbst denkt, ist es wichtig daran zu erinnern, daß nur gemeinsam Veränderungen im Interesse aller möglich sind.«, sagt sie. Paul Aranibar, Soziologe und Aktivist in La Paz, bringt das ganze noch auf einen anderen Nenner: »Wir nutzen die Kommerzialisierung des Che, um die wirklichen Werte lebendig zu halten, und das (neu) entstandene Interesse dient uns als Katalysator, um den Leuten zu sagen, daß Che Guevara in vielem Recht hatte.«

Die Liebe zu Che läßt sich in Krisenzeiten nutzen

Im Zuge des »individualismo« versucht offenbar jede/r, das in Che Guevara hineinzuprojizieren, was den eigenen Interessen dienlich ist – sowohl diejenigen, die die Hoffnung auf eine kontinentweite Bewegung gegen den Neoliberalismus noch nicht aufgegeben haben als auch diejenigen, deren erstes Anliegen die Förderung des Fremdenverkehrs, mehr Konsum und Devisen sind. Und vielleicht auch politische Ruhigstellung. Doch das wird noch deutlicher in Cuba.

Havanna in schwüler Sommerhitze, Juli/August 1997. Mehr als 11.000 Menschen füllen die Stadt als Delegierte und Gäste der Weltjugendfestspiele, die dieses Jahr im Zeichen Che Guevaras stehen. Pünktlich vor der großen Eröffnung werden die Gebeine gefunden und nach Cuba überführt. In einem schlichten Staatsakt, live übertragen vom cubanischen Fernsehen, übergibt Aleydita Guevara dem Land die Reste ihres Vaters. In einem Mausoleum in Santa Clara soll er ewige Ruhe finden. »Unser Land braucht Menschen wie meinen Vater Che Guevara, der nicht nur Verzicht predigte, wo nötig, sondern auch selbst zu Opfern bereit war, der mutig im Angesicht von Schwierigkeiten nicht aufgab«, macht sie in einem Gespräch deutlich. »Der Che lebt«, sagen auch die Kinder, die als Junge Pioniere mit dem Motto »Wir wollen sein wie der Che!« aufwachsen. Doch die Blickwinkel variieren. »Das cubanische Volk liebt und verehrt Che Guevara«, erläutert einer der zahlreichen Privattaxifahrer Havannas, »und das läßt sich in Krisenzeiten natürlich gut nutzen. Wenn die Wirtschaft am Boden liegt, das Volk aber nicht rebellieren soll, erinnert man an einen, der konsequent und uneigennützig war.« Er weist darauf hin, daß seit einiger Zeit die beiden staatlichen Fernsehsender und das Radio täglich eine Stunde »Che« bringen: Geschichten und Dokumentationen der ersten Stunden der Revolution, als ständige Erinnerung an eine Zeit, in der es auch schwer war, aber niemand die Ideale aus dem Blick verlor. Pedro Luis Ferrer, Liedermacher mit zeitweise eingeschränkten Auftrittsmöglichkeiten wegen seiner kritischen Texte, will mit seinem Lied »Cadena de pajaros« dazu beitragen, nicht zu vergessen, daß Che auch dafür eingetreten ist, sich nicht in einem mehr oder weniger goldenen Käftig fangen, sich nicht die Freiheit nehmen zu lassen.

Che als Rebell gegen innenpolitische Unterdrückung? Dies ist nicht das offizielle Bild, das Cuba von ihm malen möchte. Che in Cuba – eine Medaille mit zwei Seiten, zumindest von der Regierung aus gesehen. Man fragt sich schon, warum nach genau dreißig Jahren seine Gebeine gefunden wurden, warum plötzlich auch in Cuba die Che-Literatur den Markt überschwemmt, wo es vor wenigen Jahren noch den Anschein hatte, als seien seine Texte eher unbeliebt. Vielleicht, weil Fidel Castro alt wird und überlegt, wie es mit dem Land eines Tages ohne ihn weitergehen soll. Vielleicht auch, weil es, wie auch Froilán Gonzales sagt, Che-Experte und eloquenter Sachbuchautor seit vierzehn Jahren, eine allgemeine Wertekrise gibt und nur wenige Menschen geeignet sind, als Zeugen gegen exzessiven Individualismus und für die Bedeutung der Gemeinschaft zitiert zu werden.

Hier schließt sich im Grunde der Kreis. Was die Werbung im reichen Norden auszunutzen trachtet, ist vielen im armen Süden umgekehrt das, was es aufzuhalten gilt: »el individualismo«. Mehr Egoismus und Rücksichtslosigkeit werden in den Ländern der sogenannten Dritten Welt keine Verbesserungen für die Masse der Bevölkerung mit sich bringen. Bei uns aber genügen vielleicht schon Symbole, um gefühlsmäßige, assoziative Zufriedenheit herzustellen.

Anmerkung:

Informationen und Zitate in diesem Artikel stammen aus Interviews und Gesprächen im Rahmen der Dreharbeiten zum WDR-Dokumentarfilm *Che Guevara – Der Mythos lebt!* von Hans-Peter Weymar.

► **Astrid Geese** ist Dometscherin und freie Autorin.



Der Schöne und das Biest.
Nachbetrachtungen über Diana S. und Ernesto G.

von **Jochen Müller**

► Kassen- und klassenübergreifend umschlingen nun schon seit Monaten die Millionen eine Prinzessin und einen Revolutionär. Auch Weltanschauungen spielen dabei keine Rolle: Wie sie nicht nur die Regenbogenblätter bewegt, beschäftigt er mehr als nur die linken Blättchen, und beide füllen sie die Feuilletons. Auf T-Shirts und auf Postern, in Büchern und in Filmen wurden (und werden) unzählige Bilder von ihnen unters Volk gebracht. Was haben beide gemeinsam, daß sich mit ihnen prima auch für Waschmaschinen werben ließe und ihr Konterfei demnächst in England und in Argentinien Briefmarken zieren wird?

Sie sei eine »Queen of the hearts«, erklärte der Populist Tony Blair und hatte damit die Losung ausgegeben, die fortan den Enthusiasmus für Diana Spencer rational erscheinen ließ. Er sei der »vollkommenste Mensch unserer Zeit« (Sartre), der »so handelt wie er denkt« (Guevara über sich selbst), lauteten die zur Begründung der neuen Begeisterung für den Politstar von gestern bemühten Schlagworte. Dazu traten weitere, immer wieder zitierte, archetypische Attribute moderner Helden: etwa, daß beide jung und schön gestorben sind, wie Evita, ein anderes jüngst medial revitalisiertes Idol, und daß sie – schon zu Lebzeiten von Krankheit und Unglück gezeichnet – ihr Scheitern vor Augen hatten, wie zuletzt Kurt Cobain, dessen Lieder schon vor seinem Selbstmord vom Nirvana kündeten. Auch das beiden zugeschriebene Rebellentum teilen sie mit vielen anderen (J. Dean, J. Morrison, M. Monroe...) ihrer Art. Allerdings sagen all diese Attribute in der Regel weniger über die Helden selbst als über ihre Fans.

Wohlfeile Kunstfiguren

► Wie die meisten ihrer Vorgänger sind Spencer und Guevara durch die millionenfache Erzählung und Wiedererzählung ihrer Wirklichkeit beraubt. Realität und Fiktion fallen übereinander (her) und sind nicht mehr zu trennen, widersprüchliche Existenzen werden zu hohlen Fassaden. Und die sind beinahe beliebig auszufüttern – etwa wenn die Frauenzeitschrift 'Brigitte' Guevara ihre Titelstory widmet, um ihren Leserinnen den Mann hinter dem Revolutionär zu zeigen. So spiegeln »Lady Di« und »der Che«, wie er oft genannt wird, vor allem die Projektionen der Millionen wider, die sich ihre retuschierten Bilder über Fernseher wie Matratzen hängen, die im Ohrensessel bei stundenlangem Sargtransport Tränen vergießen oder belanglose Tagebücher aus dem bolivianischen Dschungel verschlingen. Diana und Ernesto wurden zu Mythen.

Der Mythos, schreibt Roland Barthes, »schafft die Komplexität der menschlichen Handlungen ab (...), er organisiert eine Welt ohne Widersprüche, (...) seine Klarheit ist euphorisch«. Das kann an unseren beiden Helden nachvollzogen werden.

In beiden Fällen wurden aus komplexen Personen populäre Ikonen, Heiligenbilder. Bereits die Namensgebung zeugt von der Verehrung und demonstriert zugleich eine Komplementarität, die wohl jeder Verehrung strukturell eigen ist: Die Namen »Lady Di« und »der Che« sind jeweils aus einer Distanz schaffenden bzw. die Einzigartigkeit der Person betonenden Rangbeschreibung und aus einem Kosennamen zusammengesetzt. So drücken sie gleichermaßen den Respekt gegenüber einem quasi höheren Wesen aus, wie sie dasselbe beinahe zärtlich als »eine/n von uns« vereinnahmen und umarmen. Die Objekte der Anrufung werden ihren Anbetern gleichgemacht und müssen ihnen doch fern bleiben. Solche Figuren sind wohlfeil in schweren Zeiten. Das war im Mittelalter, als die Heiligenverehrung besonders zu Pestzeiten und Hungersnöten Hochkonjunktur hatte, nicht anders als in der neoliberalen Postmoderne.

Foto: H. Sachs/version

Nun sind Di und Che Ikonen verschiedener Klientele. Im England nach dem Thatcherismus (und wie gesehen nicht nur dort), mit dem Hochgesang auf den Individualismus und dem Triumph der Ellenbogen, wurde »Lady Di« zum Symbol von Menschlichkeit, Zuwendung, Wohltätigkeit und Mitgefühl mit den Ausgestoßenen dieser Welt, eben zur »Queen of the hearts«. Auch wenn (oder sogar weil) sie – der meist-fotografierte Mensch der Welt – selbst mittels der Medien gegen ihre Feinde intrigierte, ließ ihr teils naiv, teils kalkulierend, aber immer mutig erscheinendes Anrennen gegen übermächtige Gegner wie das Königshaus und das Elend in der Welt ihr die Herzen ebenso zufliegen wie das so eindrucksvoll inszenierte Eintreten für ihr kleines persönliches Glück. Der Tod von Diana Spencer eröffnete in den marktfunktional auf Erfolg und Leistung orientierten Gesellschaften eine einmalige Möglichkeit zum Ausdruck kollektiven Mitleids und Selbstmitleids. Dabei beflügelt das Bedürfnis nach Geborgenheit vor allem konservative Werte, die sich im Bild von »Lady Di« vereinen – paternalistische Tugenden, Gemeinschaftsideologie und traditionelle Weiblichkeit. Diesem Konzept kommt Spencers biederes, aber darin nicht unbedingt unerotisches, ihr modisches und repräsentatives, aber nie extravagantes Äußeres entgegen. Die in ihr personifizierte Vision von Harmonie und einer Versöhnung der Gegensätze zwischen Staat und Individuum sowie zwischen Gewinnern und Verlierern sicherte ihr die Zuneigung aller.

Di und Che haben den Charme von David im Angesicht von Goliath

Nicht Versöhnung, sondern radikale Veränderung haben sich dagegen die Freunde »des Che« auf die Poster geschrieben. Mit dem Mythos des universellen Revolutionärs wenden auch sie sich gegen die Folgen des Neoliberalismus. Mit Guevara, dem »Funken, der nicht erlischt« (SOZ), verknüpfen sie die Hoffnung auf ein »Ende des Stillstands« (Junge Welt). Für sie verkörpert er die Rebellion, den Traum vom neuen Menschen, Selbstlosigkeit und Fähigkeit zur Selbstkritik, Wille und Mut, Gerechtigkeit und Solidarität, Kritik an Bürokratie und Warenfetisch, feste Überzeugungen und Leidenschaft. Auch im Bild »des Che« verbinden sich alle guten Eigenschaften, die im täglichen Leben so selten einzuhalten sind und doch dieses nur verändern könnten. Dazu passend wiederum das Design: Mit entschlossenem Mund, dunklen Augen und in die Ferne gerichtetem Blick, Haar im Wind und engem Dress mit Reißverschluß und hochgeschlossenem Kragen symbolisiert sein allgegenwärtiges Abbild Vorwärtsdrang und aktuellen Chic. »Der Che« hat Sex-Appeal. Auch das macht ihn zum Pop- und Politidol der Jugend und vieler »Wiederjungen«. Zudem macht das Bild eines Menschen, der asketisch, unter vollem Einsatz und mit allem Risiko sein Ziel verfolgt, um sich aber auch der angenehmen Seiten des Lebens zu erfreuen, Guevara nicht nur für die Linke, sondern auch für Werbestrategen zum Vorbild des modernen Mannes – eines Teilzeithedonisten.

In den zwar verstaubt aber real noch existierenden politischen Texten von Che Guevara (vielleicht dem einzig möglichen, aber selten gewählten Zugang jenseits mystifizierender Zuschreibungen) zeigt sich aber, daß der Mann – seine Verdienste hin oder her – nicht als Vorbild einer neuen radikalen Linken taugt. Seine rigide Moralität, die erstrebte Erziehung zum neuen Menschen und das Ziel der Eroberung der Macht sind mindestens in dem Maße ambivalent, in dem einem die Hinrichtung politischer Gegner oder Parolen wie die vom »totalen Krieg«, in dem »unsere Soldaten« sich »in eine wirksame, gewalttätige, selektierende und kalte Tötungsmaschine« verwandeln müssen, die Haare zu Berge stehen lassen. Zudem sind vor 30 Jahren Guevaras »proletarischer Internationalismus« und auch die metropolitanen Versuche, seine Revolutionsstrategie zu importieren, aus guten Gründen und restlos gescheitert. Demgegenüber bleibt das in Geschichte und Biografischem sich suhlende Che-Revival meist merkwürdig geschichtslos.

Nicht als reale Personen also, sondern als kulturelle Mythen sind Diana und Ernesto attraktiv. Denn weder kann erstere tatsächlich die Menschen mit sich und ihrer Gesellschaft versöhnen, noch kann auf der anderen Seite letzterer als Ideal einer vereinten Linken im Kampf gegen Neoliberalismus und um Veränderung von Menschen und Gesellschaft herhalten. Im Gegenteil hebt beider Verehrung ja gerade ihre Außergewöhnlichkeit hervor. Sie verkörpern Wunschbilder, den genauen Gegensatz zur Realität. Beide sollen harmonisieren, wo Zerrissenheit vorherrscht. Beide euphorisieren, indem sie Gemeinschaft, Orientierung, Klarheit, Tatkraft und Utopie suggerieren, wo Perspektivlosigkeit und Ohnmacht dominieren. Sie stehen für den Versuch des Unmöglichen, strahlen den Charme von David aus im Angesicht von Goliath. Sie sind Legenden, Ideen, populistische Kunstfiguren, die in kalten Zeiten Sehnsüchte bündeln.

Und: Weil Di's und Che's besonders verehrte Qualitäten wie Glaubwürdigkeit, Menschlichkeit oder Entschlossenheit unverbindlich und in ihrer Allgemeinheit von derselben zu teilen sind – und darum sich auch zur Werbung eignen – sowie ihre Taten im wahrsten Sinne des Wortes »von gestern« stammen, lenken sie von heutigen Widersprüchen ab. »Lady Di« und »der Che« entpolitisieren – das gehört zur Funktion von Mythen. Die auf T-Shirts, Postern und Briefmarken dokumentierte Sympathie zeigt, daß der Mythos des Revolutionärs nicht gefährlicher ist als der um die Prinzessin.

► **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Bomben gegen Touris

▸ Seit Jahrzehnten warnt das US-amerikanische State Department – ähnlich wie das Auswärtige Amt in Bonn – die Reisewilligen vor den terroristischen »Brandherden« dieser Welt. Länder wie Sri Lanka, in denen jüngst Touristen oder touristische Einrichtungen zu Anschlagszielen wurden, tauchen regelmässig als »Don't go Areas« in Listen auf, die über Internet und Telefon-Hotlines jederzeit abrufbar sind. Solche Reisewarnungen können zur Selffulfilling prophecy werden (vgl. iz3w 214). Das beweist auch das aktuelle Beispiel Kubas.

Seit April 1997 erschüttert eine Anschlagsserie mit zahlreichen Bombenexplosionen den Ruf der Karibikinsel als sicherer Erholungs- und Investitionsstandort. Der vorläufige Höhepunkt wurde am 4.9.97 erreicht, als gleich vier Bomben in Hotels und Touristenlokalen hochgingen und ein italienischer Tourist durch Glassplitter tödlich verletzt wurde. Angesichts der Tatsache, daß schon zu Beginn der 90er Jahre Exilkubaner von Schnellbooten aus mehrfach Hotels mit Maschinengewehren beschossen hatten, liegt die Vermutung nahe, auch diesmal könnten terroristische, von Miami aus operierende Exilkubaner-Vereinigungen verantwortlich sein. Der Führer der Gruppe Alpha 66, Nazario Sargen, wies zwar die direkte Beteiligung seiner Organisation zurück, kommentierte aber den Tod des italienischen Touristen mit den Worten: »Es ist nicht geplant, irgendwen zu töten. Geplant ist, jede Möglichkeit zu zerstören, daß Touristen nach Kuba kommen. Denn die Touristen sind eine Stütze der kubanischen Wirtschaft.« Mit letzter Aussage hat er zweifellos recht. 1996 brachten ca. 1 Mio. Touristen rund 1,3 Mrd. Dollar auf die Insel. Damit ist die Fremdenverkehrswirtschaft mittlerweile bedeutsamer als die bislang wichtigste Einnahmequelle, der Zuckerexport. Den Exilkubanern und der US-Regierung ist es schon lange ein Dorn im Auge, daß auf diese Weise insbesondere von europäischen Touristen und Reiseunternehmen das gegen Kuba verhängte Wirtschaftsembargo unterlaufen wird.

Jüngste Ermittlungsergebnisse der kubanischen Behörden deuten darauf hin, daß die Anschläge von Tätern aus dem Dunstkreis der Miami-Exilkubaner verübt und sie dabei von den US-Behörden nicht behelligt wurden. Der Urheber der Anschläge vom 4.9. konnte wenige Tage später festgenommen werden und entpuppte sich als salvadorenischer Söldner, der im US-Bundestaat Georgia als Scharfschütze und im Umgang mit Sprengstoffen geschult worden war. Bereits Monate zuvor waren ein US-Staatsbüger und eine in Miami lebende Exilkubanerin bei dem Versuch festgenommen worden, Sprengstoff und andere Materialien zum Bombenbau nach Kuba einzuschmuggeln.

Doch die Anschläge könnten für die Exilkubaner und ihre Washingtoner Lobby schnell zum Bumerang werden. Denn es gibt kaum eine effizientere Möglichkeit, in der Weltöffentlichkeit an politischer Reputation zu verlieren, als Anschläge auf Touristen, wie in jüngerer Vergangenheit etwa die kurdische PKK erfahren mußte. Doch nicht nur auf der politischen Ebene ist die Anschlagsstrategie eher kontraproduktiv, sondern auch auf der ökonomischen: Die Touristen lassen sich von Anschlägen immer weniger beeindrucken. Die ägyptischen Tourismusbehörden stellten nach dem Massaker an neun deutschen Touristen im September '97 erleichtert fest, daß die erwartete Stornierungswelle ausblieb.

Christian Stock

Kleiner BUKO, großer Streit

▸ Der Streit darum, was der BUKO, der 'Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen', denn eigentlich sein soll, zieht sich durch seine ganze Geschichte. Soll der mittlerweile zur lebenden Legende avancierte bedeutendste Dachverband der bundesdeutschen Internationalismusbewegung, eine politisch aktive Organisation sein oder lediglich der Koordination der lokalen Gruppen dienen? Nach 21 Jahren und vor dem Hintergrund der schwindenden Bedeutung der alten Solidaritätsbewegung, in der der BUKO seine Wurzeln hat, verlangen verschiedene Seiten vehement nach einer Strukturdebatte.

Spätestens nachdem der Koordinierungsausschuß (KA), der bis vor ein paar Jahren die politische Vertretung des Verbandes zwischen den jährlichen Kongressen gebildet hatte, nicht mehr besetzt wurde, hat die Diskussion über das politische Profil und die organisatorischen Strukturen des BUKO neue Brisanz erhalten. Die politischen Entscheidungsstrukturen wurden schrittweise dezentralisiert, d.h. politische Mandate werden themengebunden an einzelne BUKO-Mitgliedsgruppen vergeben. Dieses den basisdemokratischen Prinzipien des BUKO verpflichtete Modell funktioniert allerdings in der Praxis nicht besonders gut. Neben einer funktionierenden Kommunikation zwischen den bestehenden bundesweiten BUKO-Arbeitszusammenhängen und der »Basis« mangelt es vor allem an der Bereitschaft der Mitgliedsgruppen, sich aktiv in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Diese Entwicklung ist sicher Ausdruck einer allgemeinen Ermüdung und Desorientierung in der Solidaritätsbewegung. Dazu kommt, daß es innerhalb des BUKO durchaus kontroverse Positionen im Politik- und Organisationsverständnis gibt. Auf dem 21. Bundeskongreß in Paderborn wurde deshalb beschlossen, einen »kleinen BUKO« für die Struktur- und Perspektivdebatte zu veranstalten. Im Kern wird es um die Frage gehen, wie sich die Ansprüche auf politische Handlungsfähigkeit bei größtmöglicher Partizipation der Basisgruppen verwirklichen lassen. Und Achtung: Auf dem »kleinen BUKO« treffen die Mitgliedsgruppen wichtige Entscheidungen für die Zukunft des gesamten Verbandes. Deshalb werden alle Mitgliedsgruppen aufgefordert, nach Bonn zu kommen, wo der Kleine BUKO vom 21. bis 23. November 1997 in Kooperation mit dem AKE Vlotho stattfinden wird.

▸ *Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, Fax: 040-3907520*

Kein Mensch illegal

▸ Eine Kampagne, die keine werden soll, wurde mit einer Pressekonferenz in Bonn und einer Anzeige in der Frankfurter Rundschau Mitte Oktober gestartet. *Kein Mensch ist illegal!* soll eine Initiative sein, die Aktionen, Reaktionen und Aktivitäten anstoßen und sich damit von lästigen Begleiterscheinungen vieler Kampagnen lösen will: Die Initiative wendet sich nicht, wie es Kampagnen oft tun, nur an Politik und Politiker. Vielmehr ruft sie direkt dazu auf, »MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen«, ihnen »Arbeit und Papiere zu verschaffen«, und ihnen »medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten«.

Die Initiative ist auch deshalb keine typische Kampagne, weil sie keinen zeitlichen Rahmen setzt und kein explizites politisches Ziel verfolgt, wie seinerzeit beispielsweise die Kampagne gegen die Grundgesetzänderung und die Abschaffung des politischen Asyls. Was aber bleibt ohne klar formuliertes Ziel, ohne zeitlichen Rahmen und ohne Adressaten? Die Initiative will das in der Gesellschaft zu einem neuen Feindbild aufgebaute Bild von Illegalen angreifen. Der praktische Gegenentwurf drückt sich darin aus, MigrantInnen unabhängig ihrer Papiere zu unterstützen, gemäß des dem Aufruf vorangestellten Zitats von Elie Wiesel: »Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?«

step

▸ *Nähere Informationen über die Kampagne »Kein Mensch ist illegal«: Telefon 0172-8910825, Telefax 0561-713458, e-mail grenze@ibu.de, Homepage http://www.contrast.org/borders/kein, Post: c/o FFM e.V., Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin, Spendenkonto 610024264, Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00.*

Mein Name ist GASP, Mister GASP

▶ Anfang Oktober wurde nach fast zweijährigem Ringen der Amsterdamer Vertrag (Maastricht II) unterzeichnet. Seit Beginn der Regierungskonferenz zeichnete sich ab, daß sich mit den geplanten Reformen die Europäische Union in eine Militärallianz zur Verteidigung der Interessen der »Festung Europa« transformiert. Diese Entwicklung von einer Zivil- zu einer Militärmacht spiegelte sich schon im Dubliner Entwurf zur Revision des Maastricht I-Vertrages wider. Durch eine »effiziente und kohärente Außenpolitik« sollte der »politische Einfluß der EU bei Drittländern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Macht als größte Handelsmacht der Welt« ausgebaut werden, um damit »die Interessen ihrer Mitgliedstaaten, ihrer Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer im heutigen stark wettbewerbsorientierten internationalen Handelsumfeld zur verteidigen«.

Die Ergebnisse von Amsterdam entsprechen sicher nicht den Wunschvorstellungen der deutschen Regierung. Diese hatte für eine möglichst weitgehende Verschmelzung von EU und WEU (Westeuropäische Union, ein kollektiver militärischer Beistandspakt im Rahmen der NATO) plädiert. Darüberhinaus wünschte sie sich eine Weisungsbefugnis der EU gegenüber der WEU – die WEU als eine Art »militärischen Arm« (Handelsblatt) der Union also. Herausgekommen ist ein Kompromiß: Der EU-Ministerrat erhält eine »Leitlinienkompetenz«, wenn die EU die WEU »in Anspruch nimmt«. Integration der WEU und eine gemeinsame Verteidigungspolitik bleiben damit zwar weiterhin das Ziel der Union, ihre Realisierung aber auf unbestimmte Zeit verschoben.

Dennoch wurden mit dem neuen Vertrag Pflöcke eingeschlagen, die den Ausbau der EU zu einer Interventionsmacht vorantreiben. Unter anderem wurden »humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen« einbezogen. Damit wird die out-of-area Militärstrategie der Union festgeschrieben. Zudem sollen zwei institutionelle Reformen die außenpolitische Handlungsfähigkeit EU stärken: Zum einen wird ihr in Sachen gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ein Generalsekretär des EU-Ministerrats, ein »Mister GASP«, nach außen Gesicht und Stimme verleihen. Analog dem NATO-Generalsekretär bereitet er politische Entscheidungen vor, kann die Außenvertretung der Union übernehmen sowie politische Dialoge mit Drittstaaten führen. Zum anderen wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs eine Strategieplanungs- und Frühwarneinheit geschaffen. Neben der frühzeitigen Warnung vor sich anbahnenden politischen und sonstigen Krisen soll sie die »außen- und sicherheitsheitspolitischen Interessen der Union« beurteilen und künftige Schwerpunktbereiche der GASP ermitteln.

Beide institutionellen Reformen konzentrieren alle außenpolitischen Entscheidungen in der Hand des Ministerrates. Dieser bestimmt jetzt nicht nur »die Grundsätze und die allgemeinen Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik«, sondern monopolisiert auch das dazu notwendige Instrumentarium in seiner Hand. Der Ministerrat bleibt das Zentrum politischer Entscheidungen und die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist eine intergouvernementale Veranstaltung – sofern sich die Herren Außenminister einigen können. Weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene wurden Kontrollmechanismen eingebaut; dem Europaparlament (EP) gestand man – wie schon im Maastrichter Vertrag – nur ungenügende Informations- und Anhörungsrechte zu. Positiv zu vermerken bleibt einzig, daß die im Dubliner Vertragsentwurf anvisierte Entmachtung des EP bei der Haushaltskontrolle abgewendet wurde: Die Haushaltsmittel für die GASP fallen unter die Kontrolle des EP.

Wilfried Telkämper

Raus zum Herbst

▶ Beim Versuch, die Bundesrepublik zu erklären, müßte auf ein Datum vor zwanzig Jahren verwiesen werden. Am 18.10.1977 war beinahe die gesamte erste Generation der Stadtguerilla Rote Armee Fraktion tot. Der Versuch der RAF, die Revolte von 67/68 zu verlängern, war gescheitert. Der Staat brauchte fortan den Mythos von den Stammheimer Selbstmorden und verfolgt alle, die die staatsoffizielle Version des Selbstmordes von Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Enslin, Jan-Karl Raspe und Ingrid Schubert öffentlich anzweifeln, wie jüngst Irmgard Möller. Viele Linksradikale antworteten auf den staatsoffiziellen Selbstmord-Mythos mit der szene-identitätsstiftenden Mord-Beteuerung. Die Mord-Version schien durch die innenpolitische Situation in der »Staatskrise 1977« allerdings auch plausibel.

Nach der Entführung der Lufthansamaschine Landshut, sowie der Entführung des ehemaligen SS-Offiziers und Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF waren Exekutionsvorschläge gang und gäbe: vom damaligen bayerischen Innenminister Franz-Josef Strauß bis zum Historiker Golo Mann. Die Informationsfreiheit der Presse wurde suspendiert. Große und kleine Krisenstäbe übernahmen das Regierungsgeschäft, der autoritäre Massenkonsens wurde beschworen. Die Terroristenhatz fiel trotz blindwütiger Repression auch in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Auch sämtliche Mobilisierungen für die Verbesserungen der Haftbedingungen in den darauffolgenden Jahren waren mit diesem breiten Konsens konfrontiert. Keine Mütter der Plaza de Mayo, sondern gesellschaftlich isolierte Angehörige forderten die Zusammenlegung der total-isolierten politischen Gefangenen, die es offiziell gar nicht geben durfte.

Sicherlich ist das heutige Nach-Worten-Ringen der Ex-RAFler, die früher die Mensch-oder-Schwein-Logik verbreiteten und nun nur noch von »Scheitern« reden, ohne auch nur ansatzweise die Gründe benennen zu können, erschreckend. Viel ungeheuerlicher ist aber noch, daß Ex-Linke und Linksliberale den zwanzigsten Jahrestag des Deutschen Herbstes eher nutzen, sich nicht nur mit Papa Staat, sondern auch mit Notstands-Schmidt und SS-Schleyer, gegen die die RAF als »nachholende Résistance« (Lutz Taufer) angetreten war, zu versöhnen. Erfreulich wäre es dagegen, wenn diejenigen, die ihren Verstand und ihre Moral nicht an der Garderobe des »Modell Deutschland« abgegeben haben, sich für die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzen würden. Wenn das Faible für Jahrestage einen Sinn haben sollte, dann als Anlaß einer Freiheits-Kampagne. Zuerst müßten die schwer erkrankten Gefangenen Heidi Schulz und Helmut Pohl entlassen werden – unter den Bedingungen der Haft ist eine Heilung ausgeschlossen.

mz

▶ *Freilassungsforderungen an: Bundesminister der Justiz, Herr Schmidt-Jortzig, Heinemannstr. 6, 53175 Bonn*

Gene gegen Hunger?

▶ Befürworter der Gentechnologie begründen ihr Eintreten für die Weiterentwicklung der Gentechnologie immer wieder damit, daß diese zur Ernährung der Weltbevölkerung erforderlich sei. Vor diesem Hintergrund muß die Frage gestellt werden, welcher Einfluß hinsichtlich des Rechts auf Nahrung von der Gentechnologie zu erwarten sind.

Der Großteil der hungernden und unterernährten Menschen (75%) lebt auf dem Land. Es sind zumeist Kleinbauern, Kleinstbauern und Landlose. Diese können von gentechnologischen Verfahren, Methoden oder verändertem Saatgut kaum erreicht werden. Gerade denjenigen Ländern, in denen die Ernährungssituation am dramatischsten ist, mangelt es vor allem an finanziellem Spielraum. Ihnen fehlen aber auch wissenschaftliches Know-how, technische Möglichkeiten und nicht zuletzt die infrastrukturellen Voraussetzungen wie konstante Energie- und Wasserversorgung und geeignete Kühlmöglichkeiten. Relevante Märkte, auf denen teures Saatgut für transgene Sorten eine

größere Absatzchance hätte, gibt es in den Ländern des Südens kaum. Die finanzschwachen Bevölkerungsgruppen können die teuren Technologien im Gegensatz zu reichen Bevölkerungsschichten nicht nutzen. Bestehende Herrschaftsstrukturen innerhalb der Entwicklungsländer werden sich verstärken und die arme Landbevölkerung noch mehr an den Rand der Gesellschaft drängen. Zudem ist zu erwarten, daß sich die soziale und ökonomische Situation von Frauen verschlechtert, da ihnen die Rolle der Pflanzenzüchterin entzogen wird und damit ein Verlust ihrer Autorität und ihrer traditionellen Rolle als Ernährerin der Familie einhergeht.

Die wichtigsten Träger der gentechnologischen Innovationen sind private Konzerne. Diese legen die Zielobjekte der Forschung fest und beschränken sich vornehmlich auf Produkte, die für den Norden interessant sind, wie Soja oder Mais. Sie sind an ökonomischen Erträgen und Marktanteilen interessiert. Es ist nicht zu erwarten, daß sie gentechnologische Neuerungen entwickeln, die für arme Kleinbauern relevant wären, da es denen an der notwendigen Kaufkraft fehlt. Der für die Entwicklungsländer relevante Anteil der Forschung für den landwirtschaftlichen Sektor findet in den internationalen Agrarforschungszentren der CGIAR (Consultative Group of International Agricultural Research) statt. Doch diese sind an den gentechnologischen Neuentwicklungen nur in sehr geringem Ausmaße beteiligt.

Im Bereich der privaten Genforschung sind rasante strukturelle Änderungen zu beobachten. Kleine Unternehmen werden von finanzkräftigeren aufgekauft. Die Konzentration nimmt zu, und technologisches Wissen wird auf einige wenige vereinigt. Zudem verwischen die Grenzen zwischen bisher unterschiedlichen Branchen. Ganze »Nahrungsmittelketten« werden in einem Konzern vereinigt: Saatgutproduktion, Agrochemie, Pflanzenzüchtung und Nahrungsmittelproduktion. Die Schweizer Firma Novartis und das US-Unternehmen Monsanto sind die besten Beispiele hierfür. Technologisches Wissen ist zur strategischen Größe geworden.

Die gentechnologisch möglich gewordene Substitution – die Ersetzung z.B. traditioneller Exportprodukte des Südens durch gentechnologisch veränderte Produkte des Nordens – stellt auf den internationalen Märkten eine besondere Gefahr dar. So kann etwa gentechnologisch veränderter Raps, der in hohem Maße die für die Seifenherstellung geeignete Laurinsäure enthält, die aus Ölpalmen und Kokosölen gewonnenen Fettsäuren ersetzen, mit denen heute in der Seifenproduktion überwiegend gearbeitet wird. Der in den USA bereits eingesetzte neue Gen-Raps könnte das Ende des Kokosgeschäfts auf den Philippinen bedeuten, woher zwei Drittel aller Weltkokosexporte stammen. Dort leben ca. 30% der Bevölkerung von der Kokospalme. Sollten ihnen durch den Gen-Raps relevante Märkte versperrt werden, würde nicht eine Bekämpfung, sondern eine Zunahme des Hungers durch die Gentechnologie die Folge sein.

Die Entwicklung der modernen Biotechnologien liefert keinen Anhaltspunkt dafür, daß es um die Interessen der Landlosen und Kleinbauern in den Ländern des Südens, also derer, die am meisten von Hunger und Unterernährung betroffen sind, geht. Ihre Interessen scheinen sogar noch weniger von Bedeutung zu sein als bei der Grünen Revolution, da die Rolle der Privatwirtschaft noch wichtiger ist, die eigentumsrechtliche Absicherung stärker, der Einsatzbereich weitreichender, das Entwicklungstempo höher. Die Ernährungssituation der unterernährten Bevölkerung in Entwicklungsländern erscheint durch die Einführung gentechnologischer Neuerungen eher gefährdet denn verbessert.

Birgit Lange

▸ *Die Dokumentation »Gentechnologie – die Antwort auf den Hunger in der Welt?« von Birgit Lange ist für 7 DM (zzgl. Porto) erhältlich bei: FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne, Tel: 02323/49009*

Grass und Galle

▸ Es gibt Tage, an denen einem bei der morgendlichen Lektüre der Tageszeitung die Galle hochkommt, noch bevor man einen Schluck Kaffee getrunken hat. So etwa am Montag, dem 20.10.97, als man auf die Berichte über die Laudatio des deutschen Großschriftstellers Günter Grass stieß, die dieser zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, an den türkischen Schriftsteller Yasar Kemal vor versammelter Prominenz in der Frankfurter Paulskirche gehalten hat. Man ist unschlüssig, worüber man sich mehr ärgern soll: über Grass' Rede oder die Reaktionen darauf.

Grass' Laudatio enthält unbestritten einige schöne Beobachtungen über das literarische Werk Kemals. Jene Passagen aber, über die sich christdemokratische Politiker so echauffierten, enthalten wenig mehr als einige banale Wahrheiten (etwa über den institutionalisierten Rassismus in Deutschland oder über die Waffenlieferungen an die Türkei), die man in eindringlicherer Form schon seit Jahren von FlüchtlingsunterstützerInnen und Antirassismusgruppen vernehmen kann – mit dem Unterschied allerdings, daß diese in der veröffentlichten Meinung eine nur marginale Rolle spielen. Und im Gegensatz zum Medienpromi Grass greifen sie nicht auf fragwürdige Argumente zurück. Grass spricht unbekümmert von »Völkern«, die gleichberechtigt in einem Land miteinander leben können, er bemüht kulturalistische Argumentationsmuster und mißt nicht zuletzt die Migranten in Deutschland daran, daß sie einen »bereichernden Einfluß« auf die deutsche Kultur ausüben, die »auf Dauer nicht von eigener Substanz leben« kann. Die Bevölkerung Deutschlands wird zu einem »Wir« verschmolzen (»Wir wurden und sind Mittäter«), als ob da nicht zu differenzieren wäre. So ist es auch kein Wunder, daß Grass sich vor allem für »sein Land« schämt. Auf nationalistische und völkisch-kulturelle Kategorien möchte der Autor, der so gerne der Deutschen liebster Schriftsteller wäre und sich selbst als »aufgeklärten Patrioten« sieht, nicht gänzlich verzichten.

Daß man trotzdem gezwungen ist, Grass gegen die meisten seiner Kritiker zu verteidigen, gehört zu den Zumutungen des Politikbetriebes, die jene von Grass spielend um ein vielfaches übertreffen. Der CSU-Staatssekretär im Innenministerium, Eduard Lintner, widerspricht Grass' Einschätzung vom »latenten Fremdenhaß« der Bundesregierung beispielsweise mit den Worten: »Da werden wir erstickt von lauter Flüchtlingen und Asylbewerbern, und das kann man wiederum der deutschen Bevölkerung nicht zumuten«. Und in diesem durch und durch rassistischen, brandstifteranheizenden Ton kommt eine Unsäglichkeit zur nächsten, etwa wenn ausgerechnet der Tiefflieger Peter Hintze, seines Zeichens der willfährigste und intelligenzfreieste Generalsekretär der CDU, der dem Kanzler je die Stiefel lecken durfte, vom »intellektuellen Tiefstand« Grass' spricht. Nicht viel besser als diese degoutante Bagage sind die Sozialdemokraten, die in schönster Scheinheiligkeit – als ob sie nicht durch Rat und Tat an der rassistischen MigrantInnenpolitik beteiligt seien – die Debatte um Grass für ihren Wahlkampf sich zunutze machen.

So, nach einem Kaffee und diesem Ausbruch ist mir wieder etwas besser.

cst

Betr.: Praktikum, Zivildienst

▸▸ Neugierig, wie die **iz3w** gemacht wird? Wer's genau wissen und journalistische Erfahrungen machen möchte, ist aufgefordert zu einem mindestens sechswöchigen Praktikum in den Bereichen Redaktion oder Öffentlichkeitsarbeit. Willkommen sind z.B. Studierende aller Fachrichtungen mit einem Interesse an kritischer Publizistik im Bereich Nord-Süd-Politik, mit oder ohne Abschluß.

Wer seinen Zivildienst ableisten muß und sich beim **iz3w** gut aufgehoben glaubt, ist uns ebenfalls willkommen. Die nächste Stelle wird zum 1.3.1998 frei.

Die MitarbeiterInnen im **iz3w**



Che Guevara, Tag für Tag

▸ »Das Phantom Che sitzt, wie ein Grenzgänger ohne Visum und Paß, mitten auf einer Generationenbrücke fest, zwischen jungen Leuten, die sehr wenig von ihm wissen, in ihm aber den großen Kommandanten und roten Großvater der Utopie erahnen, und der Generation der Sechziger, die zu spät kam bzw. bei der Verwirklichung des Projekts scheiterte (...), die aber der Ansicht ist, daß Che weiterhin den Herold einer lateinamerikanischen Revolution darstellt, die absolut notwendig ist, wie unmöglich sie auch erscheinen mag.«

So Paco Ignacio Taibo II im Vorwort zu seinem dicken Buch über das kurze wirkliche Leben jenes Phantoms, ein Leben, das er nicht vom Ende an erzählen will, sondern als eine Geschichte »von damals«. Denn man könne Geschichte nicht von den Folgen zu den Ursprüngen hin erzählen, ohne die Perspektive zu verfälschen.

Das nüchtern chronologische Vorgehen, das sich an Fakten hält, mit Werturteilen sparsam umgeht und die sonst im Umgang mit Kommunisten obligatorische Attitüde vermeidet, daß wir Heutigen alles besser wissen, ist eine der Stärken des Buchs. Denn die Aura Che Guevaras, der uns heute angesichts des immer gleichen Bildes eines ewig jungen Helden zeitlos erscheint wie Marilyn Monroe, ist nur verständlich vor dem politischen und gesellschaftlichen Hintergrund der späten 50er und frühen 60er Jahre. Ein Guerillero, der von weit her kommt, langhaarig und schlecht gekleidet wie Jesus Christus auf einem Esel reitet, Kranke heilt und Kapitalisten vertreibt. Einer, der schon 1957, noch vor Mao Tse Tungs Kulturrevolution, respektlos das eigene Hauptquartier bombardiert: »Ich begreife diese Bewegung (die cubanische Revolution) als eine der vielen, die vom Bestreben der Bourgeoisie ausgelöst worden sind, sich von den wirtschaftlichen Ketten des Imperialismus zu befreien. Ich werde Fidel stets als einen authentischen Führer der linken Bourgeoisie ansehen...«. Einer, der den (neuen) Menschen in den Mittelpunkt seines Wirtschaftsmodells stellt und sich gegen die kapitalistische Wachstumslogik der UdSSR wehrt. Einer, der viel wilder aussieht als der Wildeste des damaligen Westens, Mick Jagger. Schließlich der einzige Prominente seit der Oktoberrevolution, der aus den Sphären der sozialistischen Macht freiwillig wieder herabgestiegen ist.

Bei dem Versuch, Schritt für Schritt ein Leben zu rekonstruieren, Mythos und Realität zu trennen, kommt der Beschriebene dem Schreiber zu Hilfe, oft, aber meist nur kurz zitiert. Ernesto Guevara hat so viele Briefe und Tagebücher hinterlassen, daß sein erwachsenes Leben meist Woche für Woche, manchmal Tag für Tag, rekonstruiert werden kann. Hinzukommt, daß dieser Linksradikale aus bürgerlichem Hause sich zeitlebens gut mit seiner Verwandtschaft verstand, nicht einmal seine geschiedene Ehefrau scheint ihm etwas nachzutragen. Tante Beatriz schickt aus Buenos Aires auf verschlungenen Pfaden dem Guerrillero seinen Mate in die Sierra Maestra; alle basteln später mit an seinem Bild, der Vater schreibt gar eine Biographie: »Mein Sohn Che«.

Die Fülle des Materials verführt Taibo manchmal zur Faktenhuberei, bzw. dazu, allzu eng an der Hauptperson und ihrem Tun und Lassen zu kleben. Das ist nicht schlimm, solange das spannende Leben eines jugendlichen Vagabunden nacherzählt wird, der ohne Geld durch Lateinamerika reist, mit Rennpferden von Venezuela nach Miami fliegt, in Chile Küchenhelfer, in Kolumbien Fußballtrainer, in Mexico Straßenphotograph und Familienvater wird, eine Medizinprofessur angeboten bekommt und von Fidel Castro dazu überredet wird, doch lieber Guerillero in Cuba zu werden. Ab hier hat Taibos Methode Schwächen: Die Perspektive des Helden reicht nicht aus; der besteigt in Mexico mit Fidel ein Schiff und ist eine Woche später Guerillero in einer abgelegenen Gegend eines Landes, das er nie zuvor betreten hat und von dem er wenig weiß. Hier würde man gerne mehr über die Bedingungen und den Verlauf der cubanischen Revolution erfahren.

Taibo kritisiert an Che Guevara, er habe in Cuba und später auch in Bolivien die militärische Komponente der Revolution überbewertet und den Beitrag der Volksbewegung und des nichtmilitärischen Widerstands unterschätzt. Da wüßte man dann doch gern mehr über die letzten beiden Faktoren. Eine weitere wichtige Frage, die völlig offen bleibt, ist die, wie Guevara zu der Meinung kam, der Erfolg der cubanischen Revolution sei mit ähnlich bescheidenen militärischen Mitteln auf dem lateinamerikanischen Kontinent wiederholbar.

Recht breiten Raum nehmen Ches Erfahrungen in der Guerilla im Kongo und in Bolivien ein, durchaus interessant und auch spannend zu lesen, obwohl man bei diesem Krimi das Ende schon kennt. Da heute aber niemand mehr seine Hoffnung teilt, die lateinamerikanische Revolution werde sich von einigen Guerillazentren nach allen Seiten ausbreiten wie die überkochende Suppe, wäre es besser gewesen, mehr Gewicht auf seine Rolle in den Anfangsjahren der cubanischen Revolution zu legen und auf seine Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik und -theorie des Ostblocks; denn über Ökonomie und Bewußtsein wird heute noch gestritten, über die Focustheorie streitet niemand mehr.

Wer Taibos 700 Seiten gelesen hat, hat sich nicht gelangweilt und weiß viel über das Handeln Che Guevaras, über sein Denken und seine Zeit wüßte man gerne mehr.

cn

▸ *Paco Ignacio Taibo II, CHE, Die Biographie des Ernesto Guevara, Edition Nautilus, Hamburg 1997, 697 S., DM 68,-*

Terrorökonomie

▸ Wenn eine Streitschrift der »Jeanne d'Arc gegen die Kaufleute« – gemeint ist Viviane Forresters **Der Terror der Ökonomie** – keinen Streit auslöst, sondern nur einhelliges Lob von Jungle World bis Brigitte findet, wer möchte da nicht in die kapitalismuskritischen Töne einfallen? Das Buch schildert das »soziale Chaos einer Gesellschaft, deren Zukunft die Arbeitslosigkeit ist« und beklagt den Schrecken der Ökonomie. Allein, die Lektüre löst einiges Unbehagen aus.

Bereits im ersten Satz deutet sich die verschwörungstheoretische Weltsicht der Autorin an: »Wir leben im Zeichen einer meisterhaften Täuschung.« Wird zunächst der Gegensatz zwischen der »artifiziellen (künstlichen) Politik« und »uns«, die dann logischerweise nur nicht-artifiziell, also natürlich, sein können, aufgemacht, setzt sich diese Trennung in Gut und Böse, in Opfer und Täter bei der Suche nach den Schuldigen, den Subjekten der Täuschung und Propaganda fort. Opfer sind die Arbeitslosen innerhalb eines Systems, das die gute alte Arbeit abgeschafft hat; die Überflüssigen, deren Leben nutzlos für den Profit ist; die »'Ausgeschlossenen' (...) verwurzelt wie kaum andere«, die an anderer Stelle mit den kolonisierten Völkern, den Eingeborenen verglichen werden, denen in ihrer eigenen Heimat von den kolonialen Eroberern fremde Werte aufgezwungen wurden.

Und die Täter? Klar: Die »Spekulanten«, die »privaten Mächte«, die in anderen als jenen verwurzelten, bodenständigen Sphären der Bevölkerung damit beschäftigt sind, »mit Finanzwerten in Form von 'Derivaten' zu jonglieren, die keine reale, konkrete Basis mehr haben.« Schön war die Zeit, in der es noch richtige Unternehmer gab, in denen das Proletariat noch von »einem faßbaren Individuum aus Fleisch und Blut« im Schweiße seines Angesichts, also richtig arbeitend, ausgebeutet wurde. Heute sind die »privaten Mächte« »freier, motivierter, mobiler, unendlich viel einflußreicher«. Sie stehen über den politischen Instanzen der Nation, lenken als neue »Internationale« mit klug gewählten Waffen – die Macht des Geldes, und nicht die Staatsgewalt – die Geschicke der gesamten Menschheit. Allmächtig wie sie nun mal sind, waren sie es – nicht etwa die neuen Medien –, die Raum und Zeit abgeschafft haben. Allmächtig, abgehoben, wurzellos – Attribute, die seit jeher den Juden zugeschrieben werden.

Forrester 'begreift' den modernen »globalen Kapitalismus« als das Resultat eines »gemeinschaftlichen Willens« einer Herrscherclique. Am deutlichsten offenbart sie ihr verschwörungstheoretisches Weltbild an den Stellen, an denen sie über die kapitalistische Konkurrenz schreibt. Konkurrenz und Wettbewerb seien lediglich eine »Alibi«veranstaltung, ein »Element des Spiels«, mit dem die Herrschenden die Bevölkerung täuschen. Aus der Sicht des »exklusiven Cubs« der Nutznießer der Konkurrenz, schreibt sie: »Diese Welt der Konkurrenz ist unsere eigene – sie ist von uns heraufbeschworen, kontrolliert und gelenkt. Sie setzt alles durch, was wir verlangen. Sie ist unvermeidlich und ist eins mit uns, und wir wollen alles, können alles und nehmen uns alles, wobei wir alle am gleichen Strang ziehen«. Konkurrenz wird also nicht als ein dem Kapitalismus immanentes Strukturmerkmal verstanden, sondern als »erpresserisches Druckmittel«, das »alle an der Verschwörung Beteiligten« einsetzen, um die Masse zu täuschen.

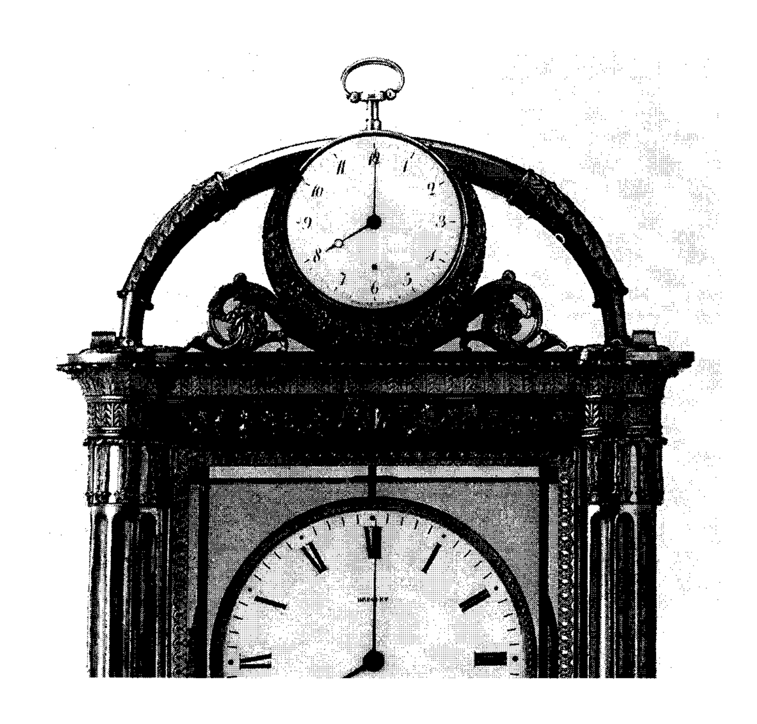
Das Buch hat auch andere Seiten. Zum Beispiel wenn Forrester über das ausweglose Schicksal Jugendlicher in den Banlieues der französischen Großstädte schreibt. Oder die Gleichgültigkeit anprangert gegenüber den »Ausgestoßenen«, den Verdammten dieser Erde in den Metropolen des Nordens (die Obdachlosen, Sozi-Empfänger in Paris) und den verarmten, (ver)hungernden Menschenmassen im Süden, dem »Massensterben, das an Orten stattfindet, die nicht weiter von uns entfernt liegen als unsere gängigen Urlaubsziele«. Auch warnt sie vor den Folgen für die »Überflüssigen«, falls Demokratie von einem totalitären System abgelöst wird. Ohne die Politik der Nationalsozialisten explizit zu erwähnen, erinnert sie an deren Vernichtungsprogramm – »schlüsselfertiger Völkermord«.

Doch trotz dieses Bewußtseins, durch das durchaus antisemitismuskritische Töne sprechen – man denke etwa an die Definition des Antisemitismus nach 1945 von Detlev Claussen, derzufolge die Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern von Auschwitz, aber auch den Opfern »normaler« gesellschaftlicher Ausschlußpraxis modernen Antisemitismus kennzeichne –, reiht sich Forresters Polemik gegen den Kapitalismus in die traurige Liste solcher Kapitalismuskritik ein, die, unfähig oder unwillig, den unpersönlichen, sachlichen Charakter kapitalistischer Vergesellschaftung zu begreifen, soziale Verhältnisse personifiziert. Anstatt die innere (widersprüchliche) Einheit von Produktion und Zirkulation zu thematisieren, die Einheit, die die Trennung in die scheinbar auseinanderfallenden Sphären von Produktion und Zirkulation, von Konkretem und Abstraktem erst konstituiert, projiziert sie den Grund allen gesellschaftlichen Übels in die angeblich abstrakte Sphäre der Finanzspekulation, um dort die Täter einer groß angelegten Täuschung festzumachen. Da muß der die 'abstrakte' und 'künstliche' Seite am Kapitalismus verkörpernde Jude gar nicht erst beim Namen genannt werden.

mj

▸ Viviane Forrester, Der Terror der Ökonomie, Paul Zsolnay Verlag Wien, 1977, DM 36.–

Die Narben alter Kriegswunden



▸ »Der Fall von Saigon war eine Selbstverständlichkeit«, schreibt die 1960 in Hanoi geborene Schriftstellerin Pham Thi Hoai in ihrem Vorwort zu dem von Heinz Kotte und Rüdiger Siebert in diesem Sommer veröffentlichten Buch **Vietnam – Die neue Zeit auf 100 Uhren,** »der Krieg eine Auszeichnung und ich eine Tochter eines auserwählten Volkes, das gelitten und gesiegt hatte, um eine menschenwürdigere Welt aufzubauen. Der Stolz war kurzlebig, aber wir glaubten an eine lebenslange Garantie. Nach drei Monaten ließen die Umerziehungslager erste Zweifel aufkommen. Nach drei Jahren häufte sich mit den Steinchen in der täglichen Schale Reis die Enttäuschung. Nach fünf Jahren versank ein beträchtliches Guthaben an nationalem Stolz mit Hunderttausenden boat people im Meer. Der gewonnene Krieg sprach alles immer wieder frei. (...) Heute, 22 Jahre danach, ist die Welt anderswo vielleicht menschenwürdiger geworden – mein auserwähltes Volk schreitet weiter einsam und unerschütterlich in Armut, Korruption und Unterdrückung voran.«

Diese recht nüchterne Bilanz bezieht sie auf einen Prozeß, der seinerzeit von zahlreichen Menschen inner- wie außerhalb Vietnams als Erfüllung solch hochgesteckter Erwartungen wie Unabhängigkeit und Befreiung in Würde antizipiert worden war. »Schafft zwei, drei, viele Vietnam!« hatte gar Ernesto Che Guevara der wachsenden antiimperialistischen Bewegung im Trikont empfohlen. In nahezu sämtlichen westlichen Metropolen skandierten derweil aufgebrachte GegnerInnen der US-amerikanischen Aggression in Indochina den Schlachtruf »Ho-Ho-Ho-Chi-Minh!«, den Namen des Präsidenten Nordvietnams, der zur Ikone im Kampf gegen die selbsternannten Hüter von Freedom and Democracy mutierte.

Der Krieg in Indochina, in dem alles, was an damaliger Perfidie und Perversion ausgeheckt worden war, auch real durchexerziert wurde – von bakteriologischer bis hin zu meteorologischer Kriegsführung –, hat bis heute tiefe Narben hinterlassen. Dennoch sollte Vietnam, das sich erfolgreich gegen die mächtigste Kriegsmaschinerie des Imperialismus gewehrt hatte, damals zum Hoffnungsträger avancieren. Wer aber geglaubt hatte, in Vietnam vollzöge sich seit dem Frühling der Befreiung die Umgestaltung der Gesellschaft zu einer mit sozialistischem, zumindest menschlichem Antlitz, sollte schrittweise eines besseren belehrt werden. Wie so häufig zuvor in der Geschichte bot die Erlangung staatlicher Herrschaft längst keine Garantie für einen strukturellen Wandel in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Nach der Wiedervereinigung des Landes und seiner Umbenennung in Sozialistische Republik Vietnam vertieften sich zudem die durch Überbetonung staatlicher Großprojekte bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ordnete man sich nach und nach dem Fetisch der Globalisierung unter. Das Resultat sind krasse soziale Unterschiede, ökonomische Disparitäten, konsumgelenktes Wachstum im Zeichen einer sogenannten sozialistischen Marktwirtschaft und die Verkrustung eines herrschenden Machtapparates. Diesen Prozeß nachzuvollziehen und dessen Konsequenzen im Alltagsleben der heute etwa 75 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung Vietnams zu schildern, ist das Anliegen der beiden Autoren.

Dem Buch kommt zugute, daß einer der beiden (H. Kotte) das Land nach langen Jahren wieder besuchte, in dem er von 1968 bis 1974, also auf dem Höhepunkt der US-Aggression, als Entwicklungshelfer weilte, während R. Siebert als Redaktionsleiter der Deutschen Welle zwar erstmalig in Vietnam war, jedoch zahlreiche andere Regionen Südostasiens häufig bereist und darüber ausführlich publiziert hat. Herausgekommen ist dabei ein Kaleidoskop, in dem sich vitale Alltagsszenen, farbenprächtige Landschaftsbeschreibungen, aufregende Porträts sowie die kleinen Wünsche und großen Sorgen einfacher Menschen im Landesinneren, in den von exzessivem Bauboom verschandelten Großstädten und in den ausgedehnten Küstenregionen spiegeln.

Am spannendsten sind die Momente, in denen sich die Autoren zurücknehmen und ihre vietnamesischen GesprächspartnerInnen aus Wissenschaft, Literatur, Religion, Wirtschaft und Politik ausführlich zu Wort kommen lassen. Erst recht dann, wenn es sich dabei um Personen handelt, die einst emphatisch und engagiert für das Projekt Befreiung eingetreten waren, Sozialismus als genuinen Humanismus verstanden und sodann – auf höchst unterschiedliche Weise – in die Mangel einer vergreisten Führungstroika um Do Muoi (Generalsekretär), Le Duc Anh (Präsident) und Vo Van Kiet (Premierminister) gerieten, die auch nach dem VIII. Parteitag der KPV (Juni 1996) Etatismus und neokonfuzianischen Habitus unbekümmert mit Sozialismus gleichsetzt.

Fazit: ein gelungener Wurf, der da aufs neue dem im Bereich des politischen Sachbuchs profilierten Verlag geglückt ist. Gewinnbringend ist die Lektüre gleichermaßen für Alt-68er wie Neugierige: »Eine ganze Generation«, so Kotte/Siebert, »wurde durch den Vietnamkrieg der sechziger und siebziger Jahre in ihrem Weltbild geprägt. Es wirkt und währt bei jenen 68ern weiter fort bis in die Gegenwart und setzt jede neuerliche Begegnung und Beschäftigung mit Vietnam in Bezug zur eigenen Biographie. So wie der Krieg eine Provokation war, sich mit Vietnam auseinanderzusetzen und den eigenen politischen Standort zu definieren, zu verteidigen, in Frage zu stellen, so ist nun der Frieden in Vietnam eine neue Herausforderung. Wer indes nach '68 geboren wurde, kann sich Land und Leuten heutzutage unbefangen nähern. Es gilt, eine der spannendsten Regionen Asiens zu entdecken, Zeugnisse großer Kulturen zu verstehen, Landschaften von atemberaubender Schönheit zu durchstreifen und Menschen zu treffen, die nach Jahrzehnten der Bevormundung die neue Offenheit des Gedankenaustauschs zu schätzen wissen.«

Rainer Werning

▸ *Heinz Kotte / Rüdiger Siebert: Vietnam – Die neue Zeit auf 100 Uhren, Göttingen 1997, Lamuv Verlag, 255 Seiten, 39,80 DM.*

Keine Orientalin

▶ Das Anwachsen islamistischer Strömungen im Nahen Osten hat in den letzten Jahren vermehrt zu Studien geführt, die sich mit den Zusammenhängen von Frauenfragen, Familie und Islam auseinandersetzen. Renate Kreiles Habilitationsschrift **Politische Herrschaft, Geschlechterpolitik und Frauenmacht im Vorderen Orient** ist nun als Gegenoffensive zu Positionen und Perspektiven zu verstehen, die den Islam in je unterschiedlicher Bewertung essentialistisch für die Stellung der Frauen in der Region verantwortlich machen, aber die Bedeutung des Staates für die Ausgestaltung der Geschlechterverhältnisse unterschlagen. Kreile geht es in ihrem Buch insbesondere darum aufzuzeigen, daß die Ausformung der Geschlechterverhältnisse keineswegs nur durch islambedingte Faktoren stattgefunden hat, sondern in komplexen Interaktionen zwischen Macht- und Kontrollansprüchen der Familien und Gemeinschaften einerseits und staatlichen Hegemonialbestrebungen andererseits. Somit bringt sie den Staat systematisch als Akteur in ihre Untersuchung ein. Sie zeigt auf, wie der Staat fortwährend versucht, die primären Solidargemeinschaften zu durchdringen, und wie der Frau als Symbol der Identität und Integrität für beide Seiten eine Schlüsselfunktion zukommt.

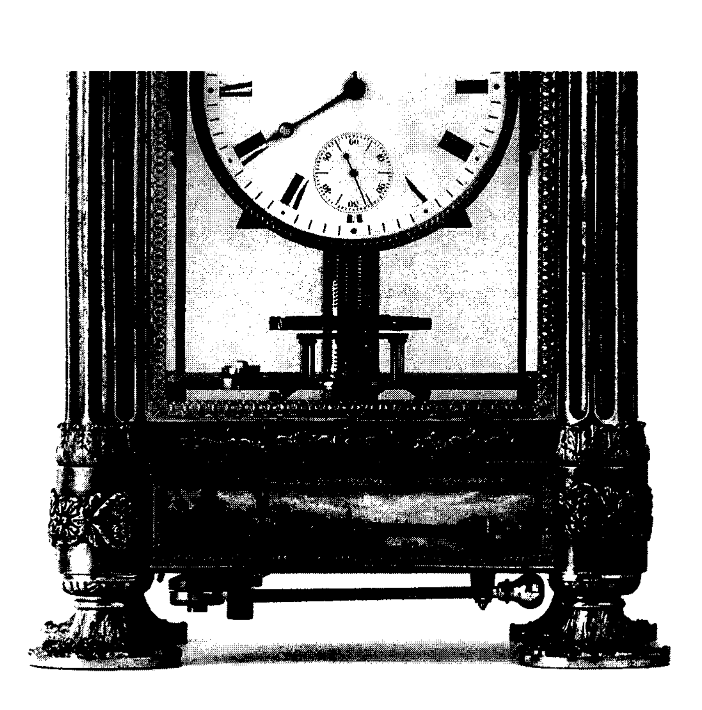
Hierbei nehmen im Sinne einer handlungstheoretischen Perspektive die Aktivitäten und Handlungsformen von Frauen einen zentralen Platz ein. Auch bei der Auswahl der Zeitzeugnisse versucht Kreile den Schwerpunkt auf Äußerungen von Frauen zu setzen, um deren Stellung und Beteiligungsmöglichkeiten in verschiedenen Epochen jenseits eurozentrischer Schwarz-Weiß-Malereien und Opfermythen der »orientalischen« Frau zu charakterisieren.

Zum Beleg ihrer These spannt die Autorin den Bogen von einer Analyse der Geschlechterverhältnisse und Staatsbildung im Mittleren Osten der Frühzeit über die mittelalterliche Blütezeit des autokratischen Staates und die Auswirkungen imperialistischer Durchdringung bis hin zu Überlegungen zur aktuellen Situation. Für alle Zeiten und Epochen beleuchtet sie die Intentionen der diversen Geschlechterpolitiker sowie Auswirkungen sozioökonomischer und äußerer Einflüsse (s. iz3w 223, Schleier der Macht). Kreiles umfangreiches historisches Material zeigt eine große Vielfalt von Diskursen, Maßnahmen und Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen im Vorderen Orient, die je nach Epoche, sozialer Stellung, Religion und Herkunft variieren. So kommt sie auch in Bezug auf die heutige Situation zu dem Schluß, daß westliche Zuschreibungen und Projektionen der »orientalischen Frau« erstens meist falsch sind und zweitens die Vielfalt anderer und eigener Wege dieser Frauen verkennen und teilweise auch behindern. Entsprechend fordert sie dazu auf, diese Komplexität wahrzunehmen und gleichzeitig die Subjektivität jeder einzelnen Frau anzuerkennen.

Politische Herrschaft, Geschlechterpolitik und Frauenmacht im Vorderen Orient ist ein sehr umfangreiches und auch interessantes Buch, das, wenn man von dem teils etwas pathetischen Unterton, mit dem Frauen zitiert oder deren Taten kommentiert werden, absieht, eine lohnende Lektüre darstellt und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Zusammenhänge von Geschlechterpolitik als Machtpolitik verschiedenster Akteure und der »Frauenfrage« in der Region leistet.

Eva Wegner

▶ *Renate Kreile: Politische Herrschaft, Geschlechterpolitik und Frauenmacht im Vorderen Orient. Pfaffenweiler 1997, Centaurus-Verlag*



Liebe iz3w-LeserInnen,

▶ regelmäßig schickt uns die Post zahlreiche Hefte mit dem Vermerk »Absender unbekannt verzogen« zurück. Nicht selten beschweren sich dann AbonnentInnen, sie hätten das Heft nicht erhalten. Ohne eine korrekte Adresse können wir jedoch nicht korrekt ausliefern.

Unsere Aboverwaltung läßt weiterhin ausrichten, daß bei jeder Korrespendenz und bei jeder Überweisung die Abonummer angegeben werden muß (die Abonummer ist eine fünfstellige Zahl, die mit einer 5 beginnt. Sie steht auf jeder Rechnung sowie auf dem Adressaufkleber.) Bei ausschließlicher Angabe des Namens können wir viele Vorgänge nicht richtig bearbeiten – unser Computer kennt -zig Bezieher namens »Schmidt« oder »Dritte-Welt-Laden«. Ein Lob geht diesbezüglich an unsere LeserInnen aus der Schweiz: Sie vergessen die Abonummer praktisch nie.

Zum Schluß eine Bitte an unsere Leser, die die **iz3w** per Buchhandel beziehen: Immer wieder hören wir, daß Buchläden die **iz3w** nicht im Sortiment führen oder daß die Hefte irgendwo unauffindbar plaziert sind. Bitte weist die BuchhändlerInnen auf unsere Zeitschrift hin.

das **iz3w**

Umbrüche 17/18

▶ Die vom BAOBAB – Infoladen Eine Welt und vom Infoladen Dritte Welt Neukölln herausgegebene *Umbrüche* hat den 20. Jahrestag der Schleyer-Entführung – den Beginn des Deutschen Herbstes – zum Anlaß für eine Doppelnummer mit dem Themenschwerpunkt *Folter. Herrschaft – Disziplin – Menschenrechte* genommen. Der rund 60 Seiten lange Schwerpunkt wird mit einem Beitrag eröffnet, der sich mit Begriff, Funktion und Ziel der Folter auf grundsätzlicher Ebene auseinandersetzt. Der Aufsatz »Folter, Disziplin und Menschenrechte – Zur Menschlichkeit des allgegenwärtigen Terrors im humanistischen Abendland« stellt die historische Entwicklung der Strafmechanismen und Herrschaftspraktiken wie Folter, Inhaftierung etc. in ihrer gesellschaftlichen Funktion als Technologien der Macht dar. Mit dem französischen Philosophen Michel Foucault argumentierend, wird die historische Verschiebung von mittelalterlichen Folterpraktiken zu modernen »humanistischen« Disziplinierungstechniken nachgezeichnet. Ein Gespräch über das Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin, Beiträge zu »Vergangenheitsbewältigung« in Südafrika, Argentinien und Brasilien, ein Artikel über rassistische Polizeiübergriffe in der BRD und schließlich eine Auswahlbibliographie vervollständigen den äußerst interessanten Themenschwerpunkt.

▶ *Bezug: BAOBAB – Infoladen Eine Welt e.V., Christburger Str. 3, 10405 Berlin, 5 DM.*

alaska 215

▶ *River of no Return – Wohin mit dem Patriarchat?* titelt die seit Frühjahr diesen Jahres unter dem neuen Namen *alaska* erscheinde Zeitschrift des BUKO (früher: Forum. Zeitschrift entwicklungspolitischer Aktionsgruppen). Ein Beitrag zu den »neuen Herausforderungen an den Feminismus«, ein Artikel über »Queer Black Feminism« und eine Reflexion über »widerständige und kompatibel-transformierte Feminismen« thematisieren die patriarchalen Strukturen aus Frauensicht, ein Beitrag über MILZ (Männer in linken Zusammenhängen) und ein Gespräch mit der Männergruppe M.A.U.A.M. aus Männersicht. Weitere Themen sind die Debatte um die Chiapas-Soli-Arbeit, die Demokratische Republik Kongo, ein Frauenprojekt aus Kamerun und Homosexualität als Focus schwarzer Politik und Ästhetik. Darüberhinaus wird das BUKO-Seminarprogramm vorgestellt und für den »Kleinen BUKO 21 1/2« (21.-23.Nov. in Bonn) mobilisiert.

▶ *Bezug: alaska, Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen. 7 DM.*

Ästhetik & Kommunikation 98

▶ Die Debatte um Globalisierung hält an. Die viermal jährlich erscheinende Zeitschrift *Ästhetik & Kommunikation* untersucht in ihrer jüngsten Ausgabe die *Gesichter der Globalisierung*. Neben Artikeln, die aus politisch-ökonomischer Perspektive den Begriff und das Konzept der Globalisierung reflektieren und dabei u.a. Fragen nach der Struktur der Globalisierung, dem Wohlfahrtsstaat und dem Wettbewerb aufwerfen, wird das Phänomen auch aus feministischer Sicht – *Hat die Globalisierung ein Geschlecht?* thematisiert.

Der zweite Teil des Heftes beschäftigt sich unter dem Titel *Deutschlandbilder* mit der Frage, wie bildende Künstler im Dritten Reich und in der Folgezeit mit der jüngeren Geschichte umgingen, aber auch mit dem Bild Deutschlands im Ausland.

▶ *Bezug: Ästhetik & Kommunikation, Wallstr. 60, 10179 Berlin. 20 DM.*

Tagungen

► Im Rahmen der internationalen Konferenz **Gleichheit in ungleichen Verhältnissen** am 21. und 22.11.1997 werden in Berlin demokratietheoretische Modelle und praktische Umsetzungskonzepte zum gleichberechtigten Umgang mit Differenzen in Gesellschaft und Organisationen diskutiert. Information: *Tagungsbüro Heinrich-Böll-Stiftung, Rosenthalerstr. 40/41, 10178 Berlin, Tel. 030/2043811, Fax 2043812*

► **Ungleichheit als Projekt. Globalisierung – Standort – Neoliberalismus.** Unter diesem Titel veranstalten der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und das Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg am 28. und 29.11.1997 eine fachübergreifende Tagung in Marburg. Wesentliche Leitfrage ist der Globalisierungsaspekt der sozialen, ökonomischen, politischen oder kulturellen Ungleichheit. Auskünfte und Anmeldung bei: *Regina Stötzel/Dr. Rainer Rilling, c/o BdWi, Postfach 543, 35037 Marburg, Tel. 06421/21395, Fax 24654*

► Im Deutschen Filmmuseum/Frankfurt findet vom 4.-7.12.1997 ein Symposium zu **Visionen indischer Identität 1947-1997 – Kinematographische Ansichten von Indiens »Multikulturalismus«** statt. Indische KulturwissenschaftlerInnen und Filmschaffende werden anwesend und selten gezeigte indische Filme zu sehen sein. Information: *Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Helga Sieber, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt/Main, Tel. 069/959104-0, Fax 558481*

► **Kanther, Schröder & Co., jetzt reicht's!** Vom 5.-7.12.1997 findet in Wuppertal ein Ratschlag der Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen statt. Ziel sind Diskussion und Planung von Aktionen gegen die bundesdeutsche Asyl- und Migrationspolitik. Information: *BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/393156, Fax 4307520*

► Vom 14.-18.12.1997 veranstaltet das Gustav-Stresemann-Institut (GSI) in Zusammenarbeit mit dem Seminar für wissenschaftliche Politik der Uni Freiburg und dem Institut für Politikwissenschaft der Uni Rostock ein Seminar zu **Globale Herausforderungen und internationale Politik**. Auskünfte: *Jeanine de Heus, Gustav-Stresemann-Institut e.V., Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn, Tel. 0228/8107-169, Fax 8107-198*

► Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Bücher

► Leo Gabriel (Hrsg): **Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus.** *Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt 1997, 208 S., 29,80 DM*

► Wiltrud Rösch-Metzler: **Ohne Wasser. Ohne Land. Ohne Recht.** – An der Seite der Palästinenser: die israelische Rechtsanwältin Lynda Brayer. *Schwabenverlag, Ostfildern 1997,172 S., 24,80 DM*

► Rius: **A B Che** *Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, 94 S., 19,90 DM*

► Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (Hrsg.): **»Sie behandeln uns wie Tiere«** – Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland. *Schwarze Risse, Berlin 1997, 336 S., 18,- DM*

► Andrea Rothe: **Männer, Prostitution, Tourismus** – Wenn Herren reisen... *Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 228 S., 39,80 DM*

► Werner Amon, Andreas Liebmann (Hrsg.): **Dimensionen 2000**. *Verlag Holzhausen, Wien 1997. 480 S.*

► Roland Apsel, Volkhard Brandes (Hrsg.): **Afrika '98** – Taschenkalender. *Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt 1997, 249 S., 14,80 DM*

Vorschau: iz3w Nr. 226
Europäische Nord-Süd-Politik

► In der Nord-Süd-Politik der Europäischen Union verdrängen Wirtschafts- und Außenhandelspolitik sowie militärische Interventions- und Katastropheneinsatzszenarien die klassische Entwicklungspolitik. Diese wird mehr und mehr zur Nischenpolitik. In dem Themenschwerpunkt wollen wir über die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannten Institutionen, Instrumente und Strategien der Nord-Süd-Politik in der EU informieren. Legitimierung und Praxis europäischer Entwicklungspolitik untersuchen wir am Beispiel der europäischen Südostasien-, Karibik- und Lateinamerikapolitik sowie anhand einzelner Politikfelder (u.a. Nahrungsmittel, Fischerei). Dabei spielen die Spannungsverhältnisse zwischen gemeinsamer und nationalstaatlicher Nord-Süd-Politik ebenso eine Rolle wie die Frage nach Alternativen und warum diese offenbar keine Chance haben.

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
► Silke Bellanger, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Birgit Schößwender, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

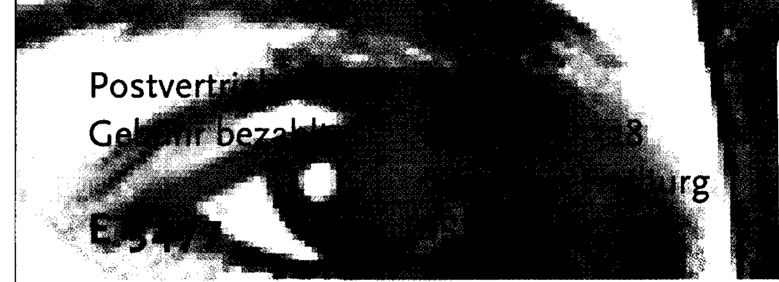
Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
► Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 226:
► (Druckfertige Vorlagen) 24.11.1997


Postvert
Ge
rg